

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Samstagabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Petition oder deren Raum 30 A.

Die Lohnbewegungen dieses Jahres.

Es ist heute selbstverständlich noch nicht zu sagen, was das eben-angefangene Jahr an Lohnbewegungen bringen wird. Bekanntlich besteht zwischen Lohnbewegung und Konjunktur ein inniger Zusammenhang. Eine Besserung der Konjunktur wird normalerweise eine Zunahme der Lohnbewegungen mit sich bringen. Da man heute mit annähernder Sicherheit sagen kann, daß wir vor einem neuen Aufschwunge des Wirtschaftslebens stehen, so wird man auch mit einer gesteigerten Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Lohnbewegungen zu rechnen haben. Welchen Umfang sie annehmen und wie ihr Verlauf sein wird, das entzieht sich freilich jeder Vorherfrage. Aber wie es auch sein mag, der Charakter der Lohnbewegungen dieses Jahres wird nicht oder doch nur unwesentlich von den Bewegungen bestimmt werden, die im weiteren Laufe des Jahres neu entstehen; er ist bereits gegeben durch die großen Bewegungen, die sich gegenwärtig auf zentraler Basis vollziehen.

Außer dem Baugewerbe kommt da zunächst die Holzindustrie, d. h. die Bau- und Möbelschlerei, in Betracht. Hier handelt es sich um die Erneuerung mehrerer Ortsverträge, die am 12. Februar dieses Jahres ablaufen. Die Verhandlungen über die neuen Verträge werden, wie bei uns, auf zentraler Basis, d. h. zwischen den Zentralvorständen der beteiligten Gewerkschaften und dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes geführt; jedoch bleibt auch hier die Vereinbarung von Lohn- und Arbeitszeit den örtlichen Organisationen vorbehalten. Die Holzarbeiter fordern Lohnerhöhungen und für mehrere Orte Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Soweit die bisherige Entwicklung der Dinge ein Urteil zuläßt, scheint eine kampflose Erledigung der Bewegung höchst unwahrscheinlich. Die Unternehmer beobachten eine Haltung, die nur dann verständlich ist, wenn man annimmt, daß es ihnen darum zu tun ist, die Arbeiter empfindlich zu demütigen und sie so zum Kampfe zu zwingen. Der Schutzverband treibt geradezu ein unehrliches und hinterlistiges Spiel. Zwischen den Zentralvorständen war vereinbart worden, den früheren Bundesamtsminister v. Berlepsch um Übernahme des Vorsitzes im Schiedsgericht zu bitten. Als Herr v. Berlepsch dann auf Ansuchen der Zentralvorstände zugesagt hatte, beschloß der Schutzverband urplötzlich, ein Schiedsgericht überhaupt abzulehnen.

Eine ähnliche Unehrlichkeit liegt darin, daß der Schutzverband seine Ortsverbände unter dem Vorwande, es käme nicht zum Kampfe, zur Kündigung der Verträge veranlaßte, um dadurch der Bewegung einen größeren Umfang zu geben, ihnen aber verschwiegen, daß die Arbeiter die Erklärung abgegeben hatten, daß sie in solchen Fällen, wo die Unternehmer die Verträge kündigen würden, nur dann neue Verträge abschließen, wenn nennenswerte Lohnerhöhungen und sonstige Verbesserungen zustanden würden. Für die örtlichen Verhandlungen hatten die Zentralvorstände versprochen, die örtlichen Organisationen anzuhalten, unter allen Umständen eine Einigung zu versuchen und ihnen deswegen nichts davon kundzutun, daß für die Fälle, wo keine Einigung möglich wäre, ein Schiedsgericht einen Spruch fällen würde. Diese Vereinbarung wurde gestossen, damit die Ortsparteien um so eifriger tätig wären, um zu einer Einigung zu kommen, und damit sie sich nicht von vornherein auf das Schiedsgericht verließen. Was tat nun der Schutzverband? Er gab Anweisung nach den einzelnen Orten, die Arbeitgeber sollten die Forderungen der Arbeiter einfordern und diese dann sofort nach Berlin einbringen, aber den Arbeitern keinerlei Zugeständnisse machen, sondern die weiteren Anweisungen des Vorstandes des Schutzver-

bandes abwarten. Und nachdem der Schutzverband solcherart die örtlichen Verhandlungen von vornherein zu Komödien gemacht hatte, hielt er Ende Dezember im „Kaiser-Keller“ zu Berlin eine Generalversammlung ab und ließ dort eine Entlastungsresolution gegen die Verschleppung der Verhandlungen durch die Arbeiter beschließen. Dann lud der Schutzverband die Arbeitervertreter zu einer Zusammenkunft ein, und auf dieser Zusammenkunft, die am 3. Januar stattfand, verlangte er von den Zentralvorständen, sie sollten ihre örtlichen Organisationen anhalten, daß sie ihre Forderungen ermäßigen. Das lehnten alle drei Organisationen ab. Die örtlichen Verhandlungen sollten nun so beschleunigt werden, daß ihr Ergebnis bereits der zum 20. Januar einberufenen Generalversammlung des Schutzverbandes vorgelegt werden könnte.

Soweit sich die Dinge in der Holzindustrie. Es läßt sich natürlich nicht mit Sicherheit sagen, ob es zum Kampfe kommt oder nicht. Jedenfalls aber ist die Entscheidung, ganz gleich wie sie schließlich fällt, von erheblicher Bedeutung für unser wirtschaftliches Leben. Denn auch bei den Holzarbeitern handelt es sich um eine Bewegung für annähernd das halbe Deutschland. Der Deutsche Holzarbeiterverband faßt die Sachlage sehr ernst auf. Schon im alten Jahre hatten verschiedene Zahlstellen aus freier Entschließung Extrabeiträge beschlossen. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes hat nun folgende Beschlüsse gefaßt:

Vom 1. Januar d. J. an bis auf weiteres haben die Zahlstellen einen Extrabeitrag zu leisten, und zwar bis 1. Februar zunächst in der Weise, daß der Verbandsbeitrag von 50 % pro Woche in voller Höhe, also ohne Abzug der lokalen Prozente, an die Hauptkasse abzuführen ist. Für den entstehenden Ausfall in den Lokalkassen haben die Zahlstellen sich eventuell durch Erhöhung der Lokaltbeiträge schadlos zu halten.

Vom 1. Februar d. J. an sind von jedem Wochenbeitrag 60 % an die Hauptkasse abzuführen, so daß der Extrabeitrag alsdann 20 % pro Woche und Woche beträgt.

Das Beispiel derjenigen Zahlstellen, die in den letzten Wochen bereits freiwillig ihre Beiträge teilweise beträchtlich erhöhten, um die Hauptkasse zu stärken, empfiehlt der Vorstand zur Nachahmung in der Weise, daß den leistungsfähigen Zahlstellen nahegelegt wird, mit dem Extrabeitrag für ihre Mitglieder über den Satz von 20 % hinausauszugehen.

Die Bestände der Lokalkasse sollen, soweit sie angesetzt sind, sämtlich sofort gekündigt werden, damit sie im Notfall als Reserve der Hauptkasse zur Verfügung stehen.

Außerdem riefte er an die Mitglieder einen Aufruf, worin unter anderem gesagt wird: „Der Kampf wird entscheiden müssen. Wir ersuchen unsere Kollegen in den Vertragsstädten, die örtlichen Verhandlungen mit Ernst und Mühe fortzusetzen, solange das Verhalten der Arbeitgeber dies nur irgend ermöglicht. Wohl sind die Kassen unseres Verbandes intakt, unsere Kampfmittel größer denn je und der Zustrom neuer Mitglieder zählt nach Tausenden, doch der Kampf wird ein langer und schwerer sein und außerordentlich Mittel erfordern. In dieser Erwartung hat der Vorstand vorstehende Beschlüsse gefaßt. — Von den Mitgliedern in allen Zahlstellen sind wir überzeugt, daß sie sich dessen voll bewußt sind, was für unsern Verband im ganzen bei der diesmaligen Bewegung auf dem Spiele steht. Wir vertrauen darauf, daß sie die Lokalkassenerwartungen bei der Durchführung vorstehender Beschlüsse mit ernstem Eifer unterstützen.“

Eine andere Entwicklung hat, für viele unerwartet, die Bewegung im Malergewerbe angenommen. Ueber den Inhalt des Reichstags haben wir schon früher berichtet und ebenso, daß er von den Verbandsmitgliedern mit 9922 gegen 4398 Stimmen angenommen worden ist. Die gleichen Stimmen hatten zugleich den Vorstand des Malergewerbes bevollmächtigt, über Lohn und Arbeitszeit an zentraler Stelle zu verhandeln. Diese Verhandlungen haben stattgefunden, führten aber zu keinem Ergebnis, so daß die Unparteiischen einen Schiedspruch fällten. Ueber die Arbeitszeit sagt dieser:

In Lohngebieten, wo die Arbeitszeit mehr als zehn Stunden beträgt, wird sie mit Beginn des Vertrags auf zehn Stunden herabgesetzt; eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit tritt nicht ein.

Damit sind die sehr berechtigten Forderungen der Arbeiter in dieser Frage so gut wie ganz unerfüllt geblieben; denn die Festsetzung eines zehnständigen Malerarbeitstages hat praktisch kaum noch irgendwie bedeutsame Veränderungen zur Folge. In der Begründung ihres Spruches sagten die Unparteiischen:

„Die Unparteiischen sind der Auffassung, daß eine Reihe von Gründen, vor allem die anerkannte große Arbeitslosigkeit und die räumlichen und persönlichen Verhältnisse in den Großstädten für eine mäßige Herabsetzung wenigstens der zehnstündigen Arbeitszeit sprechen, wenn auch das Vorbringen der Arbeitgeber bezüglich der durchschnittlich kürzeren Arbeitszeit und der Heranziehung ungelehrter Arbeiter nicht von der Hand zu weisen ist.“

Wahrscheinlich für die Unparteiischen war neben den großen technischen Schwierigkeiten, welche einer zentralen Regelung der Arbeitszeitfrage entgegenstehen, vor allem die finanzielle Seite der Frage. Wie schon bei der Begründung des Schiedspruches bezüglich der Lohnfrage herangezogen wurde, beträgt das deutsche Malergewerbe zurzeit keine große Belastung in der Lohnfrage. Da aber die Verkürzung der Arbeitszeit eine Lohnerhöhung selbstredend ausgeglichen werden müßte und schon die Herabsetzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde eine weitere Lohnerhöhung von durchschnittlich 3 % pro Stunde zur Folge haben müßte, so waren die Unparteiischen zurzeit nicht in der Lage, den diesbezüglichen Anträgen der Arbeitnehmerschaft Rechnung zu tragen.“

In der Lohnfrage lautete der Schiedspruch:

1. Für alle Lohngebiete, welche seit dem 31. Dezember 1906 keine allgemeine Lohnaufbesserung durchgeführt haben, tritt mit Beginn des Vertrags eine allgemeine Lohnerhöhung von 3 % pro Stunde ein.

Für alle übrigen Lohngebiete ist mit Beginn des Vertrags eine allgemeine Lohnerhöhung von 2 %, und ab 1. Januar 1911 von einem weiteren Prozent pro Stunde zu gewähren.

2. In den Lohngebieten, in welchen bisher Einheitslöhne bestanden, erhalten die Gesellen unter 20 Jahren keine Lohnaufbesserung.

Dieser Schiedspruch wird in der Hauptsache folgendermaßen begründet:

„Es war vor allem zu prüfen, ob die gegenwärtige und zurzeit voraussehbare wirtschaftliche Lage eine Aufbesserung der Löhne der Arbeiter gebietet oder zuläßt. Diese Frage kann naturgemäß nicht durchaus zweifelsfrei beantwortet werden. Es war als Beweisbescheid in erster Linie die Lage des Arbeitsmarktes zu berücksichtigen. In dieser Beziehung behaupten die Arbeitnehmer eine wesentliche Besserung, die Arbeitgeber eher eine Verschlechterung als eine Besserung. Die Unparteiischen sind der Ansicht, daß auf Grund des ihnen vorliegenden einwandfreien Sachverständigen-Materials und ihrer eigenen Erfahrungen beide Behauptungen nicht das Richtige treffen. Es kann vielmehr mit ziemlicher Sicherheit festgestellt werden, daß die Arbeitslosigkeit im Malergewerbe für das Jahr 1909 entgegen den Vorjahren keinen wesentlichen Rückgang aufzuweisen hat; dagegen scheint sich nach maßgebenden Berichten, z. B. des Vorstehenden des Zentralvereins für Arbeitsnachweise in Berlin für das vorliegende Jahr mit Rücksicht auf das sich diesjährig neubelebende Baugewerbe eine nicht unerhebliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt des Malergewerbes vorzubereiten. Vornehmliche Bedeutung verdient in dieser Beziehung auch ein in der „Baugewerkszeitung“, dem Organ des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister, der Baugewerksverbandsvereinigungen und des deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe (Nr. 102 vom 22. Dezember 1909) erschienener Aufsatz. (Von uns in Nr. 1 dieses Jahrganges besprochen. Die Redaktion des „Grundstein“.) Hier ist auf Grund sachverständiger Ausführungen über die Beziehungen des Geldmarktes zur Kaufkraft der Reallohn festgestellt, daß im kommenden Frühjahr auf eine Besserung der Bau-tätigkeit um so mehr zu rechnen werden kann, als gerade auf diesem Gebiete die zu erwartende Besserung der Geldverhältnisse im neuen Jahre besonders fördernd einwirken dürfte.“

Da das Malergewerbe für einen größeren Teil seiner Arbeiten im engen Zusammenhange, ja in Abhängigkeit vom Baugewerbe steht, so ergeben sich hieraus innerliche Beziehungen zwischen Bau- und Malergewerbe. Freilich

trifft dies für einen andern Teil der Malerarbeiten, nämlich für Arbeiten an bestehenden Bauten, weniger zu. Diese Lage des Arbeitsmarktes löst sich hierdurch einerseits eine Verbesserung der Löhne nicht aus, andererseits kann dieselbe eine wesentliche Erhöhung der Löhne nicht rechtfertigen.

In zweiter Linie ist die Bedürftigkeit der Malergehilfen zu prüfen. Nach der vom Kaiserlichen statistischen Amt herausgegebenen Erhebung von Wirtschaftsberechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich (Berlin 1909) steht das Gesamtinkommen eines Malergehilfen gegenüber ähnlichen Arbeitern nicht unwesentlich zurück, während das Jahresinkommen eines Maurers $\text{M} 1600,57$ und das eines Zimmerers $\text{M} 1624,02$ beträgt. Bezüglich des Jahresinkommens eines Malers und Anstreichers auf $\text{M} 1455,40$.

Dazu kommt, daß — wie von den Arbeitgebern im Laufe der Verhandlungen wiederholt vorgebracht wurde — in der letzten Zeit ein großer Teil der Lebens- und Genussmittel, meistens auch der Wohnungsmitel, eine ganz wesentliche Preissteigerung aufzuweisen haben. Reich, Bundesstaaten, Kommunen und Private haben sich deshalb gerade in der jüngsten Zeit ohne weiteres veranlaßt gesehen, die Gehälter ihrer Beamten, Bediensteten und Angestellten einer durchgreifenden Erhöhung zu unterziehen. Wenn auch zuzugeden ist, daß diese allgemeine Teuerung auch die Lebenshaltung der Arbeiter erschweren muß, so ist doch zu sagen, daß der Angestellte unter keinen Umständen es vermag, die neuen Löhne ganz oder teilweise nach unten abzumildern, während für den Arbeiter diese Möglichkeit, wenn auch teilweise mit Schwierigkeiten, vielfach gegeben sein wird.

Es fragt sich nun weiter, in welcher Höhe die Lohnerhöhung erfolgen kann. Nach dieser Richtung hin sind nicht bloß die Verhältnisse der Gehilfen maßgebend, es muß auch der Leistungsfähigkeit der Arbeiter gebührend Rechnung getragen werden. Im Hinblick darauf kann bei der gegenwärtig überblickbaren wirtschaftlichen Lage des deutschen Malergewerbes keine Rede davon sein, die von den Gehilfen geforderte Lohnerhöhung von 5 bis 10 % pro Stunde durchzuführen.

Die Unparteiischen sind der Anschauung, daß eine Erhöhung des Lohnes um 3 % für die ganze Vertragsdauer die äußerste Grenze des Entgegenkommens der Arbeitgeber bilden kann. Dies um so mehr, als die Unparteiischen die durch Einführung des Reichstarifministers begründeten Verschlechterungen in einer Weise beseitigt haben, daß hier für verhältnismäßig ungewöhnlich eine geringe Aufbesserung der Löhne geschaffen worden ist.

Überdies erschien es zweckmäßig, gerade im Hinblick auf die zu erwartende allmähliche Besserung der Verhältnisse im Laufe der Vertragsdauer die Erhöhung nicht auf einmal, sondern auf die Vertragsdauer derart zu verteilen, daß zwei Drittel sofort, ein Drittel bereits in die Zeit des zu erwartenden Aufschwunges, d. h. nach dem 1. Januar 1911 fällt. Die sofortige Durchführung der ganzen Aufbesserung erschien aber für diejenigen Lohngebiete, welche innerhalb der letzten vier Jahre keine Aufbesserung gewährt, recht und billig. Hier mußte in der sofortigen Abwägung der ganzen Summe einermäßig ein Ausgleich für die während vier Jahre unterbliebene Besserung der Lohnverhältnisse geschaffen werden."

Da einige Vertragsgebiete durch die Bestimmungen des Reichstarifs über Lohnzuschläge und Fahrgebidvergütungen einige Einbuße erleiden, so wurde noch festgesetzt, daß zum Ausgleich dafür eine weitere sofortige Lohnerhöhung zu gewähren ist, die für Berlin 2 %, für die andern an der Einbuße beteiligten Tarifgebiete 1 % betragen. Die Parteien sollten bis zum 15. Januar 1910 einträglich erklären, ob sie den Schiedsspruch anerkennen. Der Malerverband hat die Entscheidung in mehr als 200 Versammlungen gefaßt. Es lautete auf Annahme des Schiedsspruches. Es waren in den Versammlungen anwesend 16 720 Mitglieder; von ihnen stimmten 8832 für und 6192 gegen den Schiedsspruch. Auch die Unternehmer stimmten für Annahme, so daß die Bewegung im Malergewerbe erledigt ist. Der Vertrag hat drei Jahre Gültigkeit. Von der Abstimmung ist erwähnenswert, daß eine Reihe größerer Städte (so Berlin, Hamburg, Bremen, Kiel, Köln, Danzig, Breslau) gegen die Annahme gestimmt haben; die Masse der dafür Stimmenden entfällt auf die kleineren Orte und auf den Süden.

Der drohende Kampf im Bergbau ist vorläufig aufgeschoben worden. Damit ist nicht gesagt, daß sich die Vergleiche mit dem Zwangsarbeitsnachweise ausgefohrt hätten. Es ist vielmehr nur ein Akt taktischer Klugheit, wenn sie unter den jetzigen ungünstigen Verhältnissen auf einen offenen Kampf verzichteten, dafür aber desto energischer für die schließlich doch unumgängliche große Abrechnung mit den Herren rüsten. Eine Konferenz der rheinisch-westfälischen Zaststellen des alten Bergarbeiterverbandes hat die Erhebung eines Extrabeitrages in der Höhe von 50 % für den Monat beschlossen. Voraussetzungslos ist dies nur ein Uebergang zu einer dauernden Erhöhung des Beitrages, der bisher bei den Bergarbeitern im Verhältnis zu ihrem Lohn und zu den Beiträgen der Arbeiter anderer Berufe reichlich bescheiden war.

Ein Reflex der Bewegung im Baugewerbe ist die sich bei den Stukkateuren vorbereitende Bewegung. Die Unternehmer dieser Branche, die fast ohne Ausnahme in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis von den Maurermeistern und Architekten stehen, haben seit Jahren, ebenso wie der Arbeitgeberbund des Baugewerbes, darauf hingearbeitet, daß die bestehenden Lohn-

sätze meistens bis zum 31. März d. J. ablaufen. Von den Arbeitern ist die Mehrzahl im Zentralverband der Stukkateure organisiert; 124 Filialen gehören rund 7700 Mitglieder an, während etwa 600 dem christlichen Bauhandwerkerverbände und vielleicht 60 dem Christen-Dückerischen Gewerbevereine angehören. In 53 Orten läuft der Tarifvertrag entweder ab oder wurde er gekündigt, es kommen dabei 5160 Mitglieder in Betracht. Von dieser Zahl entfällt der größte Teil auf Süddeutschland und Rheinland-Westfalen. Die Organisation hat die erforderlichen Vorkehrungen getroffen. Zunächst werden sämtliche in den Filialen liegenden Gelder, die bisher als Lokalvermögen betrachtet wurden und die die städtische Summe von $\text{M} 840 850$ ausmachen, der Hauptkasse überwiesen; von der siebten Beitragswoche an wird außer dem regelmäßigen Wochenbeitrag, der zwischen 50 und 90 % schwankt, ein Extrabeitrag von $\text{M} 1$ pro Woche erhoben. Daß die Mitglieder bei außerordentlichen Anlässen opferfreudig sind, haben sie bewiesen; so wurden in Hamburg im vorigen Jahre bei Gelegenheit der Aussperrung von jedem Mitgliede, das arbeitete, pro Woche nicht weniger als $\text{M} 9$ Extrabeitrag bezahlt.

Das wären die großen Bewegungen dieses Jahres. Jedenfalls wird sich im Laufe der Zeit, besonders wenn sich die Wirtschaftslage hebt, noch manche andere Lohnbewegung dazu gesellen, so daß wir vor einem für die Arbeiterbewegung hochbedeutsamen Jahre stehen. Gewiß steht dabei viel auf dem Spiel. Der Einsatz der Gewerkschaften wird um so höher, je stärker sie selbst werden, und jemehr, als die Folge davon, das Vertragswesen ausgebildet wird. Aber wir brauchen die kommenden Dinge nicht zu fürchten. Wir sehen, wie die Arbeiter in all den Gewerben, die vor dem Kampfe stehen, die Opfer nicht scheuen, die durch die Kämpfe notwendig werden. Auch die Arbeiter des Baugewerbes, auch unsere Kollegen, werden es nicht daran fehlen lassen. Und darum mögen die Stürme kommen, wir werden ihnen-trotz, stark durch Solidarität, durch Disziplin, durch Opfermut.

Polemisches.

Die Unternehmer lieben es so darzustellen, als wenn der Widerpruch gegen ihre Maßregelungsburcaus, obgleich guttönig: gegen ihre Arbeitsnachweise, nur von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie käme. Sie wollen damit den Eindruck hervorbringen, als handle es sich um eine ganz harmlose Sache, als sähe alle Welt ihr Streben für berechtigt an, nur die ewig klingenden, die hegenden Sozialdemokraten und die verhetzten Gewerkschaftler, machten Lärm, eben des Lärms wegen. Zwa finden sie für solche Entstellungen wenig Glauben, aber dort, wo man ihnen gern zu Willen ist, wie z. B. bei der Reichsregierung, da freut man sich darüber, weil man sich ja dann darauf berufen kann, die große Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu haben, wenn man, wie es bei der großen Interpellationsdebatte der Staatssekretär Delbrück tat, einen Eingriff in die Maßnahmen der Unternehmer ablehnt.

Und doch ist es ein plumper Täuschungsversuch der Unternehmer, der nur die für sie unbenachteiligte Sache betonen soll, daß sie mit ihren Vergewaltigungsplänen bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein einschleichen und wohlbegründeten Widerpruch finden. Besonders ist das der Fall bei den bürgerlichen Sozialpolitikern, bei den Leuten, die sich um die „Soziale Praxis“ gruppieren. Das sind keine Sozialdemokraten und auch keine Gewerkschaftsfreunde, es sind Leute, die in ihrer Art dem Internerium weit bessere Dienste leisten, als alle Schamfader und ihre Sekretäre zusammen, die flug genug sind, um ein zusehen, daß der glatte Lauf der Ausbeutungsmaschine durch nichts empfindlicher gestört werden kann, als durch die Ueberspannung der Interneriumsmaschine. Sie haben, eben weil ihr Denken durch keine persönlichen Interessen eingengt wird, erkannt, daß es bei den mächtigsten Klassenorganisationen auf beiden Seiten in heigemdem Maße notwendig wird, den Grundged der Parität, d. h. der Gleichberechtigung, zu beachten, um dadurch die Reibungsflächen zwischen Arbeit und Kapital zu beseitigen, die sonst bei dem großen Umfange der sich gegenüberstehenden Organisationen zu häufig wiederkehrenden gewaltigen Konflikten führen müßten, die das ganze Gewerkschaftserschütterten. Nicht aus Freundschaft für die Arbeiter sind jene Leute Gegner der Vergewaltigungsbestrebungen der Unternehmer, sondern aus lebendigstem Interesse für die bestehende Wirtschaftsbildung. Wären unsere Unternehmer nicht so heillos verblendet, ließe ihnen die Klassenegoismus einen Augenblick Zeit zur ruhigen Besinnung, so müßten sie diese klare, wirklich sehr klare Sachlage ohne Schwierigkeit einsehen.

Aber nicht allein in der „Sozialen Praxis“, auch in anderen bürgerlichen Blättern treffen wir Stimmen, die den Grundged der Unternehmer in der Arbeitsnachweisefrage beurteilen und bekämpfen. So brachten die „Münchener Neuesten Nachrichten“ — ein liberales Blatt — Anfang Dezember einen Artikel, von dem wir einige bemerkenswerte Stellen wiedergeben:

„Die Aufgabe der Arbeitsnachweise besteht begrifflich darin, Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt im Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu regeln. Daraus ergibt sich, daß die Arbeitsnachweisefrage keine einseitige Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerfrage bilden kann, sondern daß sie eine beiden Teilen gemeinsame und von beiden Parteien gemeinschaftlich zu regelnde Angelegenheit darstellt. Das Wesen der Arbeitsnachweise läßt auch die Handhabung der Geschäfte

durch eine neutrale Stelle als vollständig einwandfrei erscheinen. Es haben daher auch kommunale paritätische Arbeitsnachweise, z. B. in München, anerkanntermaßen eine stets fortschreitende, sehr fruchtbare Tätigkeit zum Segen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern entwickelt.

Trotz all dieser Tatsachen wurden seit langem gerade Arbeitsnachweise als einseitige Parteieinrichtungen wiederholt geschaffen und gehandhabt. Ursprünglich waren es die Arbeitnehmerorganisationen, die aus organisatorischen Gründen einseitige Arbeitnehmer-Arbeitsnachweise ins Leben riefen. Seit der Schaffung von Arbeitgeberverbänden größeren Stils wurden diese Arbeitnehmer-Nachweise als den Arbeitgebern und Arbeitern sehr gefährliche und lohntriebende Faktoren mit allen Mitteln bekämpft. Anstatt hieraus die entsprechende logische Lehre zu ziehen und neutrale Arbeitsnachweise zu fördern, verfallen die Arbeitgeberverbände in den von ihnen stets als höchst ungerecht, ja moralisch begründeten Fehler der Arbeiterorganisationen, ja sie verschärften noch den von ihnen früher so sehr beklagten Zustand der einseitigen Arbeitsvermittlung durch zwangsweise Einführung der Arbeitgeber-Nachweise.

Eine Reihe größter Arbeitgeberverbände, namentlich der rheinisch-westfälische Zechenverband für das Ruhrgebiet, der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und der Deutsche Metallindustriellenverband vertreten die Monopolisierung der Arbeitsnachweise mit aller Entschiedenheit. Hat doch der Leiter der kürzlich in Berlin gehaltenen Beratungen über den Abschluß eines Tarifvertrages für das deutsche Baugewerbe mit Empörung verkündet, der Arbeitgeberbund werde von seiner Forderung, die Arbeitgebernachweise einzuführen, unter keinen Umständen abgehen; diese Forderung sei der Grund; an dem sich die Arbeiter die Zähne ausbeissen werden. Auch der rheinisch-westfälische Zechenverband will in allernächster Zeit seinen Arbeitsnachweise unbedingt einführen.

Schon dieser Ueberseher muß sehr herabdrückend wirken und die beteiligten Arbeiter mit größtem Mißtrauen erfüllen. Man kann sich mit Recht sagen, daß hier offenbar Ziele verfolgt werden, die weitab von dem neutralen Wesen des Arbeitsnachweises liegen müssen. Wer in den letzten Jahren prüfend das Wirken einiger großer Arbeitgeberverbände Schritt auf Schritt verfolgt, wird hierin ein sehr wirksames Mittel dafür erblicken müssen, den Arbeiter als vollberechtigte Vertragspartner im Sinne der Gewerbeordnung auszuschalten, ihm einseitig die Art, den Ort und die sonstigen Bedingungen seiner Arbeitsteistung zu diktieren und den Arbeiter in der Betätigung seiner politischen und gewerkschaftlichen Anschauungen zu beschränken. Der Zechenverband und der Industriellenverband lehnen in Konsequenz ihrer Auffassung auch jeglichen Tarifvertrag mit ihren Arbeitern ab.

Wenn einzelne Verbände, so der Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe, diese Konsequenz nicht ziehen, so sind hierfür nur äußere, nicht prinzipielle Gründe maßgebend. Dieser Standpunkt ist jedoch inkonsequent; wenn ein Arbeitgeberverband einseitige Zwangsmassregeln in einer gemeinschaftlichen Angelegenheit ergreift, auf der anderen Seite aber wieder den Arbeitnehmerverband als würdigen Vertragspartner ansieht und mit ihm einen Tarifvertrag abschließt, so stellt sich die Unschicklichkeit heraus. Es dürfte daher auch ausgeschlossen sein, daß die Arbeitnehmerorganisationen zu einer solchen Uebergehung die Hand bieten können. Tarifvertrag und Arbeitsnachweise können, wie auch von Arbeitgeberseite einmal authentisch erklärt wurde, innerlich nicht voneinander getrennt werden. Soll der eine Teil gemeinschaftlich geregelt werden, so muß dies auch für den anderen Teil gelten.

Bei dieser Sachlage stehen große liberale Erregungen: der Vollzug des § 105 der Gewerbeordnung, das Koalitionsrecht, die Freigängigkeit und die freie Betätigung einer politischen Anspruchs auf dem Spiele.

Damit ist die Frage über das Niveau der reinen Arbeiterinteressen bedeutend hinausgewandert. Es stehen Dinge in dem Vordergrund, welche die ganze fortschrittlich denkende Allgemeinheit in vitalen Lebensfragen tief berühren und verleben.

In seinen weiteren Darlegungen befaßt sich der Verfasser des Artikels mit der Antwort des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe, die dieser den Bergarbeiterorganisationen auf ihre Eingabe am 27. November vorigen Jahres gab. Der Herr Minister kommt dabei sehr schlecht weg, und wenn er in seinem Report nicht besser Bescheid weiß wie im Arbeitsrecht, dann kann er ein wunderbares Demonstrationsojekt für den bekannnten Ausspruch des alten Schweden Ogensterna abgeben, der zu seinem Sohne meinte: Fürchte Dich nicht! Du glaubst gar nicht, mit wie wenig Verstand Politik getrieben wird. Doch lassen wir den Minister, er ist ein armer Schächer, der auch nur tut, was ihm gegeben wird. Uns hilft er gewiß nicht; wenn wir den Arbeitsnachweise nicht haben wollen, so ist das eine Sache, die nur wir auszufechten haben.

Aus dem zitierten Artikel geht also hervor, daß es auch außerhalb der Arbeiterbewegung Leute gibt, die gerecht und klug genug sind, die in den Unternehmern nachweisen herauszufinden Gefahr für das wirtschaftliche Leben zu erkennen und zu bekämpfen. Das ist allerdings für die Unternehmer sehr peinlich und man braucht sich darum nicht darüber zu wundern, daß ihre Organe immer wilder in der Verteidigung der Arbeitsnachweisepläne werden. So leistet sich die Arbeitgeber-Zeitung für das Baugewerbe (Gesefmünde) nach einem Bericht über die Arbeitsnachweise deatte im Reichstage die Bemerkung: „Was je an Verlogenheit geleistet worden ist, das hat Böhmeburg hier geleistet.“ Wir haben dem Blatt schon mehrfach sagen müssen, daß es nicht nur das dümmste, sondern auch das schäbteste und freche der Preßpapiere

der Unternehmer ist. Da das Blatt anscheinend seine Ehre darin sucht, sich diesen Rufm dauernd zu erhalten, so wollen wir ihm soweit zu Willen sein, daß wir seine neueste Leistung auf diesem Gebiete weiteren Kreisen bekannt geben. Aber dieses selbe Blatt magte trotzdem erst vor wenigen Wochen so schreien: „Freilich müßte sich auch die Presse der Arbeiterverbände vor aufreizend wirkenden Hebertreibungen und Entstellungen hüten“ usw. Weiter kann die Nichtbeachtung wohl nicht gehen.

In einer Polemik gegen einen Artikel in der politischen Presse, der mit großem Recht in dem Bestreben der Unternehmer, die Verhandlungen nur bezirksweise zu führen, eine Gefährdung des Friedens erblickt, macht das Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe einer Verdümelung des sehr klaren Tatbestandes schuldig. Es stellt die Sache so dar, als wendeten sich die Gewerkschaften gegen etwas, was sie bei den Verhandlungen im Jahre 1908 wiederstandslos geduldet hätten. Und um seiner Ansicht recht viel Gewicht zu geben, beruft es sich auf Äußerungen unseres Verbandsvorsitzenden. Darin liegt, wie gesagt, eine Verdümelung der Sachlage. Die Unternehmer sind es, die hier eine Wendung anstreben. Sie verlangen beispielsweise, daß für das ganze Rheinland und einen großen Teil Westfalens an einer Stelle verhandelt wird, das gleiche verlangen sie für das obere Baden, für die Pfalz, für Württemberg, für Ostpreußen, für Mecklenburg, sie verlangen es auch für Schleswig-Holstein und noch für andere Gebiete, in denen vor zwei Jahren kein Mensch an eine gemeinsame Verhandlung gedacht hat. Dagegen wenden sich die Arbeiter mit vollem Recht aus Gründen, die wir schon einmal ausführlich dargestellt haben. Die Unternehmer beklagen sich über die Forderungen zur Art der Verhandlungen nicht, ob die verschiedenen Gebiete wirtschaftliche Verzahnungspunkte miteinander haben, für sie sind nur die Grenzen ihrer Bezirke maßgebend. Zu einer solchen willkürlichen Konstitution aber geben wir unsere Zustimmung nicht. Dem entspricht auch die Satzung unseres Verbandsvorsitzenden, der ausdrücklich von „gewissen Fällen“ gesprochen hat, wo eine gemeinsame Verhandlung angebracht sei. Welche Fälle er dabei im Auge hatte, wissen die Unternehmer so gut wie wir; und darum ist es ungedrückt, Wölmersburgs Erklärung für eine Zustimmung zu den Wünschen der Unternehmer auszugeben. Sie war nicht weniger als dies.

Bemerkenswert ist eine andere Äußerung des gleichen Blattes, die den Schluss eines sonst recht kuriosen Neuheitsartikels bildet. Es lautet:

Wir können nicht schließen, ohne unserer Zentral-Karlsruher Verhandlungen zu gedenken. Auch hier herrscht Ungewißheit. Niemand weiß, was ist und was werden wird. Selbst den Willen, zu einem Zentralkariff zu kommen, beweisen die Parteien einander. Ist es nur gegenseitiges Mißtrauen, oder blickt sich da langsam eine unüberwindliche Schucht, die die Parteien nie wieder zusammenkommen läßt. Konfliktlich stehen sich hart wie Granitfelsen zwei Nematoden gegenüber, und die vermittelnde Brücke ist noch nicht gefunden. Wird es zu einem Kampfe kommen, der in seinen Folgen unübersehbar ist, oder wird man ohne zentrale Regelung dort wieder anknüpfen, wo man vor zwei Jahren aufhörte? Es ist ungewiß.

Sollen diese Worte eine lastige Wendung des Bundes andeuten? Man kann sie so auffassen, als ob man in einzelnen Unternehmerrkreisen doch allmählich einsehen, wie böse die Sache werden muß, die die Bundesstatuten eben zurechtzupfen. Der Verband der Berliner Bauergesellschaften hat ja schon einmal etwas Wasser in das allzu starke Getränk getan, das die Schafmacher kredenzten; bereitet sich jetzt ähnliches vor?

Die Generalversammlung des Bundes ist für den 24. und 25. Februar nach Straßburg i. E. einberufen worden. Vielleicht gibt sie die Antwort auf diese Frage.

Von den Verhandlungen.

In Osnabrück hat man sich bei den Verhandlungen zwar über nebenstehende Punkte, nicht aber über Lohn und Arbeitszeit geeinigt. Der Unternehmervorsitzende meinte u. a. zu unserer Forderung zur Verkürzung der Arbeitszeit, in den nächsten 20 Jahren sei an ihre Bewilligung nicht zu denken. Die Unternehmer werden uns schon gestatten müssen, auch schon vorher daran zu denken. Den gleichen rückfälligen Standpunkt nahmen die Unternehmer in der Frage einer Lohnreduzierung ein. Das Argument des Vorliegenden Probe war: In den beiden letzten schlechten Jahren haben wir den Bauern den guten Lohn zahlen müssen, nun können sie auch wohl drei gute Jahre für den alten Lohn arbeiten.“ Zur Erläuterung sei bemerkt, daß der „gute Lohn“ 50,3 pro Stunde beträgt. Ob das für eine Stadt wie Osnabrück wirklich ein „guter Lohn“ ist, müssen wir schon besser beurteilen können als die Unternehmer, von denen es kaum einer nötig hat, mit einem Jahresverdienst von M 1000 bis M 1200 auszukommen. Bemerkenswert ist, daß die hiesigen Unternehmer nur einen dreifünfteligen Beitrag abschließen wollen. An den Osnabrücker Unternehmern läßt sich die schärfstmögliche Schwelmer, die sich allgemein in deutschen Unternehmerrkreisen vollzogen hat, besonders deutlich beobachten. Bei den Verhandlungen im Jahre 1908 machten uns die Mitglieder der damaligen Verhandlungskommission der Unternehmer die Zusage, in ihrer Generalversammlung mit aller Entschiedenheit für eine Lohnreduzierung von 3 1/2 einzutreten zu wollen. Die Generalversammlung lehnte die Lohnreduzierung ab und auch der Scheißspruch brachte uns nichts. Doch die nämlichen Unternehmer, die schon vor zwei Jahren eine Lohnreduzierung für notwendig hielten, mühen uns jetzt um, weitere drei Jahre für den alten Lohn zu arbeiten. Sie wissen so gut wie wir, daß inzwischen die Preise der Lebensmittel höher geworden sind, aber sie stellen doch diese Forderung, weil die von Berlin ausgehende Hochflut der Schafmacherei auch sie ergreift hat. Die Sache ist ja weiter nicht tragisch zu nehmen; denn das Weltgeltung bringt sich auch von den Unternehmern nicht zum Stillstand bringen; aber es ist doch ein starkes Stück, daß solche Leute dann noch den Mut finden, in der Öffentlichkeit

Zeit zu beteuern, sie wollten den Frieden! Wer eine solche Stellung einnimmt, der will nicht den Frieden, der will den Kampf und muß sich schon auf den Kampf eingestellt haben. Das Gerede ist Heuchelei und nur für die bestimmt, die immer noch nicht alle geworden sind.

In Welle, das wie Osnabrück aus Nordwestdeutschen Bezirkeverbände der Unternehmer gehört, soll am 27. Januar verhandelt werden.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das untere Ruhr- und Eschgebiet hat es nicht sehr eilig; er glaubt die Sache mit einer Sitzung in Bremen abmachen zu können und hatte zu diesem Zweck am 18. Januar die beteiligten Bauvorstehenden ins Bureau des Verbandsvorsitzenden berufen. Anwesend waren die Gauleiter der Maurer- und Bauarbeiter, von den Zimmerern der Verbandsvorsitzende Schaber und von den Christlichen der Verbandsvorsitzende Schmidt. Der Wunsch der Unternehmer, in Bremen für eine große Anzahl Orte zu verhandeln, wurde von den Arbeitgebervertretern abgelehnt. Beschlossen wurde, am 29. und 30. Januar für Bremen, am 31. Januar in Vegesack, am 1. Februar in Brinnum, Delmenhorst und Lube und am 2. Februar in Verden zu verhandeln. Dann sollen wegen des Verbandsstages die Verhandlungen für die übrigen Orte nach dem 15. Februar wieder beginnen.

Für das Lohngebiet Schwartau-Paderburg wurde am 19. Januar verhandelt. Unsere Vertreter beantragten, das Lohngebiet Schwartau-Paderburg dem Lübecker Lohngebiet anzugliedern und die Dauer des noch abzuschließenden Vertrages als Übergangszeit für den Ausgleich der Löhne zu betrachten. Die Unternehmer, die einen solchen Vorstoß nicht erwartet hatten, lehnten ihn zunächst rundweg ab. Nach längerer Debatte erklärten sie sich aber bereit, zu dieser Sache unter sich Stellung zu nehmen. Damit war die Verhandlung beendet. In Guttin fand am 20. Januar eine Verhandlung statt. Auch hier wurde ein endgültiges Resultat nicht erzielt. Lohnreduzierung wurde für die Dauer des fünfjährigen Vertrages nicht geboten. Dagegen wollten die Unternehmer eine Verkürzung der Arbeitszeit von neun auf neun einhalb Stunden eingeführt wissen, um den Arbeitnehmern Gelegenheit zu geben, durch diese Verlängerung der Arbeitszeit ihr Einkommen zu steigern. Wir haben natürlich dankend abgelehnt. Hier sowohl wie in Schwartau waren die Bezirksleiter der Unternehmer zugegen, damit die Unternehmer sich nicht etwa zu irgendwelchen Zugeständnissen verleiten ließen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Wirkungen des milden Winters auf den Arbeitsmarkt. — Die Arbeitslosigkeit nach Weihnachten. — Die hohen Nahrungsmittelpreise des Jahres 1909.

Hatte schon der Dezember infolge der ausnahmsweise milden Witterung das Geschäftsleben und den Arbeitsmarkt günstig beeinflusst, so tritt im Januar die Einwirkung der Witterung auf die wirtschaftliche Lage noch deutlicher zutage. Während in der Regel während der Winterzeit die Arbeit in vielen Berufen durch Wochen hindurch unterbrochen werden muß, und namentlich die Bautätigkeit ruht, können im laufenden Winter fast alle Arbeiten im Freien weiter fortgeführt werden. Trotzdem würde vielleicht die Bautätigkeit stark abgeschwächt sein, wenn nicht gerade in diesem Winter die Arbeitgeber im Hinblick auf den noch unsicheren Ausgang der Tarifverhandlungen ein großes Interesse daran hätten, möglichst viel Arbeiten ausführen zu lassen, solange noch der bisherige Tarif den Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitern sichert. Man kann als wahrscheinlich annehmen, daß in den größeren Städten jetzt schon viele Bauten in Angriff genommen und ausgeführt werden, die eigentlich erst für die Frühjahrszeit zur Ausführung vorgesehen waren. Man sucht also in den Arbeitgeberkreisen sich jetzt schon einigermaßen von den Wirkungen eines etwaigen Kampfes zu emanzipieren. Diese Verkürzung der Arbeiten hat natürlich für den Arbeitsmarkt seine besondere Bedeutung. Augenblicklich wird ja einer stärkeren Arbeitslosigkeit durch die im Verhältnis zur Jahreszeit ziemlich rege Bautätigkeit vorgebeugt, aber als sicher kann angenommen werden, daß dafür im Frühjahr der Aufschwung des Geschäftes weniger stark sein wird, als wenn wir im Baugewerbe eine richtige Winterruhe gehabt hätten. Nicht gleichgültig ist diese Verschiebung auch für die Machtverhältnisse von Arbeitgebern und Arbeitern in den Verhandlungen um die Erneuerung des Tarifes. Wenn jetzt schon möglichst viel an Arbeit vorweggenommen wird, so wird es den Arbeitgebern im Frühjahr unter Umständen erleichtert, über die Zeit eines Streiks hinwegzukommen.

Die Einwirkung der milden Witterung hat die Arbeitslosigkeit am Jahresanfang nicht so hoch anschwellen lassen, wie es bei einem strengen Winter noch der Fall gewesen wäre. Aber nichtsdestoweniger hat die zweite Hälfte des Dezember und der Anfang des laufenden Monats doch für viele Gewerbe eine erhebliche Abnahme der Beschäftigung gebracht. Die Entlassungen im Handels- und Verkehrsgewerbe nach Weihnachten waren auch diesmal zu beobachten, wenn auch in schwächerem Grade als im Vorjahre. Weiter haben aber die Inventurarbeiten die reguläre Arbeit in vielen gewerblichen Betrieben tagelang unterbrochen, was für die Bewegung des Lohnverdienstes im Monat Dezember mit seinen vielen Feiertagen nicht unerheblich ins Gewicht fällt. Wenn die Witterung nicht noch umschlägt, so dürfte allerdings der

Umfang der Arbeitslosigkeit nicht mehr so groß werden, wie noch in den Herbstmonaten befristet werden mußte. Angeht es der recht hohen Lebensmittelpreise im Jahre 1909 wäre ja eine umfangreichere Arbeitslosigkeit in einem harten Winter recht fatal gewesen. Denn das läßt sich nicht verkennen, daß im Verhältnis zum Grade der gewerblichen Erholung besonders die Preise für Ahrungsmittel im abgelaufenen Jahre zu stark in die Höhe gegangen sind. Berechnet man den wöchentlichen Nahrungsmittelaufwand für eine vierköpfige Arbeiterfamilie auf Grund der Ration eines deutschen Marineoldaten für eine größere Zahl Plätze, so ergibt sich von Januar ab bis November durchschnittlich eine recht nennenswerte Verteuerung. Und merkwürdigerweise sind es nicht nur Großstädte, sondern auch mittlere und kleinere Plätze, die starke Erhöhungen aufzuweisen haben. Da ist z. B. Hannover mit einer Verteuerung von M 2,98 pro Woche, Kiel mit einer solchen von M 2,64, aber auch Königsberg zeigt einen Aufschlag von M 2,65 und Bromberg einen solchen von M 2,67. Wir lassen nachließen einige der größten Städte folgen und bemerken neben dem Kostenaufwand für eine Woche im November die Differenz gegenüber der Standardhiffer vom Januar. Es betrug der Nahrungsmittelaufwand im November 1909 für eine vierköpfige Familie pro Woche in Markt:

	November	Differenz gegen Januar
Königsberg	21,90	+ 1,59
Danzig	21,45	+ 0,00
Posen	22,20	+ 1,29
Breslau	23,07	+ 0,64
Stettin	22,80	+ 1,71
Altona	25,17	+ 1,29
Kiel	23,64	+ 2,64
Berlin	22,95	+ 0,99
Magdeburg	24,57	+ 1,80
Galle	24,69	- 0,18
Dortmund	22,83	+ 0,83
Düsseldorf	25,26	+ 0,84
Erfen	24,61	+ 1,14
Cöln	26,28	+ 0,81
Frankfurt a. M.	24,27	+ 1,66
Dresden	22,91	+ 1,18
Leipzig	24,29	+ 1,07
Suttgart	24,49	+ 0,72
München	22,87	+ 0,96

Man sieht, unter den aufgeführten Plätzen ist nur eine einzige Stadt, in der die Kosten für die gleichen Nahrungsmittel und die gleichen Konsumtionen gegenüber Januar abgenommen haben; diese Stadt ist Halle a. S. Gleichgefallen ist der Aufwand in Danzig. Sonst aber sind die Erhöhungen allgemein und erreichen einen ziemlich hohen Prozentsatz der Kosten vom Januar. Erzeugerseite macht sich neuerdings infolge der guten Vorjahrserte eine Verbilligung von Mehl und Brot bemerkbar, was natürlich den Nahrungsmittelaufwand verbilligen würde. Doch sind aber noch immer die Fleischpreise. Kein gutes Zeichen ist es, daß in letzter Zeit sogar die Preise für Pferdefleisch eine Steigerung von 5 1/2 pro Pfund aufzuweisen haben. Im englischen Ballkampf würde die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter von den Liberalen besonders im Hinblick auf den starken Konsum von Pferde- und Hundfleisch mit sehr düsteren Farben gezeichnet. Es wurde so dargestellt, als ob die deutsche Arbeiterbevölkerung nur Pferde- und Hundfleisch genießen könnte. Das ist natürlich eine starke Uebertreibung; auch in England dürfte wohl in manchen Schichten der Arbeiterbevölkerung Pferde- und Hundfleisch nicht ganz unbekannt sein. Wichtig ist allerdings, daß der Pferdefleischkonsum im allgemeinen nicht ganz unbedeutend ist. Im Jahre 1908 wurden 136 575 Pferde geschlachtet gegen 146 627 im Jahre 1905. Das Jahr 1909 hat wahrscheinlich wieder eine Zunahme der Schlachtungen gebracht. Weniger ins Gewicht fallen die Hundschlachtungen. Für das Jahr 1908 werden 6362 Stück angegeben, die gewerblich geschlachtet wurden. Davon entfallen mehr als die Hälfte auf das Königreich Sachsen, ein ziemlich großer Teil aber auch auf Schlesien. Sonst treten die Hundschlachtungen nur wenig hervor. Insgesamt werden im Jahre circa 45 Millionen Pfund Pferde- und circa 140 000 Pfund Hundfleisch in Deutschland konsumiert.

Berlin, den 16. Januar 1910. Rich. Calwer.

Politische Umschau.

Interpellationsverhandlungen im Reichstage: Pensionsversicherung der Privatbeamten; Unterfütterung der arbeitslosen Tabakarbeiter; das Militär im Bundeswehrstreik; die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes. — Revidierte Arbeitskammergesetz. — Freisinniger Antrag im preussischen Abgeordnetenhause betreffend den öffentlichen Arbeitsnachweis. — Auch die Arbeiterchaft Hollands rührt sich. — Nachwirkung des Generalfreits in Schweden. — Die Parlamentswahlen in England.

Der weitaus größte Teil der Plenarverhandlungen des Reichstags in der letzten Woche entfiel auf die Erledigung von vier Interpellationen. Zentrum und Nationalliberale fragten den Reichszanzler, ob er bereit sei, über den Stand der Vorarbeiten zur Pensionsversicherung der Privatbeamten Auskunft zu geben. Seit Jahren schon wird von der organisierten Privatbeamtenchaft diese Versicherung ersehnt und die hiesigen Parteien entwickeln einen lebhaften Wettstreit, das Streben zu unterstützen. Hinter diesem Wettstreit steckt natürlich eine parteipolitische Spekulation: Zentrum und liberale Parteien hüpfen um die Freundschaft der Privatbeamten, die bei den Wahlen eine erhebliche Stimmengahl stellen. Daß

auch den Privatbeamten die Versicherung zu gewähren ist, erkennt die Sozialdemokratie grundsätzlich an; sie hat deren Einbeziehung in die Versicherung schon vor Jahren gefordert. Aber freilich steht sie auf dem durchaus vernünftigen Standpunkt, daß den Privatbeamten nicht geradezu eine sonderrechtliche Stellung gegenüber der Arbeiterschaft eingeräumt ist. Sie fordert die Angliederung der Privatbeamtenversicherung an die Alters- und Invalidenversicherung. Es kann sie nicht kümmern, daß in den Kreisen dieser Beamten eine Strömung vorhanden ist, die das nicht will. Hochsinnige, eingebildec, sich überhebende „Herren“, die doch, genau betrachtet, auch nichts anderes sind als Lohnarbeiter und die oft eine sehr proletarische Gestalt führen, halten eine rechtliche Angliederung an die Arbeiterversicherung nicht ihrem „Stand“ angemessen; sie meinen, etwas „Höheres“ und „Besseres“ zu sein, als der „gewöhnliche“ Lohnarbeiter. Natürlich trägt die Sozialdemokratie solchem Dünkel keine Rechnung, wie die bürgerlichen Parteien es tun. Diesen Standpunkt vertritt in der Debatte der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Abgeordneter Heine. Wie der Redner des Zentrums, so wünschte auch der national-liberale Abgeordnete Dr. Straßmann die baldige Vorlage eines Gesehtentwurfs, und zwar mit der Begründung: „Dann werden sich die Privatbeamten nicht von den Sirenenstimmen der Sozialdemokratie verlocken lassen!“ Ohne ordnungspolitischen Humbug geht es bei den Herren der staatsbehaltenden Parteien nun einmal nicht. Die Interpellanten mußten sich mit der Erklärung des Staatssekretärs Dr. Delbrück begnügen, daß er die Vorlage wegen der großen technischen Schwierigkeiten noch zurückstellen möchte.

Hieran schloß sich die Besprechung der Interpellation der Sozialdemokraten, betreffend die Unterstützung der arbeitslosen Tabakarbeiter. Die Ausübung der gesetzlichen Vorschriften über diese Unterstützung hat bekanntlich arge Mängel für die Unterstützungsberechtigten ergeben. Die Interpellation fragt den Reichsfinanzminister, ob er bereit sei, zur Beseitigung dieser Mängel Maßregeln zu treffen und einen Gesehtentwurf einzubringen, durch den die im Tabaksteuergesetz ausgeworfene Unterstützungssumme von 4 Millionen Mark erhöht wird. In seiner Begründung legte der Abgeordnete Geyer die Mängel und die Notwendigkeit der Erhöhung der Unterstützungssumme eingehend dar. Tatsächlich ist die Zahl der im Jahre des Tabaksteuergesetzes arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter viel größer, als man im vorigen Jahre angenommen hatte; sie beläuft sich nach dem letzten amtlichen Erhebungen auf circa 40 000 oder 20 pSt. aller Tabakarbeiter. Daß da die Unterstützungssumme von 4 Millionen Mark nicht ausreicht, ist klar.

Die Antwort, die der Schatzsekretär Wermuth gab, ist eine unbefriedigende. Er mußte selbst zugeben, daß die Zahl der Unterstützungsberechtigten bis Ende 1909 circa 34 000 betrug, meinte jedoch, daß wohl die meisten dieser Gesuche „unbegründet“ wären. Uebrigens sei die beschlossene Unterstützung ein Noöum. Ohne Zweifel seien auch die Arbeiter anderer Branchen (Zündholz-, Brauereiarbeiter usw.) durch die neuen Steuergesetze geschädigt, aber das Geseht beschränkte die Unterstützung auf die Tabakarbeiter, und zwar ohne die Zigarettenarbeiter! Daß in dieser Beschränkung eine schwere Ungerechtheit liegt, ist von den sozialdemokratischen Rednern im Reichstage bei Erörterung der Steuergesetze sehr scharf und eindringlich hervorgehoben worden. Die sozialdemokratische Fraktion hatte damals beantragt, die Unterstützung auf die Arbeiter der Brauerei- und Zündholzindustrie auszudehnen. Ganz und gar absurd geradezu ist der Ausschluß der Zigarettenarbeiter, der in der Ansicht der Majorität des Reichstages und in der Fassung des Gesehtes seine Rechtfertigung nicht findet.

Die dritte, ebenfalls von den Sozialdemokraten ausgehende Interpellation betraf die Tatsache, daß bei dem Streit im Mansfelder Bergrevier Militäreingezogene worden ist, um die Arbeiter an der Ausübung ihres Koalitionsrechts zu hindern. Der Abgeordnete Sasse entlockte dem Hause ein interessantes Bild. Er schilderte die Ursachen des Streits, die Vergewaltigung der Bergarbeiter durch das Herrentum, ihre schlechte Lage, die Verächtlichmachung ihres Kampfes und dann die Herrschaft der Bajonette, das Eingreifen des Militärs, für das nicht der geringste stichhaltige Grund vorlag, was auch bürgerliche Blätter unumwunden zugegeben haben. Aber die hohe Obrigkeit hat bekanntlich „immer recht“, auch wenn sie schweres Unrecht übt. Das Hang aus den Antworten des Staatssekretärs Dr. Delbrück und des Kriegsministers General v. Heeringen sehr drastisch hervor. Beide „rechtfertigten“ die Zugewehrung und die Haltung des Militärs: es galt, „Arbeitswillige zu schützen“, „Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten“, „Ausgrenzungen zu verhindern“. Die Regierungsveteren erfuhr von den Konservativen und den National-liberalen lebhaftige Unterstützung. Der Vertreter des Reichstages, Dr. Arndt, von der Reichspartei, leistete sich

die Annahme, für die Haltung der Polizei und das „rechtzeitige Eingreifen“ des Militärs den „Danke der Bürgerchaft von Mansfeld, des größten Teiles der Mansfelder Arbeiter und eines großen Teiles der Streikenden selbst“ auszusprechen! Nun, die Arbeiterschaft Mansfelds wird diesen Herren und der von ihnen beschworenen Ordnungspolitik die Quittung stellen bei den nächsten Wahlen! Auch der Redner des Zentrums, Abgeordneter Dr. Fleischer, verteidigte unter gefälligen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie das Eingreifen des Militärs als eine „berechtigte“ Maßnahme. Dahingegen, bekennt sich der freisinnige Abgeordnete Gothe zu der den Tatsachen entsprechenden Uebersetzung, daß für militärische Hilfe kein Grund vorgelegen habe. Die Isopolitischen Gerüchte über Ausschreitungen seien, das haben selbst bürgerliche Blätter, die „Magdeburger Zeitung“ u. a. zugeben müssen, mahlos übertrieben worden; von Aufruhr könne keine Rede sein. Auch sei der Streit nicht etwa von den Sozialdemokraten herbeigeführt, sondern von der Hütenverwaltung beschuldigt worden. Schließlich hält der sozialdemokratische Abgeordnete Kunert noch eine Abrechnung mit den Männern der Ordnungspolitik, denen es an „Gründen“ zur „Rechtfertigung“ ihrer feindseligen Stellung gegen die Arbeiterschaft ja niemals mangelt, und der Zentrumsabgeordnete Gieberts rüde in einer Erklärung von seinem Fraktionskollegen Fleischer ab. Aber um keinen Irrtum aufkommen zu lassen: Fleischer sprach im Auftrage der Zentrumsfraktion!

Dann kam die Interpellation der freisinnigen Partei, betreffend die Handhabung des Reichsbereinsgesetzes an die Meise. Es wird darin gefragt, was der Reichsminister wider die Verstöße einzelner Landesbehörden gegen das Geseht zu tun gedenke und wie er in Zukunft Beamte verhindern wolle, Gekirwitten, die ihre Räume zu politischen Versammlungen herzugeben haben, lediglich deshalb die Erlaubnis zur Abhaltung von Luftfahrten zu beschränken oder zu entziehen oder sie von der Hergabe ihrer Lokale durch Bedrohung mit dergleichen Sühnmaßnahmen abzuhalten.

Das Reichsbereinsgesetz in seiner Mangelhaftigkeit ist bekanntlich im Reichstage mit Hilfe der freisinnigen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums zustande gebracht worden. Der „geniale“ Führer des Reichstages, Herr Dr. Müller-Meiningen, hat damals dieses Geseht glatt als den Inbegriff aller gesehtgeberischen Weisheit, das „ganz gewiß“ entsprechend den Versicherungen vom Regierungssitz eine „durchaus loyale Handhabung“ durch die Polizei erfahren werde. Und nun mußte der nämliche Herr als Begründer der Interpellation dem Reichstage das heitere Schauspiel bieten, über sein eigenes Kind nun Scheltendes zu sagen! Die Tatsachen, um die es sich handelt, und die in der Debatte erörtert wurden, sind unfern Lesern bekannt. Besonders in Preußen und in Sachsen hat die polizeiliche Bureaufkratie das Geseht, bormehlich den Sprachenparagrafen, in rigoroser und ungerechter Weise gegen die Arbeiterschaft gehandhabt. Dr. Müller-Meiningen meinte zwar: „Des Gesehtes selbst haben wir uns in keiner Weise zu schämen. Nur von einer verständnislosen Bureaufkratie wird es illoyal ausgelegt.“ Aber der Staatssekretär Dr. Delbrück charakterisierte das famose Geseht mit der Bemerkung: „Es so auszuführen, wie es vom Gesehtgeber gemeint war, ist nicht immer leicht. Ich habe selber manchen Paragrafen des Gesehtes mehr als zweimal lesen müssen, ehe mir klar wurde, wie er zu verstehen ist.“ Das war der Humor der Stunde! Der Staatssekretär wälzt die Verantwortung für das Produkt der Isopolitik, an dem der Freisinn einen hervorragenden Anteil hat, auf die ab, die es gemacht haben!

In längerer Rede behandelte der sozialdemokratische Abgeordnete Vreh die polizeilichen Uebergriffe gegen die gewerkschaftlichen Organisationen, u. a. die Praxis, Zweige solcher Organisationen als „politische Vereine“ zu erklären. Auch die Drangsalierung der Jugendorganisationsunterstützung er schärfer Kritik. Der Zentrumsabgeordnete Gröber erklärte, eine Mehrheit, die den Sprachen- und den Jugendlichenparagrafen aus dem Vereinsgesetz austreiche, werde er für eine verstandige Mehrheit halten. Hoffentlich wird bald eine Probe auf das Exempel gemacht! Wir glauben nicht, daß die verständige Mehrheit kommen wird, solange die Freisinnigen festhalten an ihrer absurden Ansicht, daß das Geseht „an sich gut ist“!

Wie eine offiziöse Korrespondenz berichtet, wird das revidierte Arbeitsstammengesetz dem Reichstagsvorsitz am 1. Februar vorgelegt. Ueber die Änderungen des Entwurfs wird mitgeteilt: Aufgaben der Arbeitsstammern sollen sein: „Pflege des wirtschaftlichen Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitern, Mitwirkung beim Abschluß von Tarifverträgen, Erstattung von Gutachten bei Fragen über gewerbliche und wirtschaftliche Interessen der Beteiligten, fernher das Recht, selbständige Enqueten über solche Fragen herbeizuführen und Anteil-

nahme an der Förderung paritätischer Arbeitsnachweise. Das Wahlverfahren des Entwurfs entspricht den Kommissionsbeschlüssen, doch hat der Entwurf die Möglichkeit der Organisationsbeamten in die Arbeitsstammern nicht anerkannt. Das Geseht soll Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker ausnehmen, so daß diese nicht unter das Geseht fallen.“

Wenn diese Mitteilung zutrifft, so sind die „Verbesserungen“ sehr bedenklicher Art. Im preussischen Abgeordnetenhaus hat die freisinnige Fraktionsgemeinschaft einen Antrag, betreffend die weitere Entwicklung des öffentlichen Arbeitsnachweises, eingebracht. Die Regierung wird ersucht:

1. Bis zur nächstjährigen Staatsberatung einen Bericht über den Stand der Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises in Preußen zu geben.

2. Die Bestrebungen zur Ausdehnung des allgemeinen öffentlichen Arbeitsnachweises von den großen Städten auf die kleineren Städte und das flache Land durch Organisation öffentlicher, an keine einseitige Berufsorganisation weder der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer angeschlossene Arbeitsnachweiserbände zu unterstützen und durch weitere Geldmittel zu fördern.

Wir meinen, es würde richtiger sein, die Regelung der Arbeitsnachweisesfrage durch das Reichsgesehtgebung zu übertragen. Das gelegentliche Eingreifen der Landesgesehtgebung kann der reichsgesehtlichen Regelung nur hinderlich sein.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Hollands hat in Verbindung mit dem Vorstand der Gewerkschaftszentrale eine gemeinsame Aktion für das allgemeine Wahlrecht und den Zehnjahrenden Akt beschlossen. Es sollen Wandemonstrationen der Arbeiterschaft veranstaltet werden.

Aus Schweden ist über eine Nachwirkung des Generallstreiks zu berichten. Die Rede, womit der schwedische Reichstag eröffnet wurde, kündigt u. a. Gesehtentwürfe an, durch die man künftigen Arbeitsausständen vorbeugen und zugleich wichtige allgemeine Einrichtungen wirksam machen will. Es handelt sich hier offenbar um den Versuch, das Koalitionsrecht der Arbeiter generell einzuschränken, und es für die Arbeiter der Werkzeugsbetriebe wohl gar ganz aufzuheben. Das wird sich die schwedische Arbeiterschaft natürlich nicht ruhig gefallen lassen.

Wie sieht es in England? Die Neuwahlen zum Parlament sind nun bereits acht Tage im Gange und sind, während wir dies schreiben, noch nicht beendet. Es ist betäubend, daß die Unionisten (die Konservativen) größer, die Liberalen und die Arbeiterpartei hingegen geringere Erfolge erzielt haben, als man ziemlich allgemein erwartet hatte. Ein sicheres Urteil läßt sich natürlich erst nach Beendigung der Wahlen abgeben. Uns erscheint die Aussicht begünstigt, daß es den Konservativen nicht gelingen wird, eine Mehrheit zu erlangen, daß ihnen gegenüber die Liberalen wenigstens zusammen mit den Arbeitervertretern eine Mehrheit bilden werden. Der Führer der Arbeiterpartei, Keir Hardie ist in seinem Wahlkreis wiedergewählt worden. Bis jetzt hat es diese Partei auf 33 Mandate gebracht.

Wie dem „Vorwärts“ aus London gemeldet wird, ist ein charakteristischer Zug der diesmaligen Wahlen das Hervortreten der Solidarität der bestehenden Klassen: In keinem früheren Wahlkampf sind die Grenzen zwischen Besitz und Proletariat so deutlich hervorgetreten. Man kann sich auf der Landkarte besorgen. Dort, wo die Arbeitergebiete anfangen, hört der konservative Einfluß auf und weicht der Macht der Arbeiterpartei oder der Linkliberalen. Das ist sehr bezeichnend für ein Land, in dem bisher die Klassengegenstände durchaus nicht jenen direkten und untrüglichen Einfluß auf die Zusammensetzung der Volksvertretung gehabt haben wie in den jüngeren kapitalistischen Staaten. Bei diesen Wahlen kommt eben das wirtschaftliche Moment so stark zum Ausdruck, daß die religiösen, politischen und anderen Streitfragen in den Hintergrund gedrängt worden sind. Im Interesse einer gesunden politischen Entwicklung ist diese Tatsache nur zu begrüßen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Mauerer:

Schleswig-Holstein:

Helgoland (Differenzen beim Unternehmer Hagemann);

Mecklenburg, Lübeck:

Lübeck (Sporre über die Banten der Firma Torkuhl in Kücknitz, Zwischenunternehmer Mädel und Behrens);

Brandenburg:

Fürstauwäld (Sperrn über alle Arbeiten der Unternehmer Bodey, Gube, Kirschke, Paestel, Utikal und der Firma Pintsch);

Ost- und Westpreussen, Posen: Marienwerder (Sperrn über Knack in Beckermühle);

Königr. Sachsen:

Leipzig (Sperrn über Winkler, Kleinzschöcher, Ecke Militzer- und Eythraerstrasse), Borsdorf (Sperrn über die Bauten des Unternehmers Wilhelm); Zittau (Sperrn über Hinde in Weigsdorf und Müller aus Hirschfelde), Oberriedersdorf (Sperrn über den Unternehmer Clemens), Glauchau (Sperrn über Köhler), Treuen (Sperrn über Otto Händel);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Halle (Sperrn über Ifland in Passendorf), Stendal (Sperrn über den Bau des Unternehmers Ulrich aus Gr.-Möhringen in Wahrburg);

Thüringen:

Eisenach-Heideshausen (Sperrn über Buchenan), Söbng (Sperrn über das Betongeschäft Otto Hauch & Co., der Bau liegt in Tettau, Oberfranken), Weimar (Sperrn über O. Hemme);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg: Badbergen (Streik), Buxtehude (Sperrn über Pflieschke und Spark), Wolfenbüttel (Sperrn über die Bauten der Unternehmern Tolle und Vollmer);

Westfalen und Rheinland:

Düsseldorf (Streik in Ratingen), Halle i. Westfalen (Sperrn über Grotendieck);

Isolierer und Steinholzleger:

Leipzig (Sperrn über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Molktestr. 82), Bremen (Sperrn über die Filiale der Firma Rheinhold & Co.);

Schweiz:

Winterthur (Streik);

Bekanntmachung des Vorstandes.

Storbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Vorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übergeben:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbenkunde. Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 17. bis 22. Januar für folgende Mitglieder erteilt:

- M. Paschr, Verh.-Nr. 391 164; Adolf Bauer, 304 693; R. Hinterhäuser (Frau), 171 336; Fritz Weier, 150 883; Emil Schach (Frau), 17 701; E. Meitz, 157; Fern. Freidant, 110 461; A. Meise (Frau), 164 973; S. Wäcker, 7371; S. Scherf, 392 025; S. Däster (Frau), 62 507; P. Masson, 443 809; Joh. Horn (Frau), 351 398; S. Eidenmann, 379 842; Wilh. Müller, 298 631; S. Dillmann, 383 015; S. Schmitt, 105 432; S. Wäcker, 62 689; Chr. Grewenow, 113 922; Fr. Dommscheit I (Frau), 56690; Ernst Bauer, 56 622; G. Gleichard (Frau), 334 227; P. Walde, 361 552; Hermann Schäf (Frau), 95 873; A. Niebeke, 102 766; Jakob Stadler, 429 420; Mich. Wagner (Frau), 108 793; N. Bauer, 40 212; Gust. Graf (Frau), 16 664; F. Jäger (Frau), 320 650; S. Kapp, 88 377; E. Schöler, 254 358; N. Winkers (Frau), 75 290; W. A. Stolze, 62 815; Karl Gant, 89 015; Friedrich Gahn, 61 573; Friedr. Wiedeke (Frau), 41 843; Georg Hepz, 239 963; Rudw. Mees, 339 991; Jac. Walter, 320 816.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer F. Köster, Hamburg 1, Finkenburgerhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

Im der Zeit vom 18. bis 24. Januar 1910 sind folgende Beiträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

- Apenrade M. 339,69, Ausleben 129,37, Antonienhütte 387,21, Alfeld 7,88, Adolphsburg 506,27, Bernsdorf 62,20, Wände 296,55, Verne 43,05, Bergedorf 5,60, Warzeicheide 72,18, Wood 134,32, Bayreuth 103,16, Vornhöved 55,51, Warming-Eberfeld 3287,56, Wate 56,74, Wamsdorf 54,04, Blomberg 10,24, Blankenburg i. Th. 40,40, Burgdorf 206,52, Brestlau 5270,41, Celle 280,38, Cönnern 23,28, Calbe a. d. W. 38,36, Gölz 4235,46, Delmenhorst 1251,29, Delligau 54,80, Dirschel 185,86, Darmstadt 2478,68, Elster 112,85, Eisenlehn 400, Erdoborn 344,18, Eilsterwerda 83,64, Eichenhausen 28,26, Einbeck 339,39, Fische 26,23, Geesthacht 258,61, Gleiwitz 218,23, Grandsborn 79,76, Gr.-Münchensleben 68,94, Gr.-Freben 22,32, Gräfenhainichen 19,21, Gräfenhainichen 246,80, Gollchen 127,40, Gollern 18,50, Grimma 123,40, Gölzig 75,80, Glas 78,88, Gröbzig 349,14, Gummersbach 38,04, Grafenwulder 22,05, Gohndorf-Grimnitz 291,71, Goltzau 182,76, Herzberg a. d. Elster 16,70, Gammelsdorf 138,43, Gundersfeld 5,55, Halle 441,47, Harburg 105,05, Hof 1249,12, Hildesheim 402,97, Hermisdorf b. Verlin 62,90, Quana-Wunden 289,01, Jämenau 45,96, Jüchen 107,78, Kiel 4400,95, Kropffeld 112,86, Kapna 85,80, Kyritz 8,45, Kalbgerbe 30, Kempten 284,92, Linsdorf 450,15, Lyden 842,20, Liesenwerda 22,98, Lieberose -78, Landstut 196,74, Lübbersau 150,86, Längenwedding 105,04, Langelsheim 253,22, Langenfelde 441,10, Lübbecke 36,72, Ludenwalde 10,90, Mühlberg 230, Mendorf 105,83, Mannheiß 1164,38, Magdeburg 6103,58, Mülow 98,10, Mainz 1243,70, Münsingen 298,59, Neufals 340,75, Nürnberg 6868,13, Neustettin 536,08, Niendorf a. d. Saale 130,82, Neudorf i. Meckl. 70,90, Neugeb. 30,18, Neu-Nippin 698,82, Niebisch 118,84, Neuburg a. d. D. 65,88, Oels 40,62, Odersleben 215,57, Plarcksdorf 68,04, Pöden 23,60, Primmernau 13,68, Reine 400,36, Riefau 216,08, Rattling 89,24, Quatenbrück 108,26, Rühlsberg 191,43,

Rosche 58,16, Regis 45,49, Rößsburg ob d. Lauber 26,84, Roßdorf 16,75, Rattibor 56,84, Salziglen 237,75, Storfow 126,48, Seyda 120,18, Strasburg 104,93, Schmeyitz 74,66, Steinach 20,02, Scherbel 9,60, Schramberg -66, Safran 185,22, Schönitz 100, Eberbürg 80, Strasburg i. d. Udermarch 1,92, Stein 3076,76, Stelle 133,34, Streßlen 125,56, Steinau 82,40, Salzgallen 140,70, Suttigart 7020,65, Schönwalde a. d. Spree 29,08, Sporttau 480,92, Stadtmit 28,97, Treptow a. d. Lohse 278,84, Teschenhof 254,80, Treuenbriegen 140, Treblisch 229,93, Trachenberg 98,68, Trichenreuth 28,82, Triebel 108,30, Torgau 208,51, Trebnitz 59,88, Ulfen 52,75, Uffen 4,64, Unterweißbach 54,12, Warf 143,17, Wellersiede 207,76, Wildeshausen 139,37, Waldenburg i. Schl. 719,85, Wollschütz 453,54, Wilsnack 188,50, Wittenhausen 308,07, Witten a. d. Rube 284,04, Waldorf 166,73, Waiungen 107,60, Zabrze 151,64, Zornitz 96,26, Zwönitz 28,20. Von hingenhender Streckenerhebung zurückgeführt Goldberg i. Meckl. M. 12,60.

b) Für Kaiserde.

Apenrade M. 25, Ausleben 10, Adolphsburg 40, Wände 10, Bernsdorf 3, Verne 5, Bayreuth 12,69, Vornhöved 10, Warming-Eberfeld 75, Blomberg 1,50, Blankenburg i. Th. 5, Berlin 100, Greif 30, Celle 10, Delmenhorst 25, Darmstadt 82,50, Geesthacht 3, Erdoborn 12,50, Einbeck 25, Geesthacht 1,50, Gleiwitz 25, Gr.-Freben 2,60, Gräfenhainichen 2,50, Göttern 5, Harburg 75, Halle 50, Kempten 27,50, Lübbersau 10, Langelsheim 14,50, Lübbecke 1, Ludenwalde 25, Mühlberg 17,60, Münsingen 17,50, Mannheiß 195, Neustettin 20, Neuenrippin 5, Niebisch 10, Neuburg a. d. Donau 10, Oels 10, Odersleben 6; Rattling 10, Quatenbrück 10, Rühlsberg a. d. L. 6, Rattibor 3, Storfow 2,50, Streßlen 10, Suttigart 10, Sporttau 20, Torgau a. d. Toll 5, Teschenhof 5, Trichenreuth 2, Triebel 10, Ulfen 6, Unterweißbach 5, Warf 5, Wornitz 25; Westliche 15, Wildeshausen 10, Waldenburg i. Schlesien 62,50, Wollschütz 5, Wilsnack 2,50, Wittenhausen 5, Witten a. d. Rube 4, Waiungen 17,50, Zabrze 9,50, Zwönitz 7,50.

c) Für Interate.

Harburg M. 5, Neufals 2,50, Niebisch 3, Zabrze 1.

d) „Arbeit und Kultur“.

Dreslau M. 1,50.

e) „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen“.

Darmstadt M. 36, Gleiwitz -70, Mannheiß 27,75.

f) Für Protokolle.

Bahretz M. 1, Gr.-Münchensleben 1, Storfow 1.

g) Für Ausgaben im „Grundstein“.

Apenrade M. 1,20, Dresden -30, Halle 1,50, Hildesheim -45, Romanos 2,20, Sandau -20, Tempin -30, Torgau -75, Zabrze 1,20.

Marken-Verband. Vom 1. bis 22. Januar sind Marken verkauft worden (E = Eintrittsmarken, B = Beiträgesmarken, A = Arbeitslosenmarken, K = Kolportagemarken, L = Lebenslosumarken):

- Mülin 100 A zu 25 A, Apsola 200 B zu 45, 200 L zu 5, Wolf 50 A zu 25 A, Brandis 1200 B zu 45, Belgia 100 A zu 25, Brandige 100 A zu 25, Burgstädt 100 B zu 40, Voigtburg 100 B zu 45, 18 B zu 30, Wecken 600 B zu 40, 1000 L zu 20, Bergen 400 B zu 40, 500 A zu 25, Waagen 1000 B zu 45, 10 E zu 150, 1000 B zu 50, 500 A zu 25, 20 E zu 50, Bremerhaven 1000 L zu 20, Büblich 600 B zu 35, 200 A zu 25, Bornia 400 B zu 45, 300 L zu 10, Weigard 200 B zu 30, Wunzlau 20 B zu 50, 400 A zu 25, Wunzlauer 400 B zu 45, 100 B zu 30, Bromberg 2000 B zu 50, 1000 A zu 25, Wülfow 400 B zu 45, Vorkhörf 5 E zu 150, Codaft 28 B zu 30 A, Croßen 200 A zu 25, Copenitz 200 K zu 10, Cönnern 100 B zu 30, Cammitt 100 B zu 40, 50 A zu 25, Coswig 200 L zu 15, Colberg 100 B zu 30, 10 E zu 50, Dresden 200 L zu 30 A, 1000 L zu 10, Düben 100 B zu 45, 100 B zu 30, 100 A zu 25, Dießen 20 E zu 50, 10 E zu 150, Caffow 100 B zu 45, Trautzsig 300 B zu 40, 10 E zu 50, Dechow 100 E zu 50, Dessau 500 B zu 50, 50 A zu 25, Einbeck 500 B zu 40 A, Geischoff 100 A zu 25, Erfurt 800 B zu 40, 800 B zu 45, 50 E zu 150, Elmshorn 600 B zu 60, 200 B zu 50, 600 K zu 10, 50 B zu 75, 15 E zu 50, 3 E zu 150, 2 E zu 300, Ebernforde 400 B zu 60, Ebinger 400 B zu 50, 50 E zu 50, Grauditz 100 B zu 35 A, Frieberg 250 B zu 35, 100 B zu 30, 100 A zu 25, 2 E zu 300, 10 E zu 150, Gießha 100 B zu 40, Frieberg 200 B zu 50, 100 B zu 40, 100 B zu 60, 100 A zu 25, Finkenheerdorf 800 B zu 60, Gardsleben 100 B zu 40 A, Gräfenhainichen 200 B zu 40, Grimberg i. Schl. 1000 B zu 45, 100 A zu 25, Golden 100 B zu 30, Gottesberg 1200 B zu 40, 10 E zu 150, 20 E zu 50, Goflerschanen 100 B zu 40, 50 A zu 25, Gubrau 40 E zu 50, 200 L zu 10, Gronau 10 E zu 50, Gollnow 100 A zu 25, Genthin 100 B zu 30, Grauberg 600 B zu 60, Gumbinnen 100 K zu 10, Großp. 400 B zu 35, 100 A zu 25, Glettau 300 L zu 10, Gneinwade 100 B zu 40 A, 50 A zu 25, Gohndorf 200 A zu 25, 400 L zu 10, 400 B zu 40, Gabelberg 25 B zu 35, Gabelsleben 600 B zu 55, 400 L zu 10, Gerogenerud 700 L zu 5, Hammer-Wildeshausen 100 B zu 30, Holzginden 200 B zu 40, 50 B zu 35, 50 B zu 30, 50 A zu 25, 200 L zu 10, Gellstedt 200 B zu 35, 20 E zu 50, Gundersfeld 200 B zu 45, Hermisdorf b. Wittenhofe 50 B zu 40, 50 A zu 25, 5 E zu 150, Göttingen 100 B zu 45, 30 E zu 50, Jessen 100 B zu 40 A, 50 A zu 25, Jüterbog 300 B zu 30, 400 A zu 25, Jüterbog 100 B zu 55, 100 A zu 50, Joachimsthal 100 B zu 40, 50 B zu 30, 50 A zu 25, Kolmar 200 A zu 25 A, Kolzig 600 L zu 10, Kropffeld 200 B zu 35, 200 A zu 25, Kurlberg 100 B zu 50, Kützingburg 100 B zu 45 A, Kamenburg 200 B zu 50, Längfel 100 B zu 35, Langenwedding 300 L zu 10, Leipzig 1000 A zu 25, Liepe 100 B zu 45, 150 A zu 25, Lißa 1200 B zu 40, Landsbü 200 B zu 50, 10 E zu 150, Langenfelde 100 B zu 45, Langensl. 400 B zu 35, 100 A zu 25, Langelsheim 100 B zu 30, Meyersberg 100 A zu 25 A, 50 B zu 40, Mündesberg 200 B zu 40, Mühlberg 200 K zu 10, Münsingen 200 A zu 25, Nele 15 E zu 50, Nißlau 50 A zu 25, Nützen 10 E zu 50, 2000 L zu 10, 2000 L zu 10, 100 A zu 25, Neufelz 200 A zu 25, Nißmehla 200 A zu 25, Nienhofe 200 B zu 60, 100 A zu 25, Nißmehla 400 K zu 5, Münster 100 L zu 50.

Rauhof 100 A zu 25 A, Neustettin 100 A zu 25, Romanos 200 B zu 70, Neufals 200 B zu 35, Northem 100 B zu 40, 100 B zu 30, Neufelsdorf 800 L zu 10, Neuburg 100 A zu 25, 100 K zu 10, Neudorf a. d. Orfa 400 B zu 35.

Oldenburg i. S. 100 B zu 40 A, Polenz 200 B zu 40 A, Pölsitz 200 A zu 25, 200 B zu 55, 5 E zu 800, Pleßien 50 A zu 25, Plone a. d. Sabel 200 B zu 35, 200 B zu 40, 100 B zu 60, 200 A zu 25, Penzlin 400 B zu 40, Polziggen 100 B zu 35, 50 B zu 60, Perleberg 400 B zu 45, 500 K zu 10, Paaren 200 B zu 70, Pörscha 200 B zu 35 A, Pörsitz 200 B zu 40, Pörsitz 100 A zu 25, 400 L zu 10, Pothow 200 B zu 30, Pörsitz 100 L zu 10, Niefa 1000 B zu 50, 30 E zu 50, 20 E zu 150, Straubing 1000 L zu 5 A, Stolp 10 E zu 150, 500 A zu 25, Straußberg 100 B zu 30, Strassburg i. B. 200 K zu 10, 100 B zu 40, Schneemühl 200 B zu 45, Scharau 25 A zu 25, Schöneberg 100 B zu 45, Schramberg 5 E zu 150, 25 A zu 25, Salzweil 1200 B zu 50, Sachsa 50 B zu 40, Salzgallen 100 A zu 25, Seebitz 200 A zu 25, Schwabach 1000 L zu 10, Streßlen 100 B zu 30.

Tübingen 300 B zu 50 A, Ludol 100 A zu 25, Tempin 100 B zu 45, Teßin 50 B zu 40, Trebitz 50 B zu 35, 50 A zu 25, 2 E zu 150, Teufeln 400 B zu 45, 2 E zu 300, Trebitz 400 B zu 35, 200 B zu 40, 200 A zu 25, Telten 100 B zu 60, 100 A zu 25, Wernigerode 100 A zu 25 A, Wiblingerode 50 B zu 35, Wolfenbüttel 500 L zu 25, Wültingen 800 B zu 45, Wülfow 400 B zu 75, Waffenburg 400 B zu 35, 200 L zu 10, Waldenburg i. Schl. 500 L zu 10, Wermelsförden 20 E zu 50, Wieselbader 2000 L zu 10, 500 L zu 15, Wismarsleben 600 B zu 55, Wornitz 50 E zu 50, Wülfow a. d. Rube 100 B zu 75, Wildeshausen 150 B zu 60, Weimar 200 A zu 25, Jenzelberg 500 B zu 35 A, 50 A zu 25, 10 E zu 50, Jutzendorf 100 B zu 40, Jutzendorf 100 B zu 35, 5 E zu 150, 100 L zu 10, 400 B zu 40, Jutzendorf 100 B zu 35, 50 A zu 25, Zwinge 50 B zu 40, 50 B zu 35, 20 E zu 150.

Mit verdorrten gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen M. Möhnde-Hamburg (Verh.-Nr. 150 587), Georg Timmer-Wetzl (449 719), Karl Seifert-Chenuburg i. Gr. (187 113), Ludw. Lietze-Gehdenforde (150 666), Friedr. Wibling-Weizig (37 240), Aug. Weiser-Wilfisch (399 144), Mich. Drouse-Hamburg (204 416), Heim. Gharb-Gaffel (58 217), Jakob Treß-Wettlingen (405 918), H. Bruchmann-München (269 828), Hugo Jode-Hamburg (201 141), R. Drachschmidt-Hamburg (121 203), W. Steinmann-Zwinge (121 233), S. Antweiler-Stuttgart (47 649), Gern. Reising-Göln (188 072), Georg Wulz-München (425 056), G. Dammberg-Gannover (238 963), G. Schuchardt-Göln (202 447), Joh. Wübbe-Göln (298 385), Joh. Emig-Schmütz (317 807). Außerdem die Mitgliederkarte der Kollegen Friedr. Schmidt-Wörzenberg (922 290), R. Grieder-Göln (404 586), Friedr. Frank-Würzenberg (922 773), Ernst Schmidt-Berlin (949 131), M. Steinhilber-Berlin (921 682), L. Seelgen-Wiesbaden (8009).

Ausgehlossen sind auf Grund § 37 a des Statuts vom Zweigverein Nordheim: Joh. Komatz (Verh.-Nr. 015 296), Worf Alr (285 973), Gustaf Fuhr (188 31), Wilhelm Nierke (181 697), Wilhelm Rothe (398 956), Marienroder: Karl Lutz (218 808), G. Lutz (218 808), Richard Wurzenberg (97 391).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgehlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein Göttingen: L. H. Neufals, geboren zu Königberg i. Pr. (Verh.-Nr. 432 445). Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen. Der Vorstand.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Mit-Weidorf. Da es uns an einem Versammlungslokal fehlt und da sich die Kollegen sehr gleichgültig zur Organisation verhalten, so möchte ich ihnen im „Grundstein“ einiges ans Herz legen. Im 5. u. 6. M. fand die Überwindung unseres Kollegen Kauf statt. Der Vorstand unseres Zweigvereins hatte keine Mühe gesucht und hatte alle Kollegen eingeladen. Da die meisten jetzt zu Kaufe sind, war ich der Hoffnung, daß wenigstens zwölf bis fünfzehn Kollegen an dem Begräbnis teilnehmen würden. Aber weit gefehlt, von 27 Mitgliedern waren ganze drei erschienen, um dem Entschlafenen die übliche Ehrung durch Niederlegung eines Kranzes zu bezeugen. Diese drei gelobten sich, in der Agitation nicht zu erschaffen, bis der letzte indifferente Kollege die richtige Auffassung erhalten habe. Die meisten Kollegen sind nur Pflichtmitglieder; sie zahlen nicht einmal ihre Beiträge richtig und für die Partei sind sie überhaupt nicht zu haben. Gerade bei dieser Überwindung wollten wir zeigen, wie wir zusammenhalten und wollten zeigen, daß unser Kranz nicht etwa zurückgewiesen wurde, weil sich einige rote Neffen darin befanden. Trotzdem der Begräbnis dem Kollegen Stein, der den Kranz trug, gerade keine freundlichen Worte zuwarf, nahm man doch keinen offenen Anstoß an unserer Huldigung. Ganz besonders müßte mit dem Krügerverein einmal eine Wäsche gemacht werden. Unsere Mitglieder sind vielfach auch Mitglieder des Krügervereins. Wenn dort die Trommel ertönt, so lassen sie alles stehen und liegen und laufen dem Einzelangerechneten nach, der sie in der Dummheit erhält und sie von der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen abhält. Das kann auf keinen Fall so weiter gehen. Ich erlaube alle Kollegen, sich an der Agitation mit zu beteiligen, um alle fernstehenden Kollegen uns zuzuführen. Wenn wir dieses Jahr eine Lohnserhöhung haben wollen, so ist es notwendig, daß alle Kollegen dafür arbeiten. Zum Schluß erlaube ich alle mit ihren Beiträgen rückständigen Kollegen, ihre Pflicht zu erfüllen, damit sie ihre Rechte nicht verlieren.

H. S.

nicht berichtet hatten; denn besser können ja die christlichen Brüder gar nicht festgelegt werden, und dann mag sie ja nicht glauben, wir würden uns dies Agitationsmaterial entgehen lassen. Nein, so christlich sind wir nicht! Auch die Königsberger Volkszeitung wird die christliche Neugier beim Erscheinen dieser Seiten betrieblig haben.

Deutsch Eylau. Unsere Versammlung am 9. Januar eröffnete der Vorsitzende mit einer Ermahnung der Beitrags-erstanten, ihre Beiträge recht bald zu bezahlen. Bei der Vorstandswahl wurden die alten Kollegen wiedergewählt. Zwei bedürftigen Kollegen bewilligte die Versammlung eine Unterstützung. Nach einer aufmunternden Ansprache des Vorsitzenden erfolgte Schluss.

Düsseldorf. (Jahrebericht.) Bereits im vorjährigen Jahresbericht teilten wir mit, daß die Unternehmer im Landkreise sich nicht an den im Jahre 1908 getätigten Vertrag hielten, die Löhne vielmehr nach wie vor nach ihrem Belieben zahlten. Zum Teil betrug die Löhndifferenz bis zu 8 1/2 pro Stunde. Da es aus im Jahre 1908 infolge der schlechten Konjunktur nicht möglich war, die Unternehmer zur Anerkennung des Vertrages zu zwingen, so wollten die Düsseldorf'er Unternehmer, selbst Mitglieder des Arbeitgeberverbandes, ebenfalls für sich das Recht in Anspruch nehmen, für Arbeiten im Landkreise niedrige Löhne zu zahlen, da sie von dem Augenblick an vom Vertrage entbunden seien, wo wir nicht die übrigen Unternehmer in den Landorten zur Zuneigung des Vertrages zwingen könnten. Wir bewahrten uns ganz entschieden dagegen, daß den Unternehmern ein derartiges Recht aussehe, und diese haben ihr Unrecht schließlich auch eingesehen. Die Unternehmer im Landkreis aber hielten es, obwohl sich die Bautätigkeit bereits im Frühjahr erheblich besserte, trotzdem nicht für nötig, den Vertrag gutwillig anzuerkennen. Landwiderige Kämpfe mußten erst geführt werden, um das längst Bestehende neu zu erkämpfen; leider war es aber nicht möglich, den Vertrag bei allen Unternehmern durchzuführen. In Venrath kam es am 28. April zur Arbeitseinstellung, die ziemlich einmütig erfolgte. Nach Ablauf einer Woche bewilligte der Unternehmer Schöpfer, der 60 pSt. alle Arbeiter in Venrath hatte. Die anderen Unternehmer konnten aber ihre dringenden Arbeiten mit Streikbrechern aus der nächsten Umgebung fertigstellen, so daß kein voller Erfolg zu erzielen war. Geßperst mußte auch der Unternehmer Stöder von Mülheim a. Rh. werden, der in Holthausen ein Elektrizitätswerk baute. Stöder, Mitglied des Arbeitgeberverbandes, weigerte sich, den Tariflohn zu zahlen mit der Begründung, daß auch die Venrath'er Unternehmer denselben nicht zahlten. Nach einjähriger Dauer bewilligte er jedoch, am 27. April kam es in Gerresheim zum Streik. Die dortigen Unternehmer hatten im letzten Jahre infolge der äußerst schlechten Bautätigkeit nur einen Stundenlohn von 52 bis 51 1/2 gezahlt, und glaubten auch jetzt, den Vertrag noch ignorieren zu können. Jedoch hatten sie sich diesmal geirrt; denn die Arbeitseinstellung erfolgte einmütig, obgleich von den 38 am Orte vorhandenen Kollegen, die die Arbeit einstellten, bei Beginn des Streiks nur 17 organisiert waren. Da keiner von den Streikenden abtrünnig wurde, die Unterhändler Streikbrecher aber bereits in Venrath arbeiteten, so mußten die Unternehmer nach zwei Wochen den Vertrag anerkennen. In Rath glaubte der Unternehmer Zimmer mit der Anerkennung des Tarifs noch Zeit zu haben, worauf sämtliche bei ihm beschäftigten Kollegen am 28. April die Arbeit niederlegten. Da Zimmer seine Arbeitswilligen erhalten konnte, so sah er sich noch Verlust, von einer Woche gezwungen, den Vertrag anzuerkennen. Die übrigen drei Unternehmer in Rath hatten den Vertrag ohne Arbeitseinstellung anerkannt. In Kaiserswerth erkannte die Unternehmer, soweit sie jetzt Arbeit hatten, den Vertrag an. Am 11. Juni wurde der Neubau der Diakonissenanstalt, Unternehmer Sellmann von Gilden, gesperrt. Die Gildener Kollegen beschäftigten, sich der Gesellschaft zu erklügeln, die ihnen durch das Auftreten des Unternehmers Sellmann bei ihnen im Jahre 1908 getätigten Vertrag auflegte war, der im Auftrag der Gildener Unternehmer an den Verhandlungen teilnahm, obgleich er nicht einmal Mitglied des Arbeitgeberverbandes war, und es erreichte, daß Gilden aus dem Düsseldorf'er Vertragsgebiet auswich, wodurch die Kollegen nur 52 1/2 Stundenlohn erhielten. Am 7. Juni traten die Gildener in den Streik ein. Da Gilden im Landkreise Düsseldorf liegt, mithin Kaiserswerth und Gilden zu einem Vertragsgebiete gehörten, so legten auch unsere Kollegen in Kaiserswerth die Arbeit nieder! Leider hatte der Gildener Streik nicht den gewünschten Erfolg, jedoch dürfte er den dortigen Unternehmern eine heilsame Lehre sein. Am 7. September traten unsere Kollegen in Ratingen in den Streik, nachdem unsere Bemühungen, die Unternehmer zur Anerkennung des Vertrages zu veranlassen, gescheitert waren. Die dortigen Unternehmer zahlten Stundenlöhne von 50 bis 55 1/2. Die Arbeitseinstellung war äußerst schlecht. Von 61 beschäftigten Maurern legten nur 31 die Arbeit nieder, die übrigen blieben als Streikbrecher stehen. Die Arbeitseinstellung war jedoch unbedingt notwendig, da die Unternehmer in den Verhandlungen erklärten, daß sie die organisierten Kollegen nicht beschäftigen, da diese zu frech wären, obwohl sie zugaben, daß sie gut arbeiten könnten. Es war unter diesen Umständen also notwendig, den Ratingener Unternehmern wenigstens diejenigen Kräfte zu entziehen, die nach ihrer eigenen Aussage arbeiten können, und dies ist uns auch gelungen. Der Streik besteht noch weiter und wir denken auch nicht daran, ihn aufzuheben. Durch den Streik sind verschiedene Bauten, die dieses Jahr fertig gestellt werden sollten, zurückgeblieben, so daß den Unternehmern die weitere Fernhaltung des Ausganges wahrlich nicht angenehm sein wird. Aus Anlaß der Lohnbewegung wurden sieben Kollegen wegen 13 Vergehen angeklagt. Die meisten Anklagen wurden wegen des Venrath'er Streiks erhoben. Bestraft wurden vier Kollegen wegen neun Vergehen zu insgesamt sechs Monaten Gefängnis und 30 Geldstrafe, während die Kollegen in drei Fällen freigesprochen wurden. Warperken hatten wir sechs zu verzeichnen. Am 2. April entließ der Richter Schäfer sämtliche neun bei ihm beschäftigten Kollegen, weil sie nach seiner Meinung nicht genügend geleistet hätten; von dem Polier verlangte er den Austritt aus der Organisation. Da Herr Schäfer keine Arbeitswilligen erhalten konnte, so mußte er nach vier Tagen sich bequemen, die Leute wieder

einzustellen, ferner zahlte er an die Kollegen an Entschädigung für verlorenen Arbeitsverdienst eine Rube von 1 1/2. Der Unternehmer Stöder von Mülheim sperrte am 9. Juni 23 Kollegen aus weil sie nach Ansicht des gewissen Poliers der Firma vom Verger einen halben Tag gefeiert hatten. Als die Organisationsleitung am 11. Juni mit dem ersten Polier Rücksprache genommen hatte, erfolgte ihre Wiedereinstellung. Am 24. August wurde dann über denselben Unternehmer die Sperre verhängt, weil er täglich bis zu 13 Stunden arbeiten ließ. Auf unsere Beschwerde hatte das Einigungsamt entschieden, daß die Überstunden zu vermeiden seien. Nach einjähriger Sperre wurde auch der Unternehmer zu dieser Ansicht bekehrt. Weitere Differenzen hatten wir mit der Firma Vosmaß & Knauer, den Unternehmern Welter in Neuf und Spmann in Gerresheim und Ratingen, sowie mit den Unternehmern Florat. Die neunstündige Arbeitszeit und 67 1/2 Stundenlohn forderten die Zementfabrik. Die Unternehmer lehnten die Forderung ab. Da die Konjunktur im Sommer nicht besonders günstig war, nahmen unsere Kollegen von einer Arbeitseinstellung Abstand. Wegen Nichterhaltung des Pfostenlegervertrages mußte wiederholt Klage geführt werden. Die Bautätigkeit im allgemeinen war sehr gut. Viel zu wünschen übrig läßt noch der Bauarbeiterlohn. Durch die Erweiterung der Stadt ist es den vorhandenen Bautenkontrollen nicht möglich, die Bauten eingehend zu revidieren. Schauderhafte Zustände sind in den eingemündeten Vororten vorhanden. Gar häufig kann man dort vom Keller bis zum Dach schauen, da jegliche Abdeckung sowie Schutzdecken fehlen. Aborte und Wasserbehälter teilweise vollständig, so daß man mitunter glauben sollte, man befände sich in den Gefilden Ostindiens und nicht in einer Großstadt. Unsere fortgesetzte Kritik hat es bisher noch nicht vermocht, die weitere Anstellung eines Bautenkontrollen zu erzwingen. Zur Verbildung der Agitation fanden im März in allen Bezirken der Stadt sowie im den Bahnhöfen Versammlungen statt, die, wenn auch zum Teil nicht gut besucht, doch wesentlich zur Förderung der Organisation beitrugen; war es doch unbedingt notwendig, zunächst die eigenen Kollegen wieder aufzurichten. Denn gar viele hatten infolge der zweijährigen Krise und des schrecklichen Winters noch recht stark zu leiden und zum Teil bis weit in den Sommer hinein an den gemachten Verlusten zu klagen. Doch können wir mit Freunden konsultieren, daß unsere Kollegen gleich zu Beginn des Frühjahres es an der nötigen Agitation nicht fehlen lassen. Bereits im zweiten Quartal hatten wir einen erheblichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. In vielen Fällen gelang es, die Kollegen, die infolge der Krise verlorengegangen waren, wieder zu gewinnen. Überall ging es vorwärts; redliche Mühe gaben sich unsere Ratinger Kollegen, um die dortigen Zunftvereine, deren Zahl noch äußerst groß ist, für die Organisation zu gewinnen; leider waren ihre Bemühungen nur von geringem Erfolg. In Neuf gelang es uns leider nicht, die Organisation vorwärts zu bringen. Wenn es auch gelang, einen Stamm Mitglieder zu halten, so ist die Zahl derselben im Verhältnis zu den dort beschäftigten Kollegen jedoch äußerst gering. Hier herrschten die Rivalen und der Schnaps noch vollständig. Wenn man in die Wirtschaften kommt, so sieht man in der Regel die Arbeiter in ihren Arbeitskleidern an der Theke stehen und einen halben Schoppen trinken. Ja, nicht genug damit, daß der Fasel an den Wochentagen geoffen wird, auch des Sonntags sieht man mehr Schnaps- als Biergläser in den Wirtschaften auf den Tischen stehen. Und gar wenige Maurer dürfte es geben, die nicht ständig ihren Schnaps zu Hause haben und jedem, der sie gelegentlich einmal besucht, die Bierstafche vorsetzen. Solange es der Organisation nicht gelingt, die Leute von dem Alkoholen zu abbringen, wird es auch schwer halten, dort eine gute Organisation zu schaffen. Definitive Versammlungen fanden 9. Mitgliederversammlungen 128, Vorstandssitzungen 29, Sitzungen in den Bahnhöfen 14, Baudelegiertenversammlungen 11, Sitzungen der Lohn- und Schlichtungskommission 8, Bautenversammlungen 28, sonstige Sitzungen, woran Mitglieder des Vorstandes teilnahmen, 26, Bezirksversammlungen 12 und Klassenversammlungen 7 statt. Die Korrespondenz geteilte sich folgendermaßen: Es gingen ein: 3 Geldsendungen, 6 Telegramme, 22 Briefe, 186 Postkarten und 94 Drucksachen bezw. Geschäftsbriefe, ausschließlich der „Grundstein“-Sendungen. Es gingen aus: 17 Geldsendungen, 1067 Briefe, 258 Postkarten, 3 Telegramme, 761 Drucksachen bezw. Geschäftsbriefe und 31 Patete. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 1 24 809,95, die Ausgabe 1 24 809,95. Die Lokalkasse hatte mit dem Kassensstand vom Schlusse des vorigen Jahres (1 5688,78) eine Einnahme von 1 17 816,71, eine Ausgabe von 1 10 088,35, so daß der Kassensstand am Schlusse des Jahres 1909 1 7228,30 betrug, wovon 1 6932,37 bei der Sparkasse deponiert sind. In diesem Jahre wird es die Aufgabe der Kollegen sein, mit aller Kraft für die Organisation zu wirken, damit auch die uns noch fernstehenden Leute in unsere Reihen geführt werden.

Einblick. Am 9. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, in der Kollege Finemann den Bericht von der Bauarbeiterkonferenz in Hannover gab. Nachdem dann der Vorstand neu gewählt worden war, kam die Angelegenheit der vom Maurermeister „Schüler“ entlassenen Kollegen zur Sprache. Die Kollegen waren entlassen worden, weil sie den ihnen aufgebundenen Lohnzufuß gefordert hatten. In zwei Lohnkommissionssitzungen war ausgesprochen worden, daß Finemann die Entlassenen wieder einzustellen habe. Als er die Angelegenheit trotzdem vom Tag zu Tag hinauszog, griffen unsere Kollegen zur Arbeitseinstellung. Das half; denn schon in einer Stunde war die Angelegenheit erledigt. Möge dies den Kollegen eine Lehre sein, daß sie in ähnlichen Fällen gleich etwas energischer handeln müssen, damit dem Verband um solch kleine Sagen nicht so viel Kosten entstehen.

Gesetz. (Jahrebericht.) In unserem vorjährigen Jahresbericht hatten wir die Hoffnung ausgesprochen, daß die für die Kollegen, wie überhaupt für die gesamte Arbeiterklasse beängstigende Krise ihren Höhepunkt bald überschritten habe. Mit Beginn des neuen Jahres machte sich auch ein Aufschwung der Konjunktur bemerkbar, der aber im Hochsommer fast vollständig wieder verloren ging. Der Aufschwung war wesentlich durch den Bau der Ballerietasernen beeinflusst worden; nachdem dieser im Roh-

bau vollendet war, ging die Zahl der Beschäftigten bedeutend zurück. Die Zahl der Bauten und der daran Beschäftigten ergibt sich aus folgenden Zahlen: Es wurden gemäß im vierten Quartal 1908 bei 68 Unternehmern auf 110 Bauten 52 Poliere, 497 Gesellen, 106 Sebrlinge; im ersten Quartal 1909 dagegen bei 77 Unternehmern auf 133 Bauten 51 Poliere, 726 Gesellen und 163 Sebrlinge. Das ist ein Mehr von 23 Bauten und 229 Gesellen. Die Bautätigkeit blieb auch im zweiten Quartal annähernd gleich, ging aber dann im dritten und vierten Quartal bedeutend zurück. Bei einer im Dezember aufgenommenen Kontrolle wurden gezählt: bei 62 Unternehmern auf 87 Bauten 34 Poliere, 489 Gesellen und 89 Sebrlinge. Hier ist also der niedrige Stand vom vierten Quartal 1908 wieder erreicht. Nach der Zahl der verkauften Arbeitslosenzertifikate zu urteilen, ist in diesem Jahre die Arbeitslosigkeit größer gewesen als im Vorjahre; denn es wurden hierüber über 1000 Stück mehr umgesetzt. Der Niedergang der Bautätigkeit ist nun nicht etwa in einem Überfluß an leerstehenden Wohnungen zu suchen; denn nach den amtlichen Nachweisungen beträgt deren Zahl nur 2,12 pSt. Dabei sind leerstehende Wohnungen aller Größen einbezogen. Bei den größeren Wohnungen mit mehr als zwei heizbaren Zimmern (außer Küche) beträgt der Prozentsatz 2,71, bei den Wohnungen mit ein bis zwei heizbaren Zimmern dagegen nur 1,68. Wir sehen hieraus, daß keine Rede von Überfluß an Wohnungen sein kann. Die allgemeine Krise übt auch jetzt noch ihre Wirkung aus; doch ist nach der amtlichen Statistik die Zahl der polizeilich genehmigten Bauten wieder im Steigen begriffen. Wie die Bautätigkeit 1910 wird, ist indes noch nicht mit Bestimmtheit zu sagen, obgleich verschiedene größere Kommunalbauten (unter anderem ein Schlacht- und Viehhof) errichtet werden sollen. Der mehrere Wochen anhaltende strenge Winter, während dessen die gesamte Bautätigkeit brach lag, brachte es mit sich, daß gleich zu Beginn des Jahres die Bautätigkeit etwas lebhafter einsetzte, was auch den Mitgliederstand günstig beeinflusste. Die Zahl der Mitglieder stieg von 845 im vierten Quartal 1908 auf 889 im ersten Quartal 1909, betrug nach Schlusse des zweiten Quartals rund 1000 und ging von da an durch die vermehrte Bautätigkeit wieder zurück. Am Schlusse des vierten Quartals hatten wir 893 Mitglieder. Der Mitgliederstand hat sich demnach um 48 gehoben. Es darf wohl angenommen werden, daß die Kollegen in der Zeit der Krise den Wert der Organisation am allermeisten kennen gelernt haben und ihr demzufolge auch treu bleiben werden. Von den nach dem Streik von 1907 gegründeten gemäßigten Organisationen hat man wenig oder gar nichts gehört. Die Zunftvereine des Christlichen Bauhandwerkerbundes blüht als „Welchen im Verborgenen“. Der „Bauhändlerverband von Erlau“, eine unter dem Schutze der Unternehmer stehende gelbe Organisation, hat seine besten Wiefen abgerafft, aber auch von ihm hat man nur selten etwas zu hören bekommen. Sein Agitationsfeld beschränkt sich hauptsächlich auf die Poliere und nur wenige Gesellen sind es, die dieser Unternehmerrücktrittsbewegung Gefolgschaft leisten. Im Februar betrafen die letzten Opfer des Kampfes vom Jahre 1907 die ungarische Stätte des Gefängnisses, und führten in die preisliche-berufliche Freiheit zurück. Auch das noch gegen einen Kollegen stehende Verfahren fand seine Entscheidung durch eine Geldstrafe von 1 25. Ingesamt wurden an Rechtschutz, Polizeistrafen und Inhaftierenunterstützung weit über 1 3000 ausgegeben. Am 1. April trat die laut Tarif vorgesehene Lohnverhöhung von 52 1/2 auf 53 1/2 in Kraft, und man kann wohl sagen, daß der Lohn überall gezahlt wurde; wenigstens sind Beschwerden wegen Nichterhaltung des Tarifs nicht laut geworden. Die Unternehmer waren jedoch nicht sehr von der Zulage erbaut, und einige machten ihrem bedrängten Herzen in der „Arbeiter-Zeitung“ Luft, indem sie Klageführer über die hohen Abnennungen stimmten. In der Bahnhöfen-Gräfentonna wurde eine Lohnbewegung geführt, die mit dem Abschluß eines Vertrages, der 54 1/2 Stundenlohn und die gehaltvolle Arbeitszeit vorrieb, beendet wurde. Geordert waren 86 1/2 Stundenlohn und die gehaltvolle Arbeitszeit. Zur Arbeitseinstellung kam es bei einem Unternehmer, der aber noch am Tage der Arbeitseinstellung unterdries, so daß am andern Tage die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. In Anbetracht der früheren Verhältnisse bedeutet dieser Abschluß immerhin eine bedeutende Verbesserung, wurden doch vorher Löhne bis zu 23 1/2 gezahlt und die Arbeitszeit nur noch elfstündig. — Im Laufe des Jahres kam es mehrmals zu kleinen Differenzen, die aber alle bis auf eine gütlich beigelegt wurden. Einmal wurde die Schlichtungskommission angewandt, als es sich um eine Entlassung handelte, die als Maßregelung aufgefaßt wurde. Die Unternehmer erklärten, dies sei nicht der Fall, es habe lediglich Arbeitsmangel vorgelegen. Es wurde zugesichert, daß, wenn wieder Leute gestaubt würden, die Entlassenen zuerst wieder eingestellt werden sollten. — Im Oktober erschien in der „Arbeiter-Zeitung“ ein Artikel, der das neueste auf dem Gebiete der Schulergewinne betraf. Von einem Lehrer Reinhardt wurden den Schülern des Bauhandwerkes Gedächtnis diktiert, durch die die Maurer auf das Größliche beleidigt wurden. Eine Versammlung nahm Stellung hierzu und wies dies Maßwort energisch zurück. Gleichzeitig wurde Beschwerde beim Magistrat erhoben und angefragt, was er zu tun gedente, damit solche einen ganzen Handwerkerstand beleidigende Dinge, nicht wieder vorkämen. Die Antwort auf die Beschwerdeschrift lautete, es habe dem Lehrer Reinhardt fern gelegen, irgend jemand zu beleidigen; er habe keine Lehrtätigkeit aus einem Beschuß entnommen, das „Maurer im Sprachwort behandelt“. Im übrigen teilte er mit, daß die Lehrweise des Lehrers „über allem Zweifel erhaben“ sei und kein Grund vorläge, gegen ihn einzuschreiten. — Am 1. April läuft unser im Jahre 1907 mit den Unternehmern abgeschlossener Vertrag ab. Unsere Kollegen waren gesonnen, unter dem alten Vertrag noch ein Jahr weiter zu arbeiten. Anders dachten jedoch die Unternehmer; denn am 31. Dezember ließ prompt die Kündigung ein. Jedenfalls halten die Unternehmer den Moment für gekommen, wo sie glauben, den ihnen verhassten Arbeiterorganisationen den Garaus machen zu können. In den Kollegen wird es nun liegen, auf der Hut zu sein und sie noch abseits Stehenden für die Organisation zu gewinnen. Geschicklich dies und ist sich ein jeder Kollege der Situation bewußt.

dann können wir den kommenden Dingen getroßt entgegengehen. Auch den Gebieten des Bauarbeiterstandes muß noch mehr Aufmerksamkeit als bisher geschenkt werden; denn obwohl manches besser geworden ist, bleibt immer noch viel zu wünschen übrig. Die Besserung hierin ist wohl hauptsächlich mit auf das Konto des städtischen Baukontrollleuten und auf die Tätigkeit der Bauarbeiter-Kommunikation zurückzuführen. Inzwischen sind noch mehrere Unfälle vorgefallen, darunter einige ziemlich schwerer Natur. An den baugewerblichen Arbeitern wird es liegen, die zum Schutze für Leben und Gesundheit erforderlichen Bestimmungen noch besser als bisher zur Durchführung zu bringen. Da bei den vorgenannten Baukontrollleuten, besonders bezüglich Baugruben und Aborte, größere Mängel gefunden wurden, wurde von der Bauarbeiter-Kommunikation eine Petition an den Magistrat gerichtet, worin dieser ersucht wurde, dem städtischen Baukontrollleur, dem bisher nur die Kontrolle der Baumaterialien, Gerüste und Abdeckungen übertragen war, auch die Baugruben und Aborte mit zu unterstellen. Nach dem später gemachten Wahrnehmungen scheint dies geschehen zu sein. Was die Aufführungs- und Bildungsbeiträge betrifft, so ist auch in diesem Jahre versucht worden, so viel wie möglich zu leisten. In allen Versammlungen wurden belehrende und aufklärende Vorträge gehalten. An dem von der Bildungskommission arrangierten Kursus nahmen auch Kollegen teil. Die Berufsaktionen waren leider nicht immer so befruchtend, wie es hätte sein müssen; die Vorgänge im Wirtschaftsleben müßten doch jeden zum Nachdenken veranlassen. Die Geschäftsberichte der Zweigvereine wurden in 14 Mitglieder-Versammlungen und 15 Vorstandssitzungen erledigt. Außerdem haben 5 Baubetriebe, 6 Verwaltungen in den Baustellen und 12 sonstige Sitzungen, an denen Vorstandsmitglieder teilnahmen, stattgefunden. Der Besuch der Versammlungen hätte vielfach besser sein können. Die Mitgliederbewegung ergibt sich aus folgenden Zahlen: Bestand am Schlusse des vierten Quartals 1908 845, eingetretene 209 (davon schon einmal Mitglied 97), ausgetretene und angesehene 161 (Kollegen, abgetreten 225, davon 23 ohne sich anzumelden, ausgeschieden 5, gestorben 2 zum Militär eingezogen 23, wegen rückständiger Beiträge gestrichen 48. Nicht ein Mitgliederbestand von 893, darunter befinden sich 10 Ehrenmitglieder und 10 vom Beitrag befreite. Beitragsmarken wurden 33 628 verkauft (824 mehr als im Vorjahre), das sind pro Jahr und Mitglied 33,17 Beitragsmarken. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse beträgt A 16 524,55. Die einzelnen Ausgaben sind folgende: An die Hauptkasse abgeführt A 2435,28, Reiseunterstützung A 147, Rechtschub und Infanterienunterstützung A 457,75, Gemäßregellenunterstützung A 98,22, Krankenunterstützung A 3965,95, Sterbunterstützung A 292,50, Prozente an den Zweigverein A 3965,95. Die Einnahme der Kassaflasse betrug bei einem Bestände von A 3487,40 A 12 167,16; ihr steht eine Ausgabe von A 4348,57 gegenüber, so daß ein Kassenbestand von A 7818,60 verbleibt. Die Gesamteinnahme der Haupt- und Kassaflasse beträgt A 24 725,79, die Ausgabe A 16 907,20. Im allgemeinen kann man mit dem Ergebnis des abgelaufenen Jahres zufrieden sein. An den Kollegen aber liegt es nun, die Organisation noch mehr als bisher auszubauen; es gilt, die uns noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen, die Weidgütigen und Trägen aufzurütteln und sie auf die kommenden Dinge aufmerksam zu machen. Nun wir dieses, so können wir den kommenden Dingen ruhig entgegengehen.

Essen a. d. R. (Jahresbericht.) Das Wirtschaftsjahr 1909 war vorwiegend eine erfreulichere Stimmung auf als sein Vorgänger. Wenn es auch keinen großen Aufschwung gebracht hat, so doch eine durchgreifende Erholung im Baugewerbe. Gemindert auf die Beteiligung der Bautätigkeit wirkte im ersten Halbjahr noch die Unsicherheit auf dem Geldmarkt, was sich jedoch jetzt zum Vesseren geworden hat. Besonders im letzten Quartal war eine lebhafte Bautätigkeit des privaten Kapitals im Wohnungsbau zu spüren, die noch durch die andauernd gelinde Witterung wesentlich unterstützt wurde. Wenn auch nicht alle Erwartungen erfüllt sind, so ist doch eine entschiedene Wendung zur Besserung eingetreten. In Essen, Altenessien, Bochum, Arad, Hellinghausen war die Bautätigkeit besser als im Vorjahre, in den übrigen Orten ist sie als matt zu bezeichnen. Besonders im Stadgebiet hat sie sich gut entwickelt, während sie in den Außenorten wieder abflaute. Im letzteren ist die Konjunktur zum größten Teil von dem Stande der Montanindustrie abhängig und hier scheint sich die Unternehmungslust erst im kommenden Jahre wieder hervorzunagen zu wollen. Soweit ins Material zur Verfügung stand, geben wir in der angeführten Tabelle eine Uebersicht über die losgelegten Bauten im Jahre 1909:

Ort	Dabei waren			
	Gesamtzahl der Bauten	Geschäfts- und Wohnhäuser	Wohlfühl- und Fabrik- und Fabrik-anlagen	Stadt- und Kommunalbauten
Essen	1866	658	160	5
Altenessien	170	123	15	3
Bochum	366	181	8	12
Arad	109	68	12	1
Ruppertbr.	87	15	8	-
Hellinghausen	89	57	2	-
Matthausen	92	26	3	-
Steele	64	20	9	1
Stoppenberg	91	76	11	3

In der Gesamtzahl der Bauten sind auch alle Um- und Einbauten enthalten. Auch in der Mitgliederbewegung und der Kassenverhältnissen spiegelt sich die Besserung der Bautätigkeit wieder, wie beiliegende Statistik zeigt:

Jahr	Durchschnittliche Mitglieder	Verkaufte Beitragsmarken	Pro Mitglied	Kassenbestand am Jahresabschluss
1906	1500	57740	38,49	7636,48
1907	1608	63091	39,23	11294,84
1908	1196	46691	39,04	12647,83
1909	1824	52297	39,50	14267,65

Hieraus ist zu ersehen, daß sich die Mitgliederzahl von 1196 auf 1824 hob und daß sich der Markenverkauf um 5606 steigerte. Ebenso günstig steht der Zweigverein bei der allmonatlich vorgenommenen Arbeitslosenabrechnung da, in der er immer unter der Durchschnittsziffer der geschätzten Arbeitslosen der Städte mit über 100 000 Einwohnern blieb. — Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse balanzierte mit einer Summe von A 23 624,25. Für Rechnung der Hauptkasse wurden für Streits und Kaufpercen A 231,86, für Rechtschub und Infanterienunterstützung A 667,50, Krankenunterstützung A 2674,40 und Sterbunterstützung A 472,50 verausgabt. Die Kassaflasse hatte eine Einnahme von A 27 837,45 und verausgabte A 13 669,80. Für die Unterhaltung der Schweden wurden A 515 bewilligt. — Wenn auch das Berichtsjahr im allgemeinen ruhig war, so war doch das Organisationsleben reger. Es fanden im Zweigverein 210 ordentliche und 18 außerordentliche Versammlungen der Baustellen und Sektions-, 48 Baubetriebssitzungen, 20 Besprechungen, vier ordentliche und eine außerordentliche Generalversammlung statt. Die Geschäfte des Vorstandes wurden in 14 Sitzungen erledigt. Allgemeine Agitationsversammlungen wurden im Berichtsjahr 18 veranstaltet, die durchgängig gut verliefen. Um die Weiterbildung und Vertiefung in unser wirtschaftliches und soziales Leben bei den Mitgliedern zu fördern, wurde Wert darauf gelegt, die Versammlungen durch entsprechende Vorträge auszugestalten. Es wurden 88 Vorträge aus den verschiedensten Wissensgebieten gehalten. Leider müßten wir auch in diesem Jahre wieder feststellen, daß uns in Vorkamp immer noch kein Lokal zur Verfügung steht, entsprechende Vorträge auszuhalten. Es wurden 88 Vorträge aus den verschiedensten Wissensgebieten gehalten. Leider müßten wir auch in diesem Jahre wieder feststellen, daß uns in Vorkamp immer noch kein Lokal zur Verfügung steht, entsprechende Vorträge auszuhalten. Es wurden 88 Vorträge aus den verschiedensten Wissensgebieten gehalten. Leider müßten wir auch in diesem Jahre wieder feststellen, daß uns in Vorkamp immer noch kein Lokal zur Verfügung steht, entsprechende Vorträge auszuhalten.

Kriegsruft der Unternehmer erkünd. Ein Kampf um Geld oder Nichtsein der Organisation wird entbrennen, wie ihn Deutschland noch nicht gesehen. Darum: Vorwärts immer, rückwärts nimmer! Denn nur der verbietet sich Freiheit, wie das Leben, der täglich sie eröfnen muß.

Berzberg a. Sarg. Am 9. Januar hielt unser Zweigverein im Lokale der Wwe. Dietrich zu Bögde seine Jahres-Generalversammlung ab, die von 40 Kollegen besucht war. Zunächst erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Die Beitragszahlung war zufriedenstellend, mit Ausnahme in Berzberg selbst, was insbesondere gerügt wurde. Sodann wurde die Abrechnung vom vierten Quartal vorgelesen. Die Kassaflasse hatte eine Einnahme von A 253,08 und eine Ausgabe von A 176,59, somit bleibt ein Kassenbestand von A 83,09. Bei der Vorstandswahl wurde Hermann Mühlberg als erster-Vorsitzender und Louis Jander als erster Kassierer gewählt. Unter „Verschiedenes“ erhob sich eine lebhaft debattierte über die gegenwärtige politische Lage; es wurde insbesondere die Reichsfinanzreform besprochen. Da die arbeitende Bevölkerung hierdurch wieder schwer belastet ist, sollten die Kollegen bei den Wahlen zum Reichstage den bürgerlichen Parteien, die auf den Stimmengang ausgehen, ihre Sünden heimgeben. Die Kollegen müßten sich mehr politisch betätigen und sich dem Wahlverein anschließen, damit es in Zukunft der Arbeiterschaft am Orte möglich ist, ein Lokal zu öffentlichen Versammlungen zu erringen. — Eigentümliche Beobachtungen herrschen auf der Papierfabrik im benachbarten Räumlinge: Die alte Fabrik ist gänzlich ungenutzt. Die Arbeiter sind seitens des Maurermeister Schütz aus Gieselohausen übertragen worden. Dieser zahlte im vergangenen Frühjahr einen Stundenlohn von 83 J und erst auf Vorkostigungen unserer Kollegen erhöhte er ihn auf 85 J. Die Fabrik von Hertwig aus Duderstadt hat zehn bis zwölf Maurer als „Arbeiter“ angestellt, die aber seit längerer Zeit Maurerarbeiten ausführen. Dabei zahlt die Firma folgende Stundenlöhne: zwei Maurer erhalten 85 J, je 30 J, die übrigen 20 J. Es ist bedauerlich, daß diese Kollegen für solche einen Lohn arbeiten, so sie doch in der Fremde auch für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gestrebt haben. Es sind freilich zum größten Teil arbeitslose Organisten. Es ist dringend nötig, daß sich die arbeitslose Baustellen dort am Orte einmal mit der Sache befassen.

Kölnig. Am 10. Januar tagte im Vereinslokal unsere Generalversammlung. Kollege Kar gab die Abrechnung vom vierten Quartal. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme und Ausgabe von A 268. Auf Antrag der Revision wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Dann folgte der Jahresbericht. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschlusse 84. Eingetretene sind 22, ausgetreten 2, abgestrichen 1, zum Militär eingezogen 2 und wegen rückständiger Beiträge gestrichen wurden 6 Mitglieder. Es haben vier Mitglieder-Versammlungen, zwei Vorstandssitzungen und fünf Revisionen stattgefunden. Die Kassaflasse hatte eine Einnahme von A 175,87 und eine Ausgabe von A 99,59, somit am Schlusse des Jahres einen Bestand von A 76,28. Davon sind A 70 bei der Sparkasse belegt. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen Karl Rood als erster Vorsitzender, Hermann Kar als erster Kassierer und Emil Hoffmann als Schriftführer wiedergewählt. In seinem Schlusswort ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, auch im neuen Jahre recht treu zur Fahne zu halten.

Viegnitz. (Jahresbericht.) Am 9. Januar tagte unsere Generalversammlung, in der Kollege Pöhner den Geschäftsbericht und Kollege Goldmann den Kassenbericht gaben. Danach hat im vergangenen Jahre im ganzen Zweigverein regeltes Leben geherrscht. Im zeitigen Frühjahr schon müßten wir uns mit der Lohnbewegung beschäftigen. Es gelang, auf friedlichem Wege einen neuen Vertrag abzuschließen, der 2/3 Lohnerhöhung pro Stunde brachte. In den Baustellen fand im Januar eine Lohnbewegung statt, doch ging diese nach neunwöchigem Streik durch italienische Streikbrecher verloren. Regen war auch das Versammlungslieben. Im ganzen haben 51 Versammlungen und 38 Sitzungen stattgefunden, in denen 29 Vorträge gehalten wurden. Die im Frühjahr betriebene Sausagitation war erfolgreich, wie nachstehende Zahlen bezeugen. Die Mitgliederzahl stieg von 480 auf 662; im dritten Quartal war sie noch höher. Eingetretene sind 223, abgestrichen 45, abgemeldet 53, ausgeschieden 4, gestorben 5 Kollegen. Die Mitglieder verteilen sich auf 99 Orte. In den Städten Liegnitz, Jauer, Ribben, Pardubitz wohnen 350 Kollegen. 302 Kollegen verteilen sich auf 95 Dörfer, also fast 50 p. ct. Die Mitglieder wohnen auf dem Lande. Deshalb erfordert auch die Verrichtung enorme Arbeit. Es mußten 425 Briefe und Karten geschrieben und 6700 Handzettel für Versammlungen hergestellt werden. Die Beitragszahlung läßt noch manches zu wünschen übrig. Insgesamt wurden 21 533 Beitragsmarken und 1297 Arbeitslosenmarken verkauft. Die Mitgliederzahl betrug im Jahresdurchschnitt 601. Es kommen demnach auf jedes Mitglied im Durchschnitt 35,81 Beitragsmarken und 2,16 Arbeitslosenmarken, zusammen also 37,96 geleistete Beiträge pro Mitglied. Dieses Ergebnis muß nächstes Jahr besser werden. Die Hauptkasse schloß mit einer Jahreseinnahme und Ausgabe von A 9486,93. Von dieser Summe wurden folgende Unterhaltungen am Orte gezahlt: Reiseunterstützung A 17, Rechtschub A 182,50, Krankenunterstützung A 741,15, Sterbunterstützung A 172,50. Die Kassaflasse hatte eine Jahreseinnahme von A 7181,86 incl. des Bestandes vom vorigen Jahr in Höhe von A 2982,09. Die Jahresausgabe betrug A 2857,97, so daß ein Kassenbestand von A 4323,89 vorhanden ist. Hier sind also gegen das vorige Jahr wieder ein gut Stück vorwärts gekommen. Die Revision bestätigte die Richtigkeit der Abrechnung, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Dann beschloß die Versammlung nach ausführlichen Darlegungen des Kollegen Ruple einstimmig, zum 1. März einen Kollegen auszustellen. Die Anstellung erfolgte nach dem auf dem Gültner Verbands-tage beschlossenen Bestimmungen. Die Stelle auszufüllen, wurde gegen eine Stimme abgelehnt und beschlossen, die Wahl sofort vorzunehmen. Vorgeflogen und auch einstimmig gewählt wurde unser langjähriger Vorsitzender, Kollege Pöhner. Derselbe nahm der Kollegen an, danke den Kollegen für das Vertrauen und bat, in Zukunft so einmütig mit ihm zusammen zu arbeiten, wie sie ihn heute gewählt

dem nur dann würden uns Erfolge sicher sein. Beschlossen wurde noch, daß der Angestellte auch die Kassengeschäfte übernehmen soll. Hierauf wurde als Vorsitzender der bisherige Kassierer Ernst Goldmann sowie die übrigen Vorstandsmitglieder und die Mitglieder der Kommissionen gewählt. In „Verschiebenes“ wurde noch mitgeteilt, daß der frühere Unterkassierer Robert Baumert nach Unterzeichnung von Verbänden- und Parteigeldern sichtlich geworden ist. Nach einiger andern gesäftlichen Mittelunterstützung wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Münster i. W. (Zahresbericht.) Am 16. Januar fand die erste diesjährige Generalversammlung statt, in der uns Kollege Fritz Kahl-Dormund einen sehr lehrreichen Vortrag über Kartelle und Syndikate hielt. Am Schluß seines Referats berichtete er noch über die bisher gepflogenen Verhandlungen im Baugewerbe, die wie aus der Fachpresse verständlich, allerorts geschwiebert sind. Er forderte die Kollegen auf, die Lausheit abzustreifen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu agitieren und nicht dem Vorstand alles allein zu überlassen, die Versammlung besser als im verflochtenen Jahre zu besuchen sowie die uns noch fernstehenden heranzuführen, um so den Unternehmern zu zeigen, daß wir festen und fröhlichen Mutes den von ihrer Seite aufzunehmenden Kampf aufnehmen; denn nur so führe der Kampf zum Sieg. Dann gab der erste Vorsitzende den Jahresbericht. Es haben 16 Mitglieder, 2 außerordentliche, 1 Generalversammlung, 18 Vorstandssitzungen und 11 Revisionen stattgefunden. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 110. Neu eingetretene sind 26, davon waren schon einmal Mitglieder 8, zugereist sind 74, gestorben 3, zum Militär eingezogen 4, wegen Beitragsrückstand gestrichen 2, abgereist 94. Die Arbeitsgelegenheit war sehr flau, so daß die größte Zahl der Kollegen auswärtig zu arbeiten gezwungen war. Der Quartals- und Jahresbericht wurde vom Kassierer W. Schlauch verlesen. Die Einnahme der Hauptkasse betrug im vierten Quartal M 522,15, die der Lokalkasse mit dem Bestand vom dritten Quartal M 2611,62, die Ausgabe der Lokalkasse war M 302,66, so daß ein Bestand von M 2308,96 bleibt. Davon sind per Kant belegt M 2264,85. Auf Antrag der Revisionen wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden folgende Kollegen wiedergewählt: In Punkt „Verschiebenes“ ernannte der Vorsitzende die Kollegen mit Beitragsrückständen, diese sobald wie möglich zu begleichen. Für die Wintermonate ist ein Diskutierabend eingerichtet; eine rege Beteiligung der Kollegen wird erwartet. Zum Schluß wies er noch auf den Wert des Konsumvereins hin und forderte die Kollegen zum Beitritt sowie zum Abonnement der Arbeiterzeitung auf.

Nauen. Am 16. Januar lagte unsere Monatsversammlung. Der Kassierer verlas den Kassierenbericht vom letzten Quartal und hierauf den Jahresbericht. Beide Abschlüsse waren in guter Ordnung, worauf der Kassierer einstimmig entlastet wurde. Bei der dann vorgenommenen Vorstandswahl wurde Kollege A. Berger als Vorsitzender, ebenso Kollege W. Diebenthal als Kassierer wiedergewählt. Die Zahlung der Beiträge findet jeden Sonntag nach dem 1. und 15. jedes Monats bei Schulz, Marktstraße, statt. Die Versammlungen tagen jeden dritten Sonntag im Monat im Volksgarten. Nachdem die referierenden Mitglieder bekanntgegeben waren, wurde die nächst besuchte Versammlung geschlossen.

Deutscherhagen. Unsere Versammlung am 9. Januar erzielte mehrere gesäftliche Angelegenheiten; sie nahm die Abrechnung und den Jahresbericht entgegen und wählte bei der Vorstandswahl den alten Vorstand wieder. Bei der Bestellung des Hilfskassierers zeigte sich wieder das alte Weiden, indem sich nur schwer Kollegen dazu bereit fanden. Für Niederbecken konnte kein Kassierer bestellt werden, weil von dieser Zahlstelle kein Mitglied zur Versammlung gekommen war. Nachdem Kollege Schilling den Kartellbericht entlasst hatte, sprach Kollege Lampe aus Hannover über die bisher gepflogenen Tarifverhandlungen. Er schloß mit der Aufforderung, jetzt mit allen Kräften für die Stärkung unserer Stellung zu arbeiten.

Querfurt. Hier fand am 13. Januar die erste diesjährige Generalversammlung statt. Den Geschäftsbericht für das verflochtene Jahr erprobte der Vorsitzende. Der Kassierenbericht gestaltete sich günstig; die Mitgliederzahl ist sichtlich gestiegen; Reserven haben wir nicht zu verzeichnen. Zum Vorsitzenden wurde Herman Lindner, zum Kassierer Hermann Koch gewählt.

Regensburg. In der Generalversammlung am 16. Januar gab Kollege Wost den Kartellbericht und Engler den Jahresbericht. Mit mehreren Firmen mußte wegen Nichterhaltung des Tarifs verhandelt werden. In zwei Fällen wurde Rechtschutz erteilt. Es wurden 24 Versammlungen, 18 Vorstandssitzungen und 16 Generalversammlungen abgehalten. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des vierten Quartals 507. In bezug auf Beitragszahlung haben die Kollegen ihre Pflicht getan. Der Vorsitzende schloß seinen Bericht mit einem Appell an die Kollegen, in Zukunft die Bibliothek fleißig zu benutzen und sich mehr fürs öffentliche Leben zu wappnen. Aus dem Kassierenbericht, den Kollege Gitz gab, ist zu entnehmen, daß die Lokalkasse über M 1524 verfügt. Es wurden dann noch die Wahlen des Gesamtvorstandes und der Kommissionen vorgenommen. Beschlossen wurde, den Unterkassieren für jede verkaufte Marke 5 s zu gewähren.

Ronneburg. Die Hauptversammlung unseres Zweigvereins am 16. Januar hätte besser besucht sein können. Nachdem der Kassierer den letzten Quartalsbericht sowie den Jahresbericht vorgetragen hatte, wurde ihm Entlastung erteilt. Hierauf gab der Vorsitzende den Tätigkeitsbericht des Vorstandes. Daraus ist hervorzuheben die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für 1910, die Erhebung über Bauarbeiterzuschuß, begleichen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Arbeitslohnverhältnisse wurden geregelt vorgenommen. In sechs Versammlungen wurden Beiträge gehalten. Bei der Neuwahl wurden als erster Vorsitzender Kollege Bromane, als erster Kassierer Kollege Günther gewählt. Nach einer Aussprache über die Arbeitsverhältnisse am Neubau des Automobilwerks erreichte die Versammlung ihr Ende.

Zangerhausen. Unsere Generalversammlung am 9. Januar war, obwohl sie mehrmals bekannt gegeben war, nicht gut besucht. Wenn die Kollegen den „Grundstein“ verfolgt hätten, müßten sie wissen, daß jetzt keine Zeit zum Schlafen ist, sondern daß jetzt seine ganze Person in den Dienst der Organisation stellen muß. Kollegen, berahet Euch nicht auf das Gerede, unsere Unternehmer wollten die Maßnahmen des Unternehmerbundes nicht mitmachen. Folgt nicht diesem Sireneengeläch, sondern arbeitet unabhängig an der Festigung und Kräftigung unserer Organisation. Sorgt künftig mehr als bisher für einen guten Besuch der Versammlungen. Regt der „Grundstein“ nicht wie bisher achtlos beiseite, sondern lest ihn gründlich durch; denn alle Vorgehenheiten auf dem Gebiete der Organisation werden darin bekannt gegeben, und ist es Pflicht eines jeden Kollegen, dies zu beachten und danach zu handeln. Kollege Rau gab den Kassierenbericht. Die Einnahme der Lokalkasse im vierten Quartal betrug M 233,12, die Jahreseinnahme der Lokalkasse betrug M 561,07, die Ausgabe M 436,80. Trotz der schlechtesten Baukonjunktur der letzten Jahre ist die Mitgliederzahl von 108 auf 110 gestiegen, so daß wir mit den Erfolgen einigermaßen zufrieden sein können. Kollege Koch-Wagdeburg sprach dann kurz über die bei eintägigen Verhandlungen zu beobachtende Taktik. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Gustav Weidert, Otto Dittmann, Otto Raun, Karl Jügelhaas, Friedrich Reufert. In „Verschiebenes“ wurden noch einige Anträge zum Verbandstag diskutiert, die dem Delegierten, Kollegen K. Dittmar-Erlleben, unterbreitet werden sollen. Weiter wurde beschlossen: Kollegen, die länger als sechs Wochen krank sind, eine Unterstützung von M 10 aus der Lokalkasse zu bewilligen; bei dringenden Fällen kann jedoch schon bei vierwöchiger Krankheit eine Ausnahme gemacht werden. Kollegen, die mehr als sechs Versammlungen versäumen, gehen dieser Vergünstigung verlustig.

Schleis. Am 2. Januar fand die Generalversammlung unseres Zweigvereins statt, in der Kollege Koch-Weidert in einjähriger Rede über den neuen Kartelltarif und dessen Folgen im nächsten Frühjahr sprach. Dann gab der Vorsitzende den Jahres- und Kassierenbericht. Die Mitgliederzahl beträgt am Jahreschluß 84; an Beitragsmarken wurden verkauft 494 à 85 s, Arbeitslohnmarken 23, Lokalmarken 256. Hierauf wurden die Vorstandswahlen vorgenommen und als erster Vorsitzender Kollege Schneider, als Kassierer Gönig wiedergewählt. Sie sollen mit M 50 entlastet werden. Dann wurden sämtliche Hilfskassierer für die unterliegenden Ortschaften gewählt; sie erhalten für jede verkaufte Marke 1/2 s. Nachdem noch verschiedene andere Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Schmalldalen. Unser Zweigverein hielt am 16. Januar eine Mitgliederversammlung in Siggental ab, die ausnahmsweise gut besucht war. Vom Kassierer wurde die Quartals- und Jahresabrechnung verlesen, die als richtig anerkannt wurde. Dann behandelte der zweite Vorsitzende (der erste Vorsitzende hat 1909 überhaupt keine Versammlung besucht), daß unsere Mitgliederzahl in diesem Jahre von 76 auf 82 zurückgegangen ist, was der Lausheit und Untereffektivität der Kollegen zuzuschreiben ist. Hauptächlich sind es die Maurer, die meinen, sie brauchen keine Organisation, weil sie ein paar Pfennige mehr Lohn bekommen als die Zünder, trotzdem auch ihr Lohn im vergangenen Jahre von 40 auf 38 und 38 s. reduziert worden ist. Unser Zweigverein besteht aus 33 Zündern, 26 Maurern und den Bauhilfsarbeitern. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen Hugo Diehl als Vorsitzender, Gustav Müller als Kassierer und August Wilhelm als Schriftführer gewählt. Dann wurden die Kollegen von Klein & Müller ernannt, sichtig für die Organisation zu agitieren, damit es endlich in Schmalldalen wieder vorwärts gehe.

Schneidemühl. Am 14. Januar hielt der Zweigverein eine Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war. Zu besprechen war die Lohnfrage. Die Lohnkommission berichtete über die Verhandlung mit den Unternehmern. Der Vorsitzende der Unternehmer, ein Herr Dr. Adler, leitete die Verhandlung und las die Lohnforderung vor, die wir eingereicht haben. Wir fordern 30 s Stundenlohn, bisher betrug er 46 s, und 55 s Stundenlohn für Landarbeit. Der Herr Doktor lehnte die Forderung rundweg ab mit der Begründung, daß die Unternehmer jetzt keinen Lohnzuschlag gewähren könnten. Wir müßten entweder ohne Vertrag arbeiten, oder, wozu die Unternehmer bereit seien, den alten Vertrag bis zum 1. April verlängern. Auf unser Verlangen, uns doch einen Lohnzuschlag bis zum 1. April zu gewähren, sagte der Doktor, daß die Maurer dem lieben Gott dankbar sein könnten, daß sie jetzt Arbeit hätten, er gäbe bis zum 1. April keinen Lohnzuschlag. Hierüber kam es nun in der Verhandlung zu einer lebhaften Debatte. Manche Kollegen meinten, daß wir wohl jetzt unsere Forderung durchdrücken könnten, da wir eine gute Baukonjunktur hätten. Kollege Radtke war anderer Meinung und betonte, daß es wohl das Beste sei, den Tarif bis zum 1. April zu verlängern; wenn wir jetzt - in eine Bewegung eintreten würden, wäre der Erfolg sehr zweifelhaft, und nach dem 1. April würden wir doch in die Aussperrung hineingezogen werden; wir hätten dann zweimal zu kämpfen. Die Versammlung beschloß einstimmig, den Tarif bis zum 1. April zu verlängern. Zum Schluß ernannte der Kollege Stöck die Kollegen, auf den Bauten mehr zu agitieren, damit wir, wenn die Aussperrung käme, alle organisiert seien. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Schönebeck a. d. E. Am 8. Januar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Es wurde bekannt gegeben, daß in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung stattfindet, in der über die Reichsversicherungsordnung referiert werden soll. Außerdem finden vom 14. Februar an acht Vortragabend am Mühlle statt. Laut Jahresbericht ist unsere Mitgliederzahl auf 184 gestiegen. Rechtschutz erhielten zwei Kollegen, Krankenunterstützung zwanzig und Sterbegeld wurde an einen Kollegen ausbezahlt. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des früheren Vorstandes. Unsere Kollegen, die wegen schlechter Konjunktur in Magdeburg arbeiten müssen, führen Bescherden, weil sie hier und in Magdeburg Lokalmarken besäßen müssen, also einen höheren Beitrag leisten sollen als die Magde-

burger selbst. Die Regelung der Frage wurde dem Vorsitzenden überlassen.

Zandau. Nachdem unsere Versammlung am 6. Januar das Andenken des verstorbenen Kollegen Pfad in der üblichen Art gedeut hatte, nahm sie den Kassierenbericht vom vierten Quartal entgegen. Die Lokalkasse hatte einen Bestand von M 2009,91, wovon M 246,35 zinstragend angelegt sind. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 388. Bei der Vorstandswahl wurde Abraham zum ersten Vorsitzenden und Borch zum ersten Kassierer wiedergewählt. Die Lohnfrage wurde dahin geregelt, daß das Verammlungslohn bei Wölfe, Jabelstraße 20, bleibt und die Versammlungen jeden ersten Mittwoch im Monat stattfinden. Auf Antrag der Kollegen Giese, Krüger und Drebert wurde allen dreien eine einmalige Unterstützung, und zwar den Kollegen Giese und Krüger je M 20 und dem Kollegen Drebert, der sich augenblicklich in einer Heilstätte befindet, M 30 gewährt. Nach einer anseuernden Ansprache des Kollegen Kühne erfolgte Schluß.

Spremberg. Am 9. Januar tagte die Generalversammlung unseres Zweigvereins. Zunächst gab der Vorsitzende einen Ueberblick vom verflochtenen Jahre. Die Konjunktur im Lohngebiet war trotz des langen Winters befriedigend. Der Lohnarif, der sichtlich steigend von beiden Organisationen angenommen worden war, wurde, von Kleinigkeiten abgesehen, von beiden Parteien innewahmt. Eine zwei Tage dauernde Sperre mußte über die Firma Stedel (Wespa) verhängt werden, weil sie bei Arbeiten in Spremberg den tariflichen Lohn nicht zahlte. Durch die Sperre wurde die Firma veranlaßt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen für Spremberg innewahmt. Im Bezirk Döbern-Köslitz war die Bautätigkeit nicht so gut wie früher. Die Agitation in diesem Bezirk ist schwierig und die „Herren Arbeitgeber“ verstehen die Gelegenheit dort auszunutzen. Wenn die Konjunktur gut ist, geben sie 1 bis 2 s pro Stunde mehr; mit dem Bemerkten: Seht, wie auskömmend wir sind! Die Maurer in Spremberg müssen erst bewegen freieren, das braucht ihr nicht! Nun glauben die Kollegen, sie brauchen die Organisation nicht mehr. Trotz der eifrigen Agitation des Zweigvereins mußten in diesem Bezirk eine Anzahl Kollegen wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden. Hoffentlich unterstützen uns die Kollegen der Nachbarzweigvereine, die in jedem Bezirk arbeiten, damit es auch hier bald Besseres wird. Versammlungen wurden in Spremberg zwölf abgehalten; besucht waren sie im Durchschnitt von 47 Kollegen. Ferner haben zwei Besprechungen in Döbern stattgefunden. Der Vorstand erledigte seine Arbeiten in 14 Sitzungen, die sich auf verschiedene Orte erstreckten. Außerdem fanden noch verschiedene, besonderer Zwecke dienende Sitzungen statt. Ferner wurde eine Bauen- und eine Konstatistik aufgenommen. Neben der Verbreitung von Broschüren und Flugblättern ist sonst noch öfter Agitation betrieben worden. Aus der Jahresabrechnung teilen wir ebenfalls die wichtigsten Zahlen mit. Die Jahreseinnahme der Hauptkasse betrug M 1136,10. In die Hauptkasse abgezahlt wurden: M 1782,41. Somit wurde für die Hauptkasse ausgegeben für Kaufperren M 120,50, für Reiseunterstützung M 26, für Sterberunterstützung M 42,50, für Rechtschutz M 98,45 und für Krankenunterstützung M 385,30. Die Jahreseinnahme der Lokalkasse betrug M 1805,78, die Ausgabe M 912,67; somit verfügt der Zweigverein am Schluß des Jahres 1909 über M 893,22, das sind M 123,11 mehr als im Jahre zuvor. In Wochenbeitragsmarken wurden 5222 zu 45 s, 1523 zu 40 s und 540 für Arbeitslohn umgelegt. Neu eingetretene sind während des Jahres 19, davon waren 5 schon früher einmal Mitglieder. Zugereist sind 86, abgereist 61, ausgeschieden 27, ausgeschieden 1, zum Militär eingezogen 1, wegen rückständiger Beiträge gestrichen 18. Bei der Vorstandswahl wurde der erste Vorsitzende, Kollege Berger, sowie der erste Kassierer, Kollege Köpfe, wiedergewählt. Es wurde dann noch vom Vorsitzenden das Ergebnis der Arbeitslohnverhandlung bekannt gegeben. Bei den zwölf Forderungen wurden von 2555 Kollegen 2444 befragt. Davon standen in Arbeit 2129, arbeitslos waren 315, nicht gezählt wurden 111. Zum Schluß legte der Vorsitzende den Kollegen aus Herz, neben der Agitation für den Verband auch die Agitation unter den Bauhilfsarbeitern fleißig zu betreiben. Da wir mit ihnen gemeinsam kämpfen und die Verschmelzung mit ihnen anstreben, so liegt diese Agitation in unserm eigenen Interesse.

Metelen. Eine taktlose Polizei. Am 16. Januar sollte unser verbordener Kollege Hinrich Schiff von uns zur letzten Ruhe gebracht werden. Hierbei hat sich die Polizei wieder einmal recht, sagen wir einmal: recht unnütz benommen. Als sich der Tag in Bewegung setzte, kam der Polizeidiener stark und sagte zu unserm Fahnenträger: „Die Fahne nehmen Sie nicht mit, das verbiete ich Ihnen!“ Wäre unsere Fahne nun von roter Farbe, so wäre diese polizeiliche Abweisung immerhin noch erklärlich, so ist sie aber unschuldig weiß und trägt die Inschrift: „Hoch lebe die Mauerergesellen-Vereinschaft von Metelen!“ Unser Fahnenträger lehnte sich durch den Einpruch natürlich nicht beirren, sondern blieb mit seiner Fahne am Plage und die circa 40 Mitglieder des Zweigvereins folgten ihr bis zum Grabe. Der Polizeidiener aber verließ uns nicht, sondern begleitete uns bis auf den Kirchhof. Ob er aus eigenem bürgerlichem Ehrgeiz oder auf Befehl des Bürgermeisters handelte, wissen wir nicht. Auf jeden Fall hat sein Verhalten sehr viel Unwillen hervorgerufen. Hat der Mensch wirklich aus sich gehandelt, so bekommt sein Benehmen noch ein besonders sagen wir einmal: besonders schönes Relief durch die Tatsache, daß er selbst früher ein Maurer war.

Murzen. Am 16. Januar tagte im „Schönenhaus“ eine Generalversammlung, in der Gauleiter Jakob aus Leipzig über: „Die Kriegserklärung der Unternehmer“ referierte. Redner führte den Kollegen vor Augen, wie die Unternehmer an der Arbeit sind, den Arbeitern einen Vertrag zu diktieren und ernannte in seinen Schlüsselausführungen die Kollegen, tätig zu sein und mitzuhelfen, den Plan der Unternehmer zu gerichten. Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Hierauf gab der Vorsitzende den Jahresbericht bekannt. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluß 214; neu eingetretene sind 25, davon waren früher schon einmal Mitglieder 5, zugereist sind 42,

übergeleit 42, ausgetreten 1, ausgeschieden 4 Mitglieder. Im Berichtsjahr haben stattgefunden: 13 Mitgliederversammlungen, 86 Vorstandssitzungen und 9 Revisionen des Kassierers. Die Korrespondenz bestand aus 83 Eingängen und 375 Ausgängen. Der Streit brachte eine Lohn-erhöhung von 3 %. Die schwedischen Arbeiter trübten mit 10 67,30 unterhält, und zwar aus der Kasse mit 11 50 und durch Sammlungen mit 11 70. Die Meister hatte die gleiche Beteiligung wie im Vorjahre. Die Arbeit ruhte die gleiche Beteiligung wie im Vorjahre. Die Arbeit ruhte von Mittag an. Beschied wurde eine Bauarbeiter-Konferenz durch Kollegen nicht. Im Anschluß hieran verlas der Kassierer die Jahresabrechnung, deren Richtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde. Hierauf folgte die Resolutions des Vorstandes, der Revisoren und der Delegierten zum Gewerkschafts-Komitee. Der Vorlesende schloß die Versammlung mit dem Wunsch, die Kollegen möchten in Zukunft pünktlicher und zahlreicher erscheinen.

Aus den Einigungsämtern.

Das Einigungsamt für das Platten- und Ziegler-Handel in seiner Sitzung am 11. Januar über den Antrag der Schlichtungskommission Essen vom 8. Januar 1909 auf Herbeiführung eines Schiedsgerichts hinsichtlich der Anwendung und Auslegung der Tarifstelle 62. Der Vorsitzende trat zunächst in dieser Sache von der Schlichtungskommission und dem Einigungsamt. Am 11. Mai und 18. August 1909 ergangenen Beschlüsse vor und stellte dann nach längerer Erörterung der Sachlage fest, 1. daß die Herren Warhand sen. Essen und Klein-Cohn, die an den Vertragsverhandlungen in Köln teilnahmen, sich in den besagten Einigungsamtssitzungen hinsichtlich der Tarifstelle 62 für die Ansicht der Arbeitnehmer ausgesprochen hatten, 2. daß sich die Herren Saas- und Denglinger, die ebenfalls den Vertragsverhandlungen beiwohnten, in heutiger Sitzung für die Meinung der Arbeitnehmer aussprachen und 3. daß die Firma Hempelmann-Vorwerk nach einer von Herrn Külig vorgelegten Abrechnung über eine Arbeit nach Tarifstelle 62 60 % pro Quadratmeter bezahlt hat. Nach der hierauf erfolgten Abstimmung, bei der nur drei Stimmen der Auffassung der Arbeitnehmer über die Auslegung der Tarifstelle 62 entgegenstanden, wurde vereinbart, den früheren Beschlüssen des Einigungsamts, nach dem zur Auslegung genannter Tarifstelle die Worte gewählt waren: „Dieser Preis ist auch dann zu zahlen, wenn der Fußboden und die Wand mit Platten nicht bekleidet werden“, aufzuheben und der Tarifstelle 62 den Wortlaut zu geben: „Zustellen mit fester Hohlleiste allein ohne Wandboxelung versteht für das Quadratmeter 60 %.“ — Zur Auslegung der Tarifstelle 5 erklärten die Unternehmer darauf verzichten zu wollen, daß bei der Berechnung von Arbeiten nach Position 5 des Tarifvertrages die durch den Brand der Platten entstandenen Größen-Differenzen berücksichtigt werden. — Die Frage, ob Sauplatten unter der Decke verarbeitet unter Position 83 des Tarifs fallen, wurde bejaht. — Die Auslegung der Nr. 70 des Affordtarifs soll sich nicht nur auf Platten, sondern auch auf glasierte Verblendsteine erstrecken. — Zur Nichtbeachtung des Tarifvertrages durch die Firma M. Rosenfeld-Göln wurde beschlossen: Die Firma M. Rosenfeld-Berlin, Zweigstelle Göln, ist nur der Vereinigung der Fliesen-geschäfte von Berlin, also keinem Vertragsverbanden anzugeschlössen und kann daher zur Erfüllung des Vertrages zum Einigungsamt nicht mit Erfolg angehalten werden. — Herr Demplingern nahm namens der Firma Hempelmann den Einpruch vom 30. Oktober 1909 gegen den Beschluß der Schlichtungskommission vom 22. Oktober 1909 zurück und erklärte die Forderung der Fliesenleger-Gewerkschaft und die auf Antrag des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands (Zweigstelle Barmen) wurde die Frage, ob die Preise für neue Muster zwischen den Unternehmern und Arbeitern zu vereinbaren oder in den Schlichtungskommissionen festzulegen sind, dahin entschieden: Die Preise für neue Muster müssen in den Schlichtungskommissionen vereinbart werden. — Eine grundsätzliche Entscheidung, wann eine Arbeit, die von mehreren Plattenlegern gemeinsam ausgeführt wird, eine größere Arbeit im Sinne der Position 100 des Vertrages ist wurde nicht getroffen, da die Festlegung nur in jedem einzelnen Falle nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse möglich ist.

Ein christlicher Denunziant.

In Nr. 1 der christlichen „Baugewerkschaft“ befindet sich ein Artikel, über den: „Sozialdemokratische Erziehungs-früchte“. Danach soll der „Baugewerkschaft“ ein anonymes Schreiben zugegangen sein, in dem der Briefschreiber in aller-ding etwas ungeschickter Weise seinem Herzen Luft macht über den Steuerraub aus den Taschen des arbeitenden Volkes, an dem ja auch die christlichen Gewerkschaftsführer ihr volgerüttelt Maß Schuld tragen. Die christliche „Baugewerkschaft“ brühte das Schreiben ab und schickte darauf folgende Antwort: „Da zeigen sich die Folgen der sozialdemokratischen Hege und der-das gegen alles, was sich christlich nennt. Der Mann selbst ist offenbar reich für eine Kaltwasserkur.“ — Früchte sozial-demokratischer Erziehung. Wir wollen nun hier Veranlassung nehmen, eine Kritik ultramontan-christlicher Erziehung der-Definitivität besamt zu geben, wobei wir nicht nötig haben, uns auf ein anonymes Schreiben zu stützen. Die Organisationen des Baugewerbes sollten zuerst gehalten sein, alle ihre Kräfte auf den bevorstehenden Lohnkampf zu konzentrieren, sich gegen-sätzlich zu unterstützen und alles zu vermeiden, was die Einigkeit beeinträchtigen könnte. Wie ein Vorstandsmitglied des christ-lichen Bauhandwerkerverbandes von Lüdenscheid diese seine Aufgabe erfüllt, zeigt nachstehender Fall: Unser Zweigverein Lüdenscheid hatte vor kurzem ein Flugblatt an seine Mitglieder verteilt, in dem zwecks Berichterstattung zur Versammlung ein-geladen wurde. Auf diesem Flugblatt war auch der Einigungs-vereinsvorsitzende, Kollege Michael Weigel, der bei dem Bau-unternehmer Feldmann in Arbeit steht, als Berichterstatter be-merkt. Ein Denunziant hatte dieses Flugblatt benutzen wollen, um den Kollegen Weigel bei Herrn Feldmann zu denunzieren. Er hatte den Namen Weigel auf dem Flugblatt doppelt unter-schrieben. „Maurer“ hinzugefügt und es an Herrn Feldmann eingeschickt. Der Schmeißling erreichte aber seinen Zweck nicht sofort, da das Flugblatt, weil unfrankiert, an den Verleger zurückkam. Dies war dem netten Absender zu Ohren gekommen

und die Mache sich in nicht schlafen. Am 12. Dezember schickte er folgende Postkarte an Herrn Feldmann:

Gehreter Herr Feldmann!

Der Maurer Michael Weigel bereite diese Woche Platte über die Lohnbewegung und rufte Versammlungen in Lüdenscheid und Umgebung ein, in welcher sich derselbe als yedner anreißt. Da derselbe bei ihnen Arbeit macht ich ihnen darauf aufmerksam es ist ein ganz gemeiner Aufwieglert er sucht nach allen regel der Kunst die Maurer gegen die Meister anzuhetzen auch gegen Sie. Hoffentlich können Sie ihre Arbeit auch noch ohne diesen rabi-kalen Sozialisten fertig bekommen derselbe ist einer welcher die Gesellschaftsordnung zertrümmern will. Nikolaus Molter.

Dieser Molter ist Vorstandsmitglied des christlichen Bau-handwerkerverbandes am Orte. Zum Glück stand der Baum-ernehmer Feldmann turmhoch über dieser christlichen Betätigung. Er übergab die Postkarte dem Kollegen Weigel mit dem Ver-merken, daß ihm eine derartige Handlungsweise denn doch zu schmutzig sei. Man könne aber leben, was für Leute es noch gäbe! Wer nur annahm, auch die christliche Organi-sation würde sich derartiger Elemente entledigen, der irte sich. Als wir am 27. Dezember der christlichen Organisationsleitung von dem Fall Mitteilung machten, teilte uns der christliche Sekretär, Herr Jans-Hagen, zwar mit, er wolle der Sache auf den Grund gehen, glaube aber schon sagen zu können, daß es sich hier um einen ganz plumpen Schwindel handle. Das war am 28. Dezember. Noch heute warten wir auf das Ergebnis seiner Untersuchung. Ob ihm am Ende auch schwindelig ge-worden ist? Hoffentlich ziehen die Bauarbeiter die rechte Lehre aus dieser neuesten Probe christlicher Solidariät. An die „Bau-gewerkschaft“ aber richten wir die Frage: Ist dies auch eine Frucht sozialdemokratischer Erziehung?

Noch einmal die Erzeffe in Zürich.

Der Bericht über die tief beklagenswerten Vorkom-misse in Zürich hat uns verschiedene Zuschriften einge-tragen. Sowohl die Fremden wie die Molandsbrüder ver-langen Richtigstellungen und Erklärungen von uns. Wir be-gehen dabei von der durchaus falschen Voraussetzung aus, unser Bericht und die an den Vorgängen geübte Pflege richtige sich gegen ihre Verbindungen. Das ist, wie wir noch einmal betonen, durchaus falsch. Nichts liegt uns ferner, als die in den Verbindungen geübte Pflege harmloser, alter Sittenbräute und Gebräuche zu ver-dammern. Wir sind tolerant und weitzergig genug, um gelegentlich selbst eine bescheidene Freude daran zu finden. Also das ist es nicht, was uns veranlaßt, scharfe Worte zu gebrauchen, sondern es sind die Auswüchse dieses Verbindungswezens, die da bestehen in Rohheit und Auf-lust und die eine Mißbräuterei der Arbeiterbewegung zur Folge haben müssen.

Was nun den Fall in Zürich anbetrifft, so können wir, nachdem wir sowohl die Fremden wie die Molandsbrüder darüber geübt haben, keine andere Formel dafür finden als die, womit Heinrich Heine den Streit zwischen Rabbi und Mönch so schön schlichtete. Keiner von beiden will die Schuld haben. So schreibt uns der Leiter des Moland-schachtes, Kollege Albert König in Weimar, in einem länge-ren Brief: „... daß wir Molandsbrüder an dem Vor-kommnis in Zürich absolut nicht beteiligt sind. Ich kon-statieren, daß Molandsbrüder seit gut einem halben Jahre nicht mehr in der Schweiz gewesen sind. Wir ist auch nach dieser Schlägerei nichts von dem Aufenthalt eines Molandsbrüders in Zürich bekannt geworden, trotzdem die Kontrolle in dieser Beziehung sehr streng ist.“

Nun liegt noch ein anderes Schreiben vor uns, datiert aus Zürich. Es heißt darin: „Der Wirt von der „Ein-tracht“ als Hauptzeuge hat bezeugt: Am Weihnachtsabend (24. Dezember) hat drei „fremde“ Maurergesellen in das Lokal „Eintracht“ gekommen. In diesem Lokal sahen 25 bis 30 „blau“e Maurer bei der Weihnachtsfeier, wobei sie 70 Liter Bier getrunken hatten. Die „fremden“ Maurer saßen ruhig an einem Tisch und tranken ihr Bier, wo sie von den „Blauen“ umringt und auf das geblöhlte belästigt wurden. Von dem Wirt aufgefordert, das Lokal zu ver-lassen, sind zwei Mann („fremde“) hinausgegangen; der Dritte wurde von einem „Blauen“ aufgefordert, mit ihm hinauszufragen und sich mit ihm zu messen. Als die Maurergesellen herauskamen, wurden sie von zehn bis fünfzehn „Blauen“ in Empfang genommen und miß-handelt.“

Von den beiden Briefen sagt einer ungefähr das Gegenteil vom andern, so daß man noch eben so klug ist wie vorher. Wir wollen und können natürlich nicht ent-scheiden, welche von den beiden Verbindungen hier im „Recht“ oder „Unrecht“ ist; doch wollen wir gern davon Notiz nehmen, daß sich die Leiter der Verbindungen be-mühen wollen, den Vorheiten energisch entgegenzuwirken. So hat sich eine Deputation der Fremden uns gegenüber ausgesprochen und, so dürfen wir auch wohl deuten, was uns der Leiter der Molandsbrüder schreibt: „Ich muß wieder-holen, daß wir leitenden Personen des Molandschachtes ganz entschieden gegen derartige Ausschreitungen an-kämpfen.“ Das mögen sie nur tun, auf beiden Seiten; wenn diese Verbindungen der Allgemeinheit der Arbeiter-bewegung kein Vergnügen mehr geben, dann wäre nicht einzusehen, warum nicht für sie Platz in unserer Mitte sein sollte.

Fliesenleger.

Dresden. In unserer Generalversammlung am 6. Januar erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Bei der Begründung der Sektion waren wir nur sechs Mitglieder; jetzt sind wir 20 geworden. Außer zehn Ver-sammlungen hielten wir drei Sitzungen mit den Lokal-organisierten und zwei mit den Töpfern ab. In den Sitzungen mit den Lokalorganisierten wurde über eine Einigung verhandelt; doch scheiterten diese Bemühungen an dem Starrsinn einiger Mitglieder der Freien Vereinigung. In der Lohnbewegung gingen wir mit der Freien Vereinigung gemeinsam vor; aber jetzt besteht wieder der alte

Streit. Bei den Wahlen zum Vorstand wurden die Kol-legen Döbe und Braung wiedergewählt. Döbe wurde auch zum Kandidaten für die Gewerkschaftswahl vor-geschlagen. Ins Kartell wurde Jakob delegiert.

Flotierer und Steinholzleger.

Berlin. Am 22. Januar sollte hier bei allen organi-sierten Flotierfirmen von den bei ihnen beschäftigten Flo-tierern und Helfern der neue Reichstarif sowie die neuen Lohn- und Arbeitsbedingungen des Arbeitgeberverbandes für das Flotierergewerbe zu Berlin unterschrieben anerkannt werden. Die Entscheidung über diese Frage mußte aus-tatsächlich den Kollegen in den einzelnen Firmen zunächst selbst überlassen werden. Am 26. Januar soll eine Mitgliederversammlung stattfinden, in der alsdann die-Be-schluß über weitere Schritte gefaßt werden soll. Da es nun nicht ausgeschlossen ist, daß es im Laufe dieser Woche wiederum zu Differenzen kommt, so ersuchen wir die aus-wärtigen Kollegen, den Bezug nach Berlin fernzupfählen.

Internationale Maurerbewegung.

Holland.

Der letzte Anfang?

Für die holländische Bauarbeiterchaft, besonders für die der Großstädte, haben die Anarchisten schon jetzt viel ver-dorben, indem sie durch ihr Verhalten die praktische Füh-rung von Lohnbewegungen unmöglich machten und die Bau-arbeiter in die Hände des Unternehmertums auslieferten. Als die Taktik, so oft wie möglich die Arbeit einzustellen, versagte, versuchte man es mit der aus Frankreich im-portierten „direkten Aktion“. Aber auch damit machte man Fiasco, und wenn diese Taktik auch nicht völlig aufgegeben wurde, so hält man heute doch sehr damit zurück. Es ist zu hoffen, daß die anarchischen Generalkomitees auch mit ihrer letzten Kampfmethode, die in dem Vertrauen gipfelt, möglichst viele Arbeiter auf die Straße zu bringen, jetzt in Amsterdam die letzte Maß-tprobe veranstaltet haben, daß sie der anarchischen Organisation damit selbst das Grab graben.

Belantlich strebt ja der Anarchismus einen allgemeinen Streik zur Niederwerfung des Kapitalismus an; in Holland aber sind die Anarchisten schon zufrieden, wenn sie für einen Betrieb oder ein Gewerbe in einer Stadt die Ar-beitseinstellung durchzuführen können. Wo man sich auch in dieser Hinsicht zu schwach fühlt, um selbst eine Arbeitseinstellung proklamieren zu können, da versucht man das Ziel auf dem Umwege zu erreichen, daß man die Unternehmer durch partielle Arbeitseinstellungen zur allgemeinen Aus-sperrung treibt. So benutzte man im Jahre 1905 den Streik der Hammer, um „aus Solidarität“ auf mehreren Bauten die Arbeit einzustellen und dadurch die Unternehmer zur Aussperrung zu treiben. Diese Taktik hatte nicht nur für die Hammer keinen Erfolg, sondern es wurde dadurch für längere Zeit jede Lohnbewegung überhaupt unmöglich gemacht, weil die Unternehmer auf der ganzen Linie Sieger blieben.

Im Oktober 1906 wurde der holländische Zentral-verband der Maurer und baugewerblichen Hilfsarbeiter ge-gründet, und zwar ist es, wenn auch unter außerordentlich schwierigen Umständen und Kämpfen, gelungen, den Anarchismus in der baugewerblichen Organisation auf seine letzte Stellung, Amsterdam, zurückzudrängen. Nur dort spielt er heute noch eine Rolle, während er vor wenigen Jahren noch in mancher Stadt einen bedeutenden Einfluß hatte. Im Haag z. B. das bis vor kurzer Zeit noch ein Hauptort für den Anarchismus im Baugewerbe war, ist seine Organi-sation völlig zerfallen. Mit neun Mitgliedern gründeten wir dort vor zwei Jahren eine Organisation, die heute auf 300 Mitglieder angewachsen ist, während die anarchische Organisation in demselben Maße zurückgegangen ist. Mehr-lich sind die Verhältnisse in Rotterdam, Utrecht usw. Wäh-rend wir also den Anarchismus aus der Provinz vertrieben, konzentrierte sich dieser in Amsterdam, wo uns die Auf-klärung der Kollegen leider noch nicht gelang. Dort haben die anarchischen Führer durch ihr demagogisches Talent die Arbeiter mit solch dümmen und schamlosigen Gab be-fesselt, daß sie neuen Ideen gänzlich unzugänglich sind. Sie müssen erst an ihren eigenen Leibern die Wirkung der anarchischen Taktik verspüren, und dafür sorgt der Anarchismus allerdings auch wieder.

Inzwischen hat auch die neue Zentrale in Amsterdam eine Zweigstelle errichtet, und diese hat von vornherein mit der anarchischen Phrasologie gebrudert. Da sie mit den Unternehmern auch einen Vertrag abschloß, fürchteten die Anarchisten, daß sich die nur zum ganz kleinen Teil organi-sierten, aber gänzlich unter ihrem Einfluß stehenden Leute der neuen Organisation anschließen könnten. Um das zu verhindern, haben sie gar, viel Wasser in ihren Wein getan; sie haben z. B. die Unterhaltungs-einrichtungen der Zentr-ale übernommen und sogar die kommunale Zulage zur Ar-beitlosenunterstützung akzeptiert. Dinge, die sie vordem aufs äußerste bekämpften. Dann entsfalteten sie eine rege Agitation gegen den Zentralverband und gegen den mit dem Unternehmern abgeschlossenen Vertrag, durch den der Mini-mallohn um 3 % pro Stunde erhöht und für Neubauten ein Zuschlag von 10 % eingeführt worden war. Die Unter-nehmer hatten an dieser Agitation natürlich ihre Freude, denn uns war es dadurch unmöglich gemacht, den Zuschlag allgemein durchzuführen. Die Arbeitszeit sollte höchstens zehn Stunden betragen, und Sonnabends sollte mittags 12 Uhr Feierabend sein; die Anarchisten aber arbeiteten bis 4 Uhr und länger und halfen den Unternehmern auf diese Weise den Vertrag durchbrechen. Die Preise für Affordarbeit waren nicht mit in den Vertrag aufge-nommen; zu ihrer Festlegung war ein Ausschuß eingesetzt, der seine Beratungen schon begonnen hatte. Wradten diese Beratungen den Arbeitern in bezug auf Befreiung der Affordarbeit oder der Erhöhung der Preise nicht den gewünschten Erfolg, so stand ihnen innerhals des Vertrages zur Entscheidung dieser Frage immer noch der Streik zur Verfügung. Die Anarchisten vertrieben aber von vorn-

herein die Legende, mit dem Vertrag wäre keine Erhöhung der Affordpreise möglich. Sie suchten einen allgemeinen Streik oder eine allgemeine Ausperrung hervorzuheben, wodurch sie eine Verzichtung des Vertrages und eine Erhöhung der Affordpreise zu erreichen hofften.

Schon im vorigen Sommer suchten sie einen Streik der Erbauer zur Verwirklichung ihres Planes zu benutzen; diese Absicht gelang aber nicht. Nun suchten sie aber befürchten, daß es im Ausbruch zu einer Einigung über die Höhe der Affordpreise kam. Dadurch wäre ihnen der Grund zu ihrer Agitation genommen und der Boden unter ihren Füßen weggezogen worden. Dann wäre die Sache für sie schwierig geworden, und deshalb entschlossen sie sich, durch einen partiellen Streik eine Ausperrung zu provozieren. Daß dies mitten im Winter zu der für die Unternehmer günstigsten Zeit war, jagt die Anarchisten nicht an; denn wenn sie nur viel Volk auf die Straße bekommen, so fragen sie danach, ob der Zeitpunkt zum Kampf günstig ist, gar nichts. So proklamierten sie schon im vorigen Monat einige partielle Streiks, was die Unternehmer mit der Ausperrung von 50 pzt. der Arbeiter auf dreiwertel aller Bauten beantworteten. Darauf erklärten die Anarchisten für die anderen 50 pzt. der noch auf diesen Bauten arbeitenden Maurer und Bauarbeiter den Streik, und nun verfügte die Unternehmerorganisation die allgemeine Ausperrung vom 15. Januar an. Nur die Mitglieder der am Vertrag beteiligten Organisationen sollten nicht ausgesperrt werden. Diese faßten denn auch den Beschluß, an der Arbeit zu bleiben, und zwar nicht nur deshalb, weil wir der Meinung sind, daß ein solcher Kampf um diese Zeit die Arbeiter nur schädigen kann, sondern auch deshalb, weil die anarchische Organisation unter gewöhnlichen Umständen unsere Mitglieder mit Gewalt von der Arbeit aussperrt und uns in keiner Hinsicht als Organisation anerkennen will. Da aber die Bauhilfsarbeiter wohl die Arbeit einstellen werden, weil ein großer Teil von ihnen während des Streiks ganz leicht Arbeit im Hofen findet, werden auch die Mitglieder unserer Organisation, die jetzt schon zur Hälfte auf der Straße sind, ganz mit auf die Straße kommen.

Daß eine solche Bewegung für die Arbeiter keinen Erfolg haben kann, braucht nicht erst nachgewiesen zu werden. Schon jetzt gibt es für die streikenden und ausgesperrten Arbeiter, die Mitglieder der Zentralorganisation ausgenommen, keine Unterstüßung. Kaum die Hälfte der streikenden und ausgesperrten Gesellen hat sich der Streikleitung angeschlossen, woraus sich ergibt, daß, wenn die Unternehmer nach einiger Zeit die Bauten öffnen werden, wahrscheinlich Hunderte die Arbeit wieder aufnehmen werden; denn auch die Hochkonjunktur im Hofen geht bald zu Ende.

Der Anarchismus hat uns also zwar nicht niederringen können, er hat aber die Maurer und Bauhilfsarbeiter auf die Straße gebracht und dadurch nicht nur für Amsterdum, sondern auch für andere Orte in nächster Zeit eine gesunde Lohnbewegung unmöglich gemacht, indem er dafür sorgte, daß uns durch seine Taktik, durch die Unterstüßung der Aussperrten und in Willkürhaftig gezogenen Mitglieder finanziell die Flügel abgeschnitten sind und in Amsterdum außerdem noch viele Kollegen; wenn auch nur vorläufig, gegen die Arbeiterbewegung eingenommen werden. Denn gar groß ist die Zahl dieser, die diesmal nur mitstreiten, weil sie von den Anarchisten nicht als Streikbrecher angesehen werden wollen. Diese und andere Umstände geben uns aber auch gleichzeitig die Hoffnung, daß es uns endlich gelingen wird, einen großen Teil der Amsterdamer Kollegen für die Zentralorganisation zu gewinnen und dem bedauerlichen Wenteurverwehen der Anarchisten ein Ende zu machen.

M. J. Müller, Arnheim.

Zentralfrankenkasse.

(Grundstein zur Eintgkeit)

Bekanntmachung.

Dieserige Brüdische Verwaltung, in deren Verwaltungsstelle sich das Mitglied Adolf Nicolaai (16218) befindet, wird ersucht, uns umgehend davon Mitteilung zu machen.

Der Vorstand: J. A.: B. Themar, Vorsitzender.

In der Woche vom 16. bis 22. Januar sind folgende Beträge eingegangen: Von der Brücklichen Verwaltung in Berder a. d. Canal A. 350, Erkner 400, Annaburg 450, Bretlin 500, Hofmolt 325, Lichtenberg 300, Gerbsleben 250, Göttingen 250, Kremmen 236,68, Brandenburg a. d. S. 200, Doberan 200, Friedrichshagen 200, Hamburg-Elbendorfer 200, Segeberg 190, Lübenberg 150, Neuhäus a. d. Elbe 150, Wilhelmsburg 150, Lutter a. Bsg. 100, Sanbath 100,34, Jellendorf 100, Neu-Langhof 100, Gergsdgen 100, Lüneburg 100, Verventz 100, Zempin 100, Wismarburg l. b. M. 100, Saarmund 100, Lindow l. b. M. 100, Fülltenwalde 100, Lodenhausen 100, Niederrhein 100, Leißig 100, Dörrig 100, Mienhede 100, Helsen 100, Niepe (Sinnofanal) 100, Gemlin 100, Golttau 90, Babel l. Golln. 120, Nudolfsbad 95, Stedelsdorf 70, Lichterode 60, Jessen 60, Würgel 60. Summa M. 7087,02. Zuflüsse erhielten: Danzig M. 600, München 500, Kiel 400, Witzburg 300, Graubenz 200, Weitz l. b. M. 200, Neurrubin 200, Fedenbach 200, Dortmund 200, Worms 150, Groß-Neudorf 150, Winbeden 150, Verden 150, Neustalen 100, Sölden 100, Bonn 100, Groß-Wodden 100, Cassel 100, Rellen l. b. M. 100, Hamm l. Westf. 100, Ehrlich a. Garz 100, Mariendorf 100, Laufen a. Redar 100, Eggersdorf 75, Eggeln 75, Stahfurt 50, Strasburg l. b. Udermark 50. Summa M. 4550.

Mitona, 22. Januar 1910. Karl Reif, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschütz, Submissionen usw.

Kauffen a. M. Ein furchtliches Ende nahm am 9. Januar der Maurer Gertraud Schert in der Württembergischen Bortlandzementfabrik. Beim Einsetzen einer elektrischen Schaltanlage kam er einer benachbarten mit 5000 Volt geladenen Stromleitung zu nahe, was seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Bei der Beerdigung wurden von einer Deputation des Zweigvereins Heilbronn und der Poststelle Kauffen Kränze niedergelegt und in der Grabrede betont, daß Schert die gefährliche Sonntagsarbeit nur aus Not verrichtet hätte.

Bojen. Die Beton-Tunf hat wieder ein Menschenleben gefordert. Am 8. Januar war der Maurer Johann Madzial aus Winiach bei Wöfen mit zwei Arbeitern und einem Besizer auf einem Neubau in Scharada mit dem Auskühlen einer Betonwände beschäftigt, die vier Tage vorher eingestrichelt worden war. Als die Arbeiter die Steifen lösten, brach die Wände zusammen. Die herabfallenden Säulmassen zertrümmerten Madzial die Schädeldecke; die übrigen Beschäftigten kamen mit leichten Verletzungen davon. Madzial, der 45 Jahre alt und Vater von sieben Kindern — darunter fünf schulpflichtigen — ist, starb zwei Tage nach dem Unfall an den erlittenen Verletzungen. Die Ursache des Unfalls soll die zu frühe Auskühlung und die Beton-Tunf sein. Ausführender der Arbeit war Baumeister v. Wiegandtschall aus Pöfen.

Vom Segen der Affordarbeit. Am 22. Januar ereignete sich in Nixdorf in der Uferstraße ein Bauunfall, der mehr seiner Folgen als seiner Ursachen wegen registriert sein soll. Ein mit diesem Material belastetes Gerüst brach zusammen, wobei einige Steinträger und ein Maurer etwa 5 m tief abstürzten und sämtlich Verletzungen, wenn auch nicht schwerer Art, erlitten. Der Unfall ist aber nicht durch ein Brechen des Gerüstholzes oder durch sonst ein Versagen des Gerüstmaterials herbeigeführt, sondern die Sache verhält sich so: Ein Gerüstbaum lag über einem Bogen, dessen Widerlager auf der einen Seite in einem etwa drei Meile starken Schiefer ruhte. Die auf dem Bogen drückende Last teilt sich dem Schiefer mit und schiebt diesen zur Seite, so daß der Bogen und damit zugleich das Gerüst hinabstürzte. Nun war der Druck des reichlich belasteten Gerüstes sicher nicht gering, und die Widerstandskraft des Pfeilermauerwerks mag dadurch recht schwach gewesen sein; daß das seuchte Wetter das Abbinden des Mörtels zwischen den Balkenstücken verlangsamte. Aber gleichwohl hätte die Last den Pfeiler nicht zum Weichen bringen können, wenn man den Bogen richtig benutzte hätte. Das hatte man aber nicht getan, sondern man hatte bei der Vermauerung der auf sich auch sehr kurz beschlitzten Unter- und oberhalb des Pfeilers und dieser Pfeiler gegen die Regeln einer gewissenhaften Arbeit, die auf das Konto der Affordmaurererei kommt, bei in letzter und entscheidender Linie das Unglück verschuldet. Man versichert uns, daß die Vermauerung der Unter auf den Affordbauten überhaupt sehr nachlässig geschehe. Das würde nur die alte Erfahrung bestätigen, daß die Affordmaurererei schwere Gefahren für die Sicherheit der Bevölkerung schafft. Trotzdem aber wird sie von einem gewissenlosen, hab- und herrschsüchtigen Unternehmertum gefördert und gepflegt, und der Unternehmehrer will jetzt sogar ihre Ausdehnung auf das ganze Reich ermöglichen. In diesem Falle war auch die Trägersache nicht abgedeckt. Die Sektion der „Norddeutschen“ tut sich sonst so viel auf ihre Bauenaufsicht zugute, es scheint aber doch nicht so weit damit her zu sein.

Polizei und Gerichte.

Wegen Urkundenfälschung wollten die Delmenhorster Unternehmer unsere Kollegen Wölfflin und Häutenau verurteilt wissen. Unsere Ehrenamer Kollegen forderben im Juli vorigen Jahres eine Lohnerhöhung von 5 p. Bei der Verhandlung an der auch die beiden genannten Kollegen teilnahmen, kam eine Einigung zustande. Die vier anwesenden Unternehmer erklärten sich bereit, den geforderten Lohn zu zahlen und den Vertrag nach seiner Fertigstellung zu unterzeichnen. Da die Unternehmer, die in den verschiedenen Orten wohnen, nicht leicht zu erreichen waren, teilte Kollege Wölfflin ihre Namen selbst unter den Vertrag, weil er dies nur noch als eine Formsache ansah. Dann ging er mit dem Vertrag zu drei weiteren Unternehmern, die an der Verhandlung nicht teilgenommen hatten, die aber den Vertrag gleichfalls unterschrieben. Als dann am 4. August unsere Delmenhorster Kollegen in den Streit eintraten, fanden die Unternehmer auf einmal das „Verbrechen“ der Uebeltäter, die wegen „Urkundenfälschung“ dem Staatsanwalt denunziert wurden. Vom Ankläger waren zur Verhandlung am 8. Januar sieben Unternehmer als Belastungszeugen, von der Verteidigung zwei Entlastungszeugen geladen worden. Es wurden aber nur zwei Unternehmer vernommen; denn der Staatsanwalt selbst konnte sich von der Schuld der Angeklagten nicht überzeugen. Die Kollegen wurden freigesprochen, weil die Unterschriften nicht durch verstellte Handdrücke hergestellt waren, eine Absicht der Fälschung also nicht vorgelegen habe. Den Unternehmern glückte also ihr Nachfeldzug nicht. Für unsere Kollegen ergibt sich aber aus dem Prozeß trotzdem die Pflicht, in Zukunft Vorsicht zu üben, damit derartige Dinge vermieden werden.

Vorbereitungen ist dem christlichen Bezirksleiter Brückner in München eine gegen unsern Kollegen Nayda: Regensburg angelegte Weidungsfrage. Als sich bei den in vorigen Jahre in Regensburg stattgefundenen Tarifverhandlungen, an denen auch vier Christliche teilnahmen, unsere Vertreter zu Beratungen zurückzogen, schlossen sie die Christlichen davon aus. In einem Wortwechsel begründete Kollege Nayda dies unter anderem mit den Worten: „Er könnte es seiner Organisation gegenüber nicht verantworten, mit Personen zu beraten, unter denen sich jemand befindet, der sich früher bei uns habe Veruntreuungen zuschulden kommen lassen.“ Brückner bezog diese Äußerung auf sich, weil er früher Mitglied des „sozialdemokratischen Maurerverbandes“ gewesen und erst 1899 in den christlichen Verband

übergetreten sei. Der Gauleiter Merkel-München habe ihm deshalb einen oder mehrere „große Briefe“ geschrieben und auch der „Grundstein“ habe damals wegen seines Weibertritts Artikel abdrucken, so daß die „Baugemeinschaft“ darauf erwidern mußte. Er verlangte nun, daß Nayda vor dem Amtsgericht Regensburg Weidung leiste und daß er außerdem in einem sozialdemokratischen und in einem Zentrumblatt je zweimal durch Anzeigen mitteile, daß er (Brückner) mit der Behauptung nicht gemeint sei. Nayda und sein Rechtsanwalter gingen darauf nicht ein und auch dem Richter ging das Verlangen Brückners zu weit. Nayda bestritt, von der ehemaligen Mitgliedschaft Brückners in unserem Verbande etwas gewußt zu haben; seine Äußerung habe sich nicht auf ihn, sondern auf den jetzt christlich organisierten Johann Urban aus Lappersdorf bezogen, der früher bei uns Mitstifter gewesen sei. Als solcher habe er den Mitgliedern die Zeitung und die Karten zu bringen gehabt; er habe dies aber eine Zeitlang nicht getan, trotzdem er sich die Entschädigung dafür auszahlen ließ. Als die Zweigvereinsverwaltung davon erfahren habe, sei er zu den Christlichen übergetreten. Als Urban, der als Zeuge gegen Nayda erschienen war, vom Amtsrichter gefragt wurde, ob er sich denn durch die Äußerungen Naydas nicht getroffen gefühlt habe und weshalb er nicht geklagt habe, erwiderte er: getroffen habe er sich schon gefühlt, aber er wollte nicht klagen, weil er glaubte, „der Bezirksleiter Brückner tu's schon“. Da die Weidungsaufnahme nichts Belästigendes für Nayda ergab, mußte er freigesprochen werden, und es gelang Brückner nicht einmal, ihm die Kosten aufzubürden. Der Urne muß sie selbst tragen. Ob er in Zukunft mit Klagen gegen die „Noten“ vorsichtiger ist?

Vorurteil. Die Berufung des Kollegen Nicolaus gegen das ihn zu drei Wochen Gefängnis verurteilende Erkenntnis des Schöffengerichts vom 20. Oktober ist verworfen worden. Er soll bei einer Sperrre über den Unternehmer Kubbe die Streikbrecher Hoppe, Knauf und Lobbe „beleidigt“ haben. Zur Charakteristik dieser Sperrre ist noch hinzuzufügen, daß die Mitglieder des Stich-Dundeschen Gewerkschafts geworden sind, nein, waren; denn sie sind inzwischen auch dort ausgeschlossen, wo man hört, wegen Grenzfreizügigkeit auf dem Gebiet des persönlichen Eigentums. Der Bericht wollten sie mit dem „Grundstein“ in der Hand dem Gerichtsvorstand klagen, wie sie durch ihr amütiges Konterfei in Nr. 44 des „Grundstein“ von allen anständigen Menschen gemieden werden. Das Gericht bestimmen sich zwar nicht darum, schenkte ihnen aber doch soweit Glauben, daß es zu einer Verurteilung des Urteils erster Instanz kam.

Verschiedenes.

Für alle, die an die Redaktion schreiben. Schon oft wurde unsern Kollegen, die Berichte usw. für den „Grundstein“ schreiben, Anweisung erteilt, wie sie dabei in ihrem eigenen Interesse und dem der Redakteure am besten zu Werke gehen, aber immer noch erhalten wir Einsendungen, die die Verweigerung der erteilten Ratsschläge durchaus vernünftigen lassen. Wir wollen deshalb zur Zeit der Neuwahlen die Schriftführer und andern Mitarbeiter des „Grundstein“ erneut auf einige wichtige Punkte hinweisen. Damit dieser Hinweis auf keinen Fall übersehen wird, bitten wir die Vorstandsmitglieder der Zweigvereine usw., die Schriftführer- und andern Berichtstatter auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Das erste Erfordernis ist, daß Berichte von Veranlassungen, Bauansfällen usw. möglichst sofort nach deren Stattfinden eingesandt werden. Alle Berichte verlieren an Wert und können bei großem Stoffandrang nicht berücksichtigt werden. Die Berichte müssen die Unterstüßung des Berichtstatters und den Stempel des Vereines tragen, da sich die Redakteure nur so vor dem Anflug Unbereifener sichern können. Alle Berichte sollen so kurz wie möglich gehalten sein; denn bei dem fast immerwährenden Platzmangel können nur bestimmte und wichtige Tatsachen abgedruckt werden. Alles andere muß der Redakteur freizeiten. So können z. B. Berichte über Meßerete nur in den seltensten Fällen, nämlich wenn sie Verurteilungen betreffen oder sonst etwas Neues und Wichtiges für die Allgemeinheit der Kollegen enthalten, abgedruckt werden. In der Einleitung lasse man ebenfalls jedes überflüssige Wort weg. Statt: „Am Dienstag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, fand eine Versammlung statt.“ schreibe man kurz: „Am 18. Januar fand u. v. u.“. Denn ob die Versammlung um 7 oder 8 Uhr stattgefunden hat, ob und von wem sie um 7½ oder 8½ Uhr eröffnet wurde, ist völlig gleichgültig. Man schreibe auch nicht: „Heute“ oder „gestern“ usw., erziele nicht ein Bauunfall, sondern lasse auch hier das volle Datum ein. Bei einer Tageszeitung mag man „heute“ oder „gestern“ schreiben, bei einer Wochenzeitung aber kann man dies nicht. Ueberflüssig ist auch die Anführung der Tagesordnung in der Einleitung. Im Protokollbuch mögen diese Dinge immerhin stehen, in das Fachorgan aber gehören auch sie nicht.

Dann gewöhne man sich endlich auch einmal daran, die Markzeilen vor die Summe zu setzen. Es entspricht zwar nicht der Sprechweise, aber der Geographie von Auer & Co., der wir uns zu beugen haben. Bei einfachen Berichten vermeide man Tabellen und bei Jahresberichten beschränke man sich da auf das Allernotwendigste; oft läßt sich etwas besser im fließenden Satz als in langweiligen Tabellen sagen. Bei den gerade jetzt sehr einlaufenden Berichten über die Vorstandswahlen könnte man uns einen Gefallen tun, wenn man auf die Aufzählung der vielen Namen verzichtet. Da lasse man es mit den Namen des ersten Vorsitzenden und ersten Kassierers genug sein.

Während zu manche Kollegen einerseits viel zu viel schreiben, fügen sie andererseits einzelne öfter wiederkehrende Wörter ab, indem sie z. B. u. statt un, Kol. statt Kollege, Deg. statt Degener usw. schreiben. Da der Redakteur alle diese Worte ausschreiben muß, müssen solche Ausschreibungen ebenfalls vermieden werden. Ebenso vermeide man am besten das vielfache Wiederholen der für wichtig befundenen Stellen; denn auch hier muß der Redakteur in den meisten Fällen das Unterstrichene nachkorrigieren. Das Papier wolle man nicht zu groß und beschneide es

nie auf beiden Seiten. Man schreibe nicht mit Bleistift und nicht mit roter Tinte, weil sich an solcher Schrift Redakteure und Setzer die Augen verderben. Auch schreibe man nicht zu eng, sondern lasse zwischen den Zeilen mindestens einen Raum von 1 cm. Das gleiche gilt für Maschinenschrift, zu der man außerdem fein zu dünnes Papier nehmen sollte. Um Korrekturen anbringen zu können, lasse man neben der Schrift einen Rand von einigen Zentimetern frei. Höchst überflüssig ist die Bemerkung am Schluß mancher Berichte: „Wir ersuchen, am Bericht nichts zu kreuzen, da alles wichtig ist.“ Wollten die Redakteure nach diesen Wünschen verfahren, dann müßte oft das für die Gesamtheit der Kollegen Wichtigste aus der Zeitung herausbleiben, um Raum für das zu schaffen, was außer für die direkt Beteiligten für niemand von Interesse ist. Bei Einfindung von Berichtsangelegenheiten, Anzeigen in die Sterbetafel usw. halte man sich möglichst an die Vorlagen im „Grundstein“. Bei ersten schreibe man etwa folgendermaßen:

Berichtsangelegenheiten.

Dienstag, den 18. Januar.

Friebus. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. L.-O.: Abrechnung. Vortrag. Neuwahl des Vorstandes.

(Unterschrift. Stempel.)

Dies sind Abkürzungen zulässig, weil sich die Worte fast bei jeder Anzeige wiederholen. Die Bemerkung: „Alle Kollegen müssen erscheinen,“ erübrigt sich aber, da die Aufforderung schon am Kopfe des Berichtsangelegers steht. — Wenn die an uns schreibenden Kollegen die vortrefflichen Ratsschlüsse beherzigen, dann erproben sie sich selbst und uns viel Arbeit.

Die liebe Schnapsflasche. Für die unter unsern Freunden, denen die Befolgung des Postotobeschlusses große Beschwerden macht, bringen wir die kleine Abbildung, die die meisten dem und jenem helfen kann, der Anfechtungen Herr zu werden. Darüber hinaus kann sie aber überhaupt ein gutes Agitationsmittel gegen die Schnapspest sein. Wer sich vergegenwärtigt, daß er von jeder Ausgabe für Schnaps 92 Prozent an den Klassenstaat, an die Junker und an die Schmarohereizigen der Schnapsbändler zahlt, und sich dabei überlegt, wieviel ertragsreicher er dies Geld für das eigene Wohl anlegen könnte, dem kann es nicht unmöglich sein, dem Fuzel zu entsagen. Die Zahlen der Abbildung sind von einer anerkannten Autorität auf diesem Gebiet, dem Genossen Wurm, festgestellt worden. Sie sind darum mit dem größten Vertrauen zu verwenden.



Wer hat nun Lust, für etwas eine Mark zu zahlen, dessen Wert mit acht Pfennigen begabst ist? Wer hat Lust, diese Summe zu zahlen, von der der Klassenstaat 36 Pfennig nimmt, um damit Maschinengewehre zu kaufen, die er gegen streikende Arbeiter aufährt; von der das Junkertum 17 Pfennig nimmt, die es noch hochmütiger machen als es ohnehin schon ist; von der die Händler und Budler 38 Pfennig nehmen, um ihre Schmarohereizigkeit noch angenehmer zu gestalten; wer hat Lust? Diese Tatsachen kennen, ergibt die Pflicht, sie zu beachten.

Schachtungslut auf Zee „Holland“. Am 18. Januar abends zwischen 9 und 10 Uhr ereignete sich beim Ausmauern des im Abbau begriffenen Luftschachtes der Zee „Holland“ ein schweres Unglück. Während der Ausmauerung stürzte plötzlich eine Felswand ein und begrub die sechs darin beschäftigten Arbeiter. Sofort begann man mit den Rettungsarbeiten, da man noch Lebenszeichen von den Verschütteten wahrnehmen konnte. Die Gesteinsmassen lagerten 14 m über der Mauerbühne; auch löste sich immer noch mehr Gebirge und Mauerwerk, was die Rettungsarbeit sehr erschwerte. Vom 19. Januar, morgens, an hörte man nichts mehr von den Verschütteten, und alle Hoffnung, sie noch lebend bergen zu können, war geschwunden, bis man am Morgen des 22. Januar, nachdem man mit der Aufräumungsarbeit bis auf 2 m vor die Mauerbühne gekommen war, wieder ein Lebenszeichen von ihnen hörte. Jetzt wurde mit doppeltem Eifer gearbeitet. Die Nachricht, daß man mit den Verschütteten schon sprechen und diese bald bergen könnte, hatte eine große Menschenmenge angelockt, die in atemloser Stille auf das Schachtgerüst schaute und auf die von unten gegebenen Signale horchte. Nach 92stündiger Gefangenschaft, die sie in finsterner Stellung ertrugen, wurden die Verschütteten dann zutage gefördert. Sie waren bis auf einen, der einen Armbruch erlitten hatte, unverletzt, und einige konnten sogar noch allein vom Förderkorb ins Maschinenhaus gehen. Die Gerechtigkeit sowie die Rettungsmannschaft wurden von den Anwesenden lebhaft begrüßt. Nachdem sie den Angehörigen gezeigt waren, wurden sie dem Krankenhause in Gelsenkirchen überliefert, wo sie eine längere Zeit zur Erholung

brauchen werden. Dem Tode sind sie nur dadurch entgangen, daß sie beim Lösen des Gebirges auf die Mauer sprangen und Schuß fanden an einem Schächting, der sich vor sie geschleift hatte. — Die Ursache des Unglücks ist noch nicht genau bekannt; man nimmt aber an, daß zuviel abgeteufelt wurde, ehe man mit dem Mauern begann.

Eingegangene Schriften.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863 bis 1909, bearbeitet von Wilhelm Schröder. Komplett in zehn 18 Lieferungen à 30 S. je 82 Seiten. Verlag von G. Wirt & Co. m. b. H., München. Jeder in der Arbeiterbewegung Tätige wird schon oft ein Nachschlagewerk vermisst haben, wenn er feststellen will, wie sich die Sozialdemokratie zu einer sozialen oder politischen Frage offiziell verhalten hat. Bisher mußte man, um darauf die Antwort zu finden, unter Zuhilfenahme des Gedächtnisses die immer stärker werdende Zahl der Protokolle zur Hand nehmen, wodurch großer Zeitverlust entstand. Wenn das Werk vollständig vorliegt, ist das nicht mehr nötig. Alles was in 46 Jahren auf den Parteitag verhandelt und beschloffen wurde, findet man alphabetisch geordnet vor. So enthält Lieferung 1 z. B. den Aufstundentag, Agrarfrage, Grund- und Bodenfrage, Anti-Uber-Lebensschluß, Arbeiter, Arbeiterarbeit, Arbeitermarke, Arbeiterfrage und Arbeiterfragen. Für Referenten wird das Werk geradezu unentbehrlich werden, da es ihnen nicht nur Material liefert, sondern auch den Zeitverlust des Zusammentragens erspart. Die Lieferungen erscheinen vierzehntägig.

Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantwortet wir nicht, ebenso erteilen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Adressen beigelegt ist.)

Eine Anfrage an die sächsischen Zweigvereine. Der Verbandskollege Otto Raucha in Mauer a. Vober Nr. 66, wünscht zu erfahren, aus welchen Gründen und unter welchen Umständen der Steuiger Zeidler aus unserer Verbandsausgaben ist. Zeidler soll nach seiner Beschaffung früher irgendwo Kassierer gewesen sein.

Flotter, J. Die Berichtsangelegenheiten für die Krankenkasse kam zu spät. Und dann ist die Adresse für den „Grundstein“ nicht vorhanden. Ich sende Bescheid über 66, 2. G. S. M. in G. Das Gedicht ist ganz nett; es lohnt sich aber doch zu sehr an einen bekannten Tag an, weshalb wir von einer Veröffentlichung absehen.

Grensfeld. Jahresberichte von Zetteln können wir nicht veröffentlichen, das würde doch zu weit führen. Was da von Beiderbeck zu berichten ist, müssen die Zweigvereine mit aufnehmen.

E. Kr. in Str. Was Du über die Anträge des Unternehmervereins zum Vertragsmuster schreibst, ist richtig und gut, aber es hat auch schon alles so im „Grundstein“ gefunden.

Strehlen. Anzeige kam um einen vollen Tag zu spät. Sühntesleben. In der eingelangten Sterbeanzeige fehlt der Name des Verstorbenen.

Roske. Einen Bericht, der ohne Unterschrift und ohne Stempel eingeht, können wir nicht veröffentlichen. Wenn uns vom Vorstand die Richtigkeit des Berichts nachträglich bestätigt wird, werden wir ihn aber in die nächste Nummer noch aufnehmen.

Zwinnmünde. Nein, darauf können wir uns nicht einlassen; die Berichtsangelegenheiten müssen dann jeden Monat eingeleitet werden.

Vom „Correspondenzblatt der Generalkommission“ fehlen der Gaubibliothek in Nürnberg noch immer die Nr. 8 und 86 des Jahrgangs 1909. Wir bitten die Sammler des Blattes, noch einmal nachzusehen, ob sie diese Nummern noch haben, und wenn sie sie entdecken können, sie dem Kollegen Wirtel, Nürnberg, Breitegasse 25/27, einzuliefern.

Gubrau, A. J. Du müßtest uns nette Dinge zu Leiden können wir Dir nicht zu Willen sein; Berichtsangelegenheiten können nicht auf die erste Seite. Nimm nur einen Klaustrich und streiche die Anzeige auf jeder Deiner 35 Zeitungen an.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zettellisten- oder Sekretionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Hans Freitag, geboren am 28. Februar zu Hamburg, wird von seiner Mutter dringend gebeten, nach Hause zu kommen oder seinen Aufenthalt anzugeben, da sein Vater gestorben ist. Wer mit Freitag zusammenstößt, mache ihn auf diese Anzeige aufmerksam. [M. 1,50]

Wilh. Lautenbach aus Cassel-W. wird ersucht, seine Adresse im Verbandsbureau Cassel abzugeben. [90 S.]

Bromberg.

Sonnabend, den 29. Januar, abends 8 Uhr: **Großer Fastnachtsball** im Lokale des Herrn Szuprywowski, Schafr. 23, verbunden mit Konzert, Theater und Tanz. Eintritt 75 S. Am recht regen Beteiligung bitte! [M. 3,60] Das Vergnügungskomitee.

Niedershausen.

Sonntag, den 6. Februar, feiert der Zweigverein sein **Viertes Stiftungsfest,** verbunden mit Ball. [M. 2,10] Der Vorstand.

Sterbetafel.

Alt-Wienborn. Am 2. Januar starb unser treues Mitglied **Theodor Kaul** aus Romerswitz im Alter von 80 Jahren an Herzkrankheit.
Hamburg. Am 21. Januar starb nach längerer Krankheit unser treuer Kollege **Georg Schmitt** im Alter von 84 Jahren an Lungenerkrankung.
Bochum. Am 22. Januar ist unser Verbandskollege **Fritz Harms** im Alter von 82 Jahren freiwillig aus dem Leben geschieden. Er war bis vor kurzem einer unserer besten und thätigsten Kollegen.
Coswig i. Ausb. Am 17. Januar starb unser Kollege **Friedrich Hahn** im Alter von 52 Jahren an Kehlkopfentzündung.
Groß-Müdenberg. Am 14. Januar starb unser Mitglied **Friedr. Grunow** im Alter von 67 Jahren an Ueberforderung.
Hannover. Am 19. Januar starb unser Kollege **Hermann Fritzel** im Alter von 49 Jahren.
Serne. Am 20. Januar starb unser Kollege **Ludwig Nees** im Alter von 26 Jahren an der Proletarierkrankheit.
Seibronn. Zahlstelle Kaufmann A. N. Am 9. Januar starb unser Kollege **Hermann Scherf** im Alter von 36 Jahren infolge eines Unfalls.
Königsberg i. Pr. Am 7. Januar starb unser Kollege **Gustav Baltrusch** im Alter von 86 Jahren an Lungenerkrankung.
Mainz. Am 16. Januar starb unser Verbandskollege **Valentin Bauer** im Alter von 64 Jahren an Herzschlag.
München. Obergiesing. Am 16. Januar starb unser treues, langjähriges Mitglied **Xaver Rapp** im Alter von 75 Jahren an Herzleiden.
Nienstedten. Am 14. Januar starb unser treuer Kollege **F. Feicke** (wegen eines Schreibfehlers wiederholt) im Alter von 66 Jahren infolge einer Operation.
Pforzheim. Am 15. Januar starb unser langjähriges Mitglied **Karl Reinberg** aus Weßelch im Alter von 28 Jahren an Magenkrebserkrankung und Leberleiden.
Heteren. Am 14. Januar starb unser Verbandskollege **Hilrich Schütt** im Alter von 26 Jahren.
Werber a. d. S. Am 20. Januar starb unser treues Mitglied, der Mitbegründer unseres Zweigvereins, Kollege **Wilhelm Strobusch** im Alter von 51 Jahren freiwillig aus dem Leben.
Ehre ihrem Andenken!

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorstands-, K Kassierer, L Vereinstafel, H Herbeibr., Rz Reizeinrichtung wird ausgeschrieben.)
Erfurt. V Wilhelm Grün, Adressstr. 57, 3. St.
K Karl Kleinert, Weberstr. 69, par.
Ans- und Abmeldungen sind außer in den jeden Freitagabend im Restaurant „Tivoli“ stattfindenden Lageabenden bei dem ersten Kassierer zu bewirken.
Meiningen. V Michael Schubert, Löpfermarkt 5.
K Oskar Freund, Bodenweg 1.

Berichtsangelegenheiten.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Berichtsangelegenheiten zu besprechen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 30. Januar.
Frankenhausen a. Kyffh. Nachm. 2 1/2 Uhr im „Barbarossalokal“, L.-O.: Unsere Lohnverhältnisse und Verbandsangelegenheiten.
Hof a. d. S. Vorm. 10 Uhr in der „Guten Quelle“.
Lychen. Nachm. 3 Uhr bei G. Hall, L.-O.: Vorstandswahl. Berichtenes. Mitteilungsbeschränkung miffringen.
Schkeuditz. Im „Stadtgarten“, L.-O.: Vorstandswahl.
Swinemünde. Nachm. 3 Uhr bei Dörge.
Templin. Nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Gernum, L.-O.: Jahres- und Kassierenbericht.
Mittwoch, den 2. Februar.
Guben. Abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Stein. Wichtige Tagesordnung.
Spandau. Abends 8 Uhr bei Wöhrle, Gabelstr. 29.
Wittenberg. Abends 8 Uhr Generalsversammlung.
Donnerstag, den 3. Februar.
Glogau. Abends 8 Uhr im „Mattheler“.

Sonntag, den 6. Februar.

Dreetz. Nachm. 2 Uhr bei Döbber. L.-O.: Festsetzung eines Lokaltarifs.
Salzwedel. Nachm. 3 1/2 Uhr bei Köller. Sehr wichtige Tagesordnung.
Wittstock. Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal bei Herrn Carl Müller, Herberg. L.-O.: Abrechnung vom vierten Quartal.

Zentralfrankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 30. Januar.
Lübben i. d. N.-L. Nachm. 3 Uhr Generalsversammlung. Wichtige Tagesordnung.
Luckenwalde. Nachm. 3 Uhr. L.-O.: Bericht vom vierten Quartal.
Templin. Nachm. 3 Uhr bei Gernum.

Sonntag, den 13. Februar.

Berlin. Vorm. 10 Uhr bei Janssch, Inselstr. 10. L.-O.: Quartals- und Jahresbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung und Kassanangelegenheiten.